

Katholische Hochschule NRW, Abtl. Köln, FB Sozialwesen  
Master Soziale Arbeit in internationaler Perspektive  
Sommersemester 2016

**Master-Thesis**  
zur Erlangung des akademischen Grades „Master of Arts“ (M.A.)

**Kriterien für die Unterbringung von unbegleiteten  
minderjährigen Flüchtlingen aus lebensweltorientierter  
Perspektive**

vorgelegt von: Natalie Nüse, B.A.

Lievelingsweg 41  
53119 Bonn  
natalie.nuese@posteo.de  
Matrikelnr.: 510556

Erstprüfer: Prof. Dr. paed., Dipl. theol. Josef Freise  
Zweitprüferin: Prof. Dr. phil. Ria Puhl

Eingereicht am: 09.06.2016

1. Einleitung .....	3
2. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland und rechtliche Rahmenbedingungen .....	6
2.1. Der Begriff „unbegleiteter minderjähriger Flüchtling“ .....	6
2.1.1. Zahlen und Fakten in Deutschland.....	8
2.1.2. Internationale Schutzabkommen und europäische Rechtsgrundlagen .....	10
2.2. Jugendhilfe im SGB VIII .....	14
2.3. Asylverfahren und Aufenthaltsrechtliche Situation .....	17
2.4. Kindeswohl vs. Entlastung der Kommunen .....	19
3. Lebenswelt von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.....	21
3.1. Lebensweltorientierte Soziale Arbeit .....	21
3.2. Lebenswelt von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen .....	24
3.2.1. Entwicklungsaufgaben der Adoleszenz.....	25
3.2.2. Erfahrungen in Herkunftsländern und auf der Flucht.....	28
3.2.3. Komplexe Systeme .....	30
3.2.4. Soziale Situation in Deutschland.....	31
3.2.5. Bedürfnislage aus lebensweltorientierter Perspektive .....	33
4. Unterbringung und Versorgung.....	35
4.1. Bisherige Entwicklungen in der Unterbringung.....	35
4.2. Erstaufnahme .....	34
4.3. Unterbringungsformen.....	37
4.3.1. Heimerziehung (§ 34 SGB VIII).....	38
4.3.2. Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII).....	39
4.3.3. Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 35 SGB VIII) ..	40
4.3.4. Jugendsozialarbeit (§ 13 SGB VIII) .....	40

4.3.5. Sonstige .....	41
4.4. Bisherige Handlungsempfehlungen für die Unterbringung .....	42
5. Empirische Untersuchung .....	44
5.1. Forschungsdesign .....	44
5.1.1. Fragestellung und Ziele .....	44
5.1.2. Methodologische Positionierung .....	45
5.1.3. Forschungsfeld .....	46
5.1.4. Erhebungsverfahren .....	47
5.1.5. Auswertungsmethode .....	47
5.2. Besonderheiten bei der Befragung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen .....	48
5.3. Selbstreflexion im Forschungsprozess .....	50
5.4. Datenauswertung .....	52
5.4.1. Interview I .....	52
5.4.2. Interview II .....	58
5.4.3. Interview III .....	63
5.5. Entwicklung von Kriterien .....	69
6. Fazit .....	86
Literaturverzeichnis .....	93

# 1. Einleitung

Das Thema dieser Arbeit ist der aktuellen Situation von flüchtenden Menschen gewidmet, die vermehrt eine lebensgefährliche Reise nach Europa antreten, um den prekären, zum Teil lebensbedrohlichen Bedingungen in ihren Herkunftsländern zu entkommen. Darunter sind viele Minderjährige ohne Begleitung ihrer Erziehungsberechtigten, die Deutschland erreichen und von der Jugendhilfe untergebracht werden müssen. Die Soziale Arbeit steht diesbezüglich vor einer großen Herausforderung, da die Menge an unbegleiteten geflüchteten Minderjährigen in Deutschland mit geschätzten 30.000 allein im Jahr 2015 (vgl. MIGAZIN 2015) sehr groß ist und die strukturellen Bedingungen noch nicht ausreichend gegeben sind, alle nach bisherigen Jugendhilfestandards unterzubringen.

Deutschland ist eine Migrationsgesellschaft, innerhalb derer Jugendarbeit und Jugendhilfe stattfindet. Die Jugendhilfe muss bezüglich der Migrations- und Fluchtsituation vieler Minderjähriger strukturell, konzeptionell und fachlich in Bewegung und Entwicklung bleiben, um die Lebensbedingungen junger Menschen zu verbessern. Viele Jugendhilfeeinrichtungen lassen verlauten, dass die Unterbringung von unbegleiteten geflüchteten Minderjährigen auf Grund der Überbelastung der Kommunen sehr willkürlich passiert und Einrichtungen oft nicht vorbereitet sind auf die Anforderungen, die die Arbeit mit diesen jungen Menschen an sie stellt. Die Kommunen passen sich inzwischen vermehrt der Situation an und versuchen die Jugendhilfestrukturen dahingehend zu verbessern. Um die Unterbringungssituation insgesamt verbessern und den Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht werden zu können, wird auch in Fachdebatten zunehmend nach deutschlandweiten Kriterien und Standards verlangt. Der lebensweltorientierte Ansatz, der sich an den alltäglichen Erfahrungen und Zielen der Adressat\*innen orientiert, stellt für diese Debatte einen sinnvollen Ansatz dar, um die Lebenssituation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu erfassen und ihre Bedürfnisse besser einschätzen zu können. Darum ist das Ziel dieser Arbeit, Kriterien für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus lebensweltorientierter Perspektive zu entwickeln.

Die Bezeichnung „unbegleiteter minderjähriger Flüchtling“<sup>1</sup> wird nur aufgrund der gebräuchlichen Bezeichnung in Fachdebatten und -lektüre verwendet. Der Begriff Flüchtling wird derzeit sehr kritisch diskutiert, da durch das Suffix ‚-ling‘ eine Versachlichung des Menschen entsteht, hinter der persönliche Hintergründe von Personen verschwinden (vgl. Sächsischer Flüchtlingsrat e.V. 2016). Darum erscheint die Bezeichnung „minderjährige unbegleitete Geflüchtete“ angebrachter. Vielerorts wird nun auch von unbegleiteten minderjährigen Ausländern gesprochen, abgekürzt mit UMA, was jedoch ebenso diskriminierend wirkt. Das Wort Ausländer assoziiert eine nicht dazugehörige Person und hat eine stark ausgrenzende Wirkung.

Der im Folgenden verwendete Begriff UMF entspricht demnach der bisher geläufig verwendeten Fachsprache.

Es sollen in dieser Arbeit Kriterien aus der Kombination der theoretischen Perspektive mit Erhebungen im Praxisfeld entwickelt werden. Die Forschungsfrage für die Erhebungen lautet darum: Welche Kriterien sind aus lebensweltorientierter Perspektive angebracht für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen?

Zunächst erfolgt nach der Einleitung die Theoriearbeit zum Thema in Kapitel zwei bis vier. In Kapitel zwei soll die Bezeichnung „unbegleiteter minderjähriger Flüchtling“ definiert werden und die rechtliche Situation im internationalen, europäischen, sowie deutschen Raum umrissen werden. Für den internationalen Raum werden die UN-Kinderrechtskonvention, die allgemeine Bemerkung Nr. 6 und die Genfer Flüchtlingskonvention in Augenschein genommen. In der europäischen Gesetzgebung werden die Dublin II und III-Verordnung und andere Richtlinien näher beleuchtet. Im deutschen Recht sind das Jugendhilfegesetz nach dem SGB VIII und das Asylverfahrens- sowie das Aufenthaltsrecht von Bedeutung. Außerdem widmet sich ein Unterkapitel dem Begriff des Kindeswohls in Zusammenhang mit der Unterbringungssituation von UMF.

In Kapitel drei wird die Entwicklung der Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit dargestellt. Dies geschieht anhand der vier Traditionslinien: die Phänomenologie, in der Edmund Husserl prägend ist, die systemisch konstruktivistische Perspektive, die vor allem durch Björn Kraus und Jürgen Habermas vertreten wird, die Hermeneutisch-pragmatische Erziehungswissenschaft, welche vor allem durch

---

<sup>1</sup> So auch im Folgenden abgekürzt mit UMF

Dilthey, Nohl, Weniger, Roth und Mollenhauer ausgearbeitet wurde, sowie die kritische Alltagstheorie, die durch Heller, Kosik, Lefèbvre und Bourdieu vorangetrieben wurde. Außerdem wird das daraus entstandene Konzept der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit nach Hans Thiersch vorgestellt. Darauf folgend soll die Lebenswelt von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und die daraus resultierende Bedürfnislage herausgestellt und analysiert werden. .

In Kapitel vier soll theoretisch abschließend die aktuelle Unterbringungs- und Versorgungslage von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen dargestellt werden. Dazu werden bisherige Entwicklungen in der Unterbringung in Deutschland und die verschiedenen möglichen Unterbringungsformen nach dem SGB VIII diskutiert, sowie bisherige Handlungsempfehlungen für die Unterbringung vorgestellt.

Auf den theoretischen Teil folgt ab Kapitel fünf die empirische Untersuchung in Form einer qualitativen Studie. Dazu werden UMF aus verschiedenen Einrichtungen der Jugendhilfe befragt, um praxisnahe Erkenntnisse ziehen zu können. Begleitend zur empirischen Erhebung werden Besonderheiten bei der Befragung von UMF herausgearbeitet, sowie eine Selbstreflexion im Forschungsprozess durchgeführt, die sich an Erdheims ethnopsychoanalytischen Forschung anlehnt. Die Interviews mit den UMF werden anhand eines Leitfadens geführt. Sie werden aufgezeichnet und transkribiert. Leitfaden, Transkripte und Aufzeichnungen befinden sich im Anhang dieser Arbeit. Die Interviews werden im Anschluss mit der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet. Die Kategorienbildung befindet sich ebenfalls im Anhang. Die herausgearbeiteten Kategorien sollen dann in Bezug gesetzt werden zur Theorie, woraus schlussendlich Kategorien für die Unterbringung von UMF entwickelt werden sollen.

Im Fazit werden Ergebnisse und wesentlichen Erkenntnisse dieser Arbeit zusammengefasst und die Kriterien dargestellt.

In dieser Arbeit soll eine genderneutrale Sprache verwendet werden. Für die Begriffe, die gegendert werden müssen, wird ein Gendersternchen verwendet. Dies schließt auch Transsexuelle, transgender und intersexuelle Personen in die Sprache ein. Andere Formen des Genderns, wie der Unterstrich oder ein groß geschriebenes „I“ im Wort, beziehen sich nur auf das entweder weibliche oder männliche Geschlecht und diskriminieren andere Personen in der Sprache.

## 2. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland und rechtliche Rahmenbedingungen

### 2.1. Der Begriff „unbegleiteter minderjährige Flüchtling“

Der weite Begriff „unbegleiteter minderjähriger Flüchtling“ ist eine konstruierte Kategorie in Deutschland, die sich an der internationalen Bezeichnung der „seperated children“ orientiert (vgl. Hargasser 2014). Er findet vorwiegend in der Jugendhilfe Verwendung und wird zumeist abgekürzt durch UMF (vgl. Stauf 2012). Eine eindeutige Definition gibt es nicht, wenngleich anhand dieser Kategorie ein eigenes Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit hervorgebracht wurde mit entsprechend angepassten Angeboten der Jugendhilfe (vgl. Hargasser 2014). Es handelt sich um einen umfangreichen Bedeutungsinhalt, unter deren Einfluss sowohl die Kategorisierten selbst, als auch diejenigen, die mit ihnen arbeiten, stehen (vgl. Noske 2011)

Der Begriff „unbegleitet“ lässt sich auf das internationale Schutzabkommen des UNHCR zurückführen, nachdem diejenigen gemeint sind, „die von beiden Elternteilen und anderen Angehörigen getrennt wurden und von keinem anderen Erwachsenen betreut werden, der nach dem Gesetz oder der Tradition hierfür zuständig ist“ (UNHCR 2009, S. 5). Nach deutschem Recht gilt also derjenige minderjährige Flüchtling als unbegleitet, der weder in Begleitung von Personensorge- noch von Erziehungsberechtigten in Deutschland einreist (vgl. § 42 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII). Minderjährig ist wiederum laut internationalem Recht in der UN - Kinderrechtskonvention und nach deutschem Recht im SGB VIII, „wer das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, bzw. wer noch nicht 18 Jahre alt ist (Art.1 KRK; § 7 Abs. 2 SGB VIII). Dies spielt vor allem in Bezug auf die Einreise ohne Ausweispapiere und die damit einhergehende Altersfeststellung eine entscheidende Rolle, da es hierfür keine wissenschaftlich fundierte Methode zur genauen Feststellung des Alters gibt (vgl. Britting-Reimer 2015).

Der Begriff „Flüchtling“ beinhaltet eine vielschichtige Bedeutung einerseits auf rechtlicher und auf sozialwissenschaftlicher Ebene sowie andererseits auf einer Ebe-

ne gesellschaftlicher Deutung. Nach der Definition des Genfer Flüchtlingsabkommens, des internationalen Abkommens über die Rechtsstellung von Flüchtlingen von 1951, ist ein Flüchtling eine Person, die

„aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.“  
(UNHCR, GFK 1951 Art. 1 (A) 2 )

Diese Definition gilt ebenso auf rechtlicher Ebene in Deutschland bei der Asylantragstellung und dem Erhalt eines Aufenthaltstitels. Im sozialwissenschaftlichen Zusammenhang wird in einem Flüchtling weitergehend ein Mensch gesehen, der von Erfahrungen geprägt ist wie „Trauma und Stress, Verfolgung und Gefahr, Verluste und Isolation, Entwurzelung und Veränderung der sozialen, politischen und kulturellen Umwelt“ (Hargasser 2014, S. 50 zitiert nach: Stein 1986). Gesellschaftlich ist der Begriff „Flüchtling“ oft negativ konnotiert. In den Medien entstehen Bilder von „richtigen“ Flüchtlingen, die gezwungenermaßen aus der Bedrohung ihres Lebens heraus fliehen mussten und demgegenüber „falschen“ Flüchtlingen, die das deutsche Asylsystem zu ihren Vorteilen missbrauchen wollen (vgl. FOCUS Nr.31/2015). Der Begriff wird in Wortkreationen gebraucht wie „Wirtschaftsflüchtlinge“, „Flüchtlingskrise“ oder „Flüchtlingsströme“, die eine Bedrohung mit Flüchtlingen assoziieren. Ein Flüchtling wird dementsprechend mit Kriminalität, Illegalität und Fremdheit verbunden, was Ängste in vielen Menschen aufkommen lässt, dies wiederum prägt Einstellung und Verhalten gegenüber Flüchtlingen (vgl. Beitzer 2015). Die aktuellen Fachdebatten kritisieren daher immer stärker den Begriff Flüchtling. Der sächsische Flüchtlingsrat schreibt dazu: „Hinter der Versachlichung, die durch das Suffix ‚-ling‘ entsteht, verschwinden persönliche Hintergründe von Personen, Bildungs- und Berufsgeschichten, persönliche Interessen und politische Meinungen. Daher ist es angebrachter, von ‚geflüchteten oder geflohenen Menschen‘ zu sprechen“ (Sächsischer Flüchtlingsrat e.V. 2016).

Vielerorts wird nun auch von unbegleiteten minderjährigen Ausländern gesprochen,



abgekürzt mit UMA. Aufgekommen ist diese Bezeichnung nicht als Kritik am Flüchtlingsbegriff, sondern durch das neue Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher (Umverteilungsgesetz) vom 01.11.2015.

„Das Bundesfamilienministerium begründet die neue Bezeichnung der Zielgruppe u.a. damit, dass bei deren Einreise keineswegs erwiesen sei, ob es sich bei den Jugendlichen um anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention handle oder nicht.“ (B-UMF 2015, S. 1)

Der Bundesfachverband UMF kritisiert diese Bezeichnung jedoch sehr, da die unbegleitet einreisenden Jugendlichen nicht nur unter der Anerkennung im Asylverfahren zu beurteilen sind, sondern vor allem ihre Erfahrungen von Bedrohungen im Herkunftsland und auf ihrer Flucht anerkannt werden müssen. Der Begriff ‚Ausländer‘ grenzt diese Menschen als nicht zugehörig aus und berücksichtigt ihre Fluchterfahrungen nicht (vgl. B-UMF 2015).

Kategorien beeinflussen nicht nur diejenigen, die mit ihnen arbeiten und leben, sondern vor allem das Leben der Betroffenen selbst. Hargasser gibt dazu zu bedenken, dass sich UMF nicht selbst so bezeichnen, sondern einfach als Kinder oder Jugendliche, „die viele Probleme und Schwierigkeiten haben und ein ganz normales Leben führen möchten. Sie weisen damit auf die Vielfalt von Belastungen und Exklusionen hin, denen sie ausgesetzt sind und auf die Grundrechte, die ihnen vorenthalten werden.“ (Hargasser 2014, S. 54).

In dieser Arbeit wird der Begriff UMF verwendet, da dies noch immer die in Fachdiskursen und in der Literatur üblich verwendete Bezeichnung ist.

### 2.1.1. Zahlen und Fakten in Deutschland

In ganz Europa gibt es keine methodische Registrierung von UMF und in der Regel werden diejenigen erfasst, die einen Asylantrag stellen. In den deutschen Jugendämtern werden alle Inobhutnahmen von UMF zahlentechnisch erfasst, jedoch auch die Fälle, die kurze Zeit später wieder aus der Jugendhilfe herausfallen (vgl. MIGAZIN 2015). Damit können keine ganz genauen Angaben zu UMF in Deutschland gemacht werden, jedoch gibt es diverse Schätzungen, die Ähnlichkeiten aufweisen. Der Bun-

desfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge schätzt, dass im Jahr 2015 mehr als 30.000 UMF nach Deutschland geflüchtet sind. Dies entspricht etwa der doppelten Anzahl eingereister UMF im Jahr 2014. So wurden 2014 etwa 10.000 UMF durch Jugendämter in Obhut genommen (vgl. Diakonie 2015). 2015 kamen die meisten UMF aus Afghanistan, Syrien, Eritrea und dem Irak (vgl. MIGAZIN 2015). Aktuell geht der B-UMF nun von mehr als 45.000 UMF aus, die in der Jugendhilfe untergebracht sind. Insgesamt seien 54.500 UMF und junge volljährige Flüchtlinge zurzeit in der Jugendhilfe untergebracht, verteilt auf alle Bundesländer (vgl. B-UMF 2015). Dabei sticht Bayern mit rund 15.000 Untergebrachten maßgeblich hervor, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 8.500 und Hessen mit 6.300 Untergebrachten. Die Länder Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bilden hingegen das Schlusslicht mit 800 Untergebrachten (vgl. B-UMF 20.11.2015). Diese sind nun durch das am 01.11.2015 in Kraft getretene Gesetz zur Umverteilung von UMF<sup>2</sup> nach dem Königsteiner Schlüssel<sup>3</sup> gezwungen, wesentlich mehr geflüchtete Jugendliche aufzunehmen.

Asylanträge stellen nur ein kleiner Teil der UMF in Deutschland. Diese Zahlen stiegen jedoch enorm in den letzten Jahren. Im Jahr 2008 waren es noch 763 Asylanträge deutschlandweit. 2012 stiegen diese auf 2.096 und bis 2014 schließlich auf 4.399 Anträge an (vgl. Diakonie 2015). Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schreibt nun für das Jahr 2015 von 6.054 Asylanträgen, die von UMF gestellt wurden. Aufgrund der häufig mangelnden Ausweispapiere und der ungenauen Alterseinschätzung können keine genauen Angaben zum Alter von UMF gemacht werden. Jedoch scheinen deutlich mehr geschätzte 16 und 17-Jährige UMF einzureisen als Jüngere. Im Jahr 2013 wurden etwa 70 % der UMF auf 16 und 17 Jahre geschätzt, 24 % auf 14 und 15 Jahre und nur 6 % auf unter 14 Jahre (vgl. MIGAZIN 2015). Von circa 11.650 in Obhut genommenen im Jahr 2014 waren 90,3 % männlich und nur 9,7 % weiblich. Diese Tendenz des deutlich männlichen Überhangs lässt sich bereits seit 2009 erkennen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015)

---

<sup>2</sup> Das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher wird in den folgenden Kapitel näher erläutert

<sup>3</sup> „Nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel wird festgelegt, wie viele Asylsuchende ein Bundesland aufnehmen muss. Dies richtet sich nach Steuereinnahmen und Bevölkerungszahl. Die Quote wird jährlich neu ermittelt.“ (BAMF 2015)

## 2.1.2. Internationale Schutzabkommen und europäische Rechtsgrundlagen

### Schutzabkommen

Im Folgenden sollen die Menschenrechtsabkommen, welche die Grundlage zum Schutz von UMF bilden, in verkürzter Form dargestellt werden. Eine ausführliche Erklärung würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Die genannten Gesetzesquellen stammen alle aus dem Überblick des B-UMF (vgl. B-UMF 2015). Weiterführend kann dort und in den jeweiligen Gesetzesvorlagen nachgelesen werden<sup>4</sup>.

#### (1) UN Kinderrechtskonvention (KRK)

Das wohl bedeutendste internationale Schutzabkommen für UMF ist das 1989 beschlossene Übereinkommen über die Rechte des Kindes, dessen Grundlage die Menschenrechte von 1948 bilden. Sie gelten für alle Kinder unter 18 Jahren (vgl. Art. 1 KRK). Für diese Arbeit von Bedeutung ist vor allem das grundlegende Prinzip des Kindeswohls, dem sich die Unterzeichnerstaaten gegenüber verpflichten und welches sie stets in der Formulierung und Änderung von nationalen Gesetzen zu beachten haben. In Artikel 3 Absatz 1 der KRK heißt es:

„Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“ (Art. 3 Abs. 1 KRK)

In der KRK finden sich Richtlinien, die den Umgang mit UMF direkt und indirekt beeinflussen. Artikel 22 umfasst explizit die Rechte von „Flüchtlingskindern“, egal ob begleitet oder unbegleitet und formuliert die Pflicht der Unterzeichnerstaaten, angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe bei der Wahrnehmung dieser Rechte zu gewährleisten. In Artikel 20 wird außerdem besonderer Schutz und Beistand des Staates für Kinder gefordert, die von ihren Familienangehörigen getrennt leben und die Sicherstellung ihrer Betreuung sowie die Berücksichtigung ihrer Herkunft (vgl. ebd. Art. 20). Für den Umgang mit UMF ist ebenfalls der Artikel 27 von Bedeutung, der das Recht auf angemessene Lebensbedingungen und Unterhalt regelt (vgl. ebd. Art. 27). In Artikel 12 sind Partizipationsrechte für Kinder formuliert, die für UMF bedeuten, dass der Kindeswille auch bei der Wahl der Unterbringung berücksichtigt

---

<sup>4</sup> Im Anhang befindet sich eine Aufstellung der verwendeten Gesetzestexte

werden muss (vgl. ebd. Art. 12).

1990 wurde die KRK von Deutschland unterzeichnet, jedoch unter dem Vorbehalt, diese nicht auf ausländische Kinder anzuwenden. Seit Mai 2010 gelten die Kinderrechte ebenfalls uneingeschränkt in Deutschland und vor allem das Ausländer- und Asylrecht muss daran angepasst werden.

Für die Soziale Arbeit mit UMF sind die Kinderrechte zentral und bilden den Grundstein pädagogischer Praxis.

Um grenzüberschreitend den Kinderschutz und die Zusammenarbeit an dem Thema elterlicher Verantwortung zu verbessern, wurde 1996 weiterhin das Haager Kinderschutzübereinkommen (KSÜ) zwischen mehreren Staaten geschlossen. Auch Deutschland hat dieses 2003 unterzeichnet und seit 2011 in Kraft gesetzt.

## (2) Die Allgemeine Bemerkung Nr. 6 (GC Nr. 6)

2005 wurde für die Kinderrechte durch den Ausschuss der Vereinten Nationen ein „general comment“ zum Thema „seperated children“ formuliert, welches ausdrücklich den Zugang zu ihren Rechten regelt. Darin werden ebenfalls Vorbehalte gegen die Einhaltung der Kinderrechte gegenüber UMF unmissverständlich verboten und die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, die Rechte für UMF ohne Diskriminierung sicherzustellen (vgl. IV a, b GC Nr. 6). Betont wird erneut die Einhaltung des Kindeswohls und weitergehend die Bereitstellung eines fachkundigen Vormundes (vgl. ebd. IV c ff). Ein weiterer wichtiger Punkt dieser Bemerkung ist, dass der Schutz von UMF im Asylverfahren sicherzustellen ist und sie unabhängig von ihrem Alter einen erwachsenen Vertreter zur Seite gestellt bekommen müssen. Es sind kinderspezifische Formen der Verfolgung und alters- und genderspezifische Interpretationen der Flüchtlingsdefinition bei der Entscheidung über den Asylantrag zu berücksichtigen (vgl. ebd. VI).

## (3) Genfer Flüchtlingskonvention (GFK 1951)

Die 1951 formulierte und 1954 in Kraft getretene GFK bildet das internationale Schutzsystem für Flüchtlinge und die Grundlage für internationales Flüchtlingsrecht. Sie wurde bereits in Kapitel 2.1. erwähnt und dessen Definition des „Flüchtlings“ verwendet. Die GFK gilt uneingeschränkt für jede Altersgruppe von Flüchtlingen, also auch für UMF. Wichtigste Punkte sind das Verbot unterschiedlicher Behandlung (vgl. Art. 3 GFK), die Gleichstellung bei der Religionsausübung (vgl. ebd. Art. 4),

der freie Zugang zu den Gerichten (vgl. ebd. Art. 16) die Ausstellung von Personalausweisen (vgl. ebd. Art 27), der Reisepässen (vgl. ebd. Art. 28) und das Verbot der Ausweisung und Zurückweisung bei Bedrohung des Lebens oder der Freiheit<sup>5</sup> (vgl. ebd. Art. 33). Vor Verfolgung fliehende Personen, die illegal in das Land einreisen, in dem sie Asyl beantragen wollen, oder die sich dort illegal aufhalten, sollen nicht bestraft werden (vgl. ebd. Art. 31).

### Europäische Rechtsgrundlagen

Die folgenden europäischen Rechtsgrundlagen sind ebenfalls auf für diese Arbeit wesentliche Elemente reduziert und anhand der Auflistung von PRO ASYL (vgl. PRO ASYL 2015) herausgearbeitet worden. Sie können umfangreich in den jeweiligen Gesetztestexten nachgelesen werden.

(1) Dublin II (VERORDNUNG (EG) Nr. 343/2003) und Dublin III – Verordnung (VERORDNUNG (EU) Nr. 604/2013)

2003 folgte die Dublin II Verordnung dem bisherigen Dubliner Übereinkommen. Dies regelt seit 1997, welcher Mitgliedstaat für die Bearbeitung eines Asylantrags verantwortlich ist. Ein\*e Asylsuchende\*r soll nur in *einem* Mitgliedsstaat einen Asylantrag stellen und dies nicht in anderen Staaten wiederholen können. Es besteht damit eine klare Zuständigkeitsregelung, sodass ein Flüchtling nicht in Unklarheit von einem Staat zum nächsten befördert werden kann. Zuständig ist derjenige Staat, in den der Geflüchtete zuerst illegal eingereist ist und es gilt diesen festzustellen, um den Flüchtling umgehend dorthin zu weisen. Dies gilt nicht, sollte der Flüchtling sich bereits 6 Monate oder länger in einem anderen Staat aufhalten.

Mit der Dublin II Verordnung 2003 blieb es dabei, nur einen Asylantrag in der EU stellen zu können und die Zuständigkeitskriterien wurden in Kapitel III in eine umfangreiche Reihenfolge gebracht (vgl. Nr. 343/2003, III VERORDNUNG (EG)). Es bestand weiterhin die Regelung, dass „der Mitgliedsstaat zuständig für das Asylverfahren [des Flüchtlings] ist, der die Einreise [...] [in die EU] zugelassen bzw. nicht verhindert hat“ (Stauf 2012, S. 19). Über das Verfahren der Zuständigkeitsregelung wurden Asylsuchende nicht informiert und zahlreich in der EU hin- und hergeschot-

---

<sup>5</sup> Non-Refoulement-Prinzip (vgl. GFK 1951, Art. 33)

ben. Sie lebten in eben dieser Unklarheit, wann und in welchem Staat sie wieder Fuß fassen können (vgl. Hargasser 2014).

Die Dublin III Verordnung trat dann 2013 in Kraft und beinhaltete einige Verbesserungen für UMF, unter anderem die vorrangige Erwägung des Kindeswohls in allen Verfahren (Nr. 604/2013, Art. 6 ff. VERORDNUNG (EU)), qualifizierte Vertretung und Unterstützung von UMF in allen Verfahren (ebd.) und eine enge Kooperation der Mitgliedsstaaten zur Gewährleistung des Kindeswohls (ebd.). Es heißt dort weiterhin, dass zum Kindeswohl die Aspekte Familienzusammenführung, Wohlergehen und soziale Entwicklung des\*der Minderjährigen unter besonderer Berücksichtigung seines Hintergrundes, Sicherheitserwägungen und Ansichten des Minderjährigen entsprechend seinem Alter und seiner Reife berücksichtigt werden sollen (ebd. (3)).

Der Mitgliedsstaat soll aktive Schritte zur Familienzusammenführung einleiten und Mitarbeiter\*innen der die Verordnung durchführenden Behörden über die besonderen Bedürfnisse Minderjähriger schulen (vgl. ebd. (4)).

## (2) Weitere Richtlinien

Weitere zu nennende Richtlinien der EU, die für UMF bedeutsam sind, sind die Aufnahme richtlinie, Qualifikationsrichtlinie und Asylverfahrensrichtlinie.

Die Aufnahme richtlinie (RL 2013/33/EU) legt Normen für die Aufnahme von Asylbewerbern in die Mitgliedsstaaten fest (vgl. ebd.) Diese Richtlinie befasst sich umfangreich mit UMF, wobei hier nur näher auf Artikel 24 eingegangen werden soll. Dort wird zum einen eine rechtliche Vertretung gefordert, zum anderen wird eine Rangfolge für die Unterbringung von UMF genannt. Diese lautet wie folgt: bei erwachsenen Verwandten, in einer Pflegefamilie, in Aufnahmezentren mit speziellen Einrichtungen für Minderjährige und dann erst in anderen für Minderjährige geeigneten Unterkünften (vgl. ebd. Art. 24 Abs.2). „Die Mitgliedstaaten können unbegleitete Minderjährige ab 16 Jahren in Aufnahmezentren für erwachsene Antragsteller unterbringen, wenn dies gemäß Artikel 23 Absatz 2 ihrem Wohl dient“ (ebd.).

Die Qualifikationsrichtlinie (RL 2011/95/EU) legt Normen für die Anerkennung von Drittstaatenangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge fest (vgl. ebd.). Diese Richtlinie definiert Flüchtlinge erneut im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und differenziert Verfolgungsgründe. Besonders von Bedeutung ist auch in dieser Richtlinie die Forderung einer Vertretung von UMF durch einen gesetzlichen Vor-

mund oder durch „eine Einrichtung, die für die Betreuung und das Wohlergehen von Minderjährigen verantwortlich ist“ oder durch einen „anderen geeigneten Vertreter, einschließlich eines gesetzlich vorgesehenen oder gerichtlich angeordneten Vertreters“ (ebd. Art. 31 Abs. 1).

Die Asylverfahrensrichtlinie (RL 2013/32/EU) beschreibt die Mindeststandards der Asylverfahren, zusätzlich werden in Artikel 25 die Garantien der gesetzlichen Vertretung gegenüber UMF definiert.

## 2.2. Jugendhilfe im SGB VIII

Da es sich bei UMF um Kinder und Jugendliche handelt, ist die Jugendhilfe in Deutschland für sie zuständig. Die gesetzliche Grundlage dafür bildet das SGB VIII. In § 1 wird der Grundsatz dieses Gesetzes wie folgt festgelegt: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ (§1 Abs.1 SGB VIII). Weitergehend sind in § 2 die Leistungen der Jugendhilfe aufgelistet. In § 6 wird geregelt, wer Anspruch auf Jugendhilfe hat. Entscheidend ist hier, dass UMF erst dann einen Anspruch auf Jugendhilfe haben, „wenn sie rechtmäßig oder auf Grund einer ausländerrechtlichen Duldung ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben.“ (ebd. § 6 Abs. 2 S. 1)<sup>6</sup>.

Das Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (KICK) von 2005 brachte einige Änderungen mit sich, sodass UMF als explizite Zielgruppe aufgenommen wurden. Zum einen wurde § 8a integriert, welcher den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung und die damit einhergehende Verpflichtung zur Inobhutnahme beinhaltet. Dies bestärkt die Zuständigkeit der Jugendämter für die Betreuung von UMF und die Rolle des SGB VIII gegenüber der Asylgesetzgebung (vgl. Kurz-Adam 2015). In § 42 wird ausdrücklich geregelt, dass die Pflicht zur Inobhutnahme seitens des Jugendamtes besteht, wenn „ein ausländisches Kind oder ein ausländischer Jugendlicher unbegleitet nach Deutschland kommt und sich weder Personensorge- noch Erzie-

---

<sup>6</sup> mehr zur Duldung folgt in Kapitel 2.3.

hungsberechtigte im Inland aufhalten.“ (ebd. § 42 Abs. 1 S. 1 Nr. 3). Darunter fallen alle nach dem Jugendhilfegesetz definierten Jugendlichen bis 18 Jahren; damit sind auch diejenigen UMF in Obhut zu nehmen, die zwischen 16 und 18 Jahren alt sind. Von der Jugend- und Familienministerkonferenz 2012 in Hannover wurde zudem der Vorrang der Jugendhilfe vor dem Ausländerrecht beschlossen, ebenso wie die zu prüfenden Kriterien vor der Inobhutnahme: „unbegleitete Einreise, Minderjährigkeit, keine Personensorge- oder Erziehungsberechtigten im Inland“ (Hargasser 2015, S. 81). Die Jugendhilfe ist außerdem verpflichtet, den UMF „unmittelbar nach der Einreise an ihrem tatsächlichen Aufenthaltsort in Obhut zu nehmen [...]“ (§ 42 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 SGB VIII). Folglich ist das Jugendamt zuständig für die Inobhutnahme, welches sich an dem Ort befindet, an dem der UMF aufgegriffen wird. Dies hatte bislang zur Folge, dass grenznahe Jugendämter stark überbelastet waren (vgl. de Vigo/ Meysen 2015). Aus diesem Grund wurde im November 2015 das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher auf den Weg gebracht. Es wurde damit ein bundesweites Verteilungsverfahren für die Inobhutnahme von UMF nach dem Königsteiner Schlüssel eingeführt und damit die Regelung der vorläufigen Inobhutnahme (vgl. Smessaert 2015). Im Zuge dessen wurden unter anderem Änderungen des SGB VIII vorgenommen. Der § 42 a-e zu Verfahren der vorläufigen Inobhutnahme wurde neu eingeführt, ebenso wie § 88a zu Zuständigkeitsregelungen während und nach der vorläufigen Inobhutnahme. Die vorläufige Inobhutnahme wird nach § 42a Abs. 1 und nach § 88a Abs. 1 weiterhin von dem Jugendamt vorgenommen, in dem die Erstaufnahme von der Polizei und dessen Identifizierung des Jugendlichen als UMF stattgefunden hat. Im Zuge dessen werden dann bestimmte Belange des UMF geprüft, die bei der Verteilungsentscheidung zu berücksichtigen sind, wobei über allem die Wahrung des Kindeswohls stehen soll (§ 42a Abs. 2 Nr. 1-4 SGB VIII). Zunächst muss festgestellt werden, ob die Verteilung des UMF dem Kindeswohl entsprechend wäre. Es gibt jedoch in der deutschen Gesetzgebung keine konkrete Definition des Begriffs Kindeswohl oder Kriterien zur Feststellung einer Kindeswohlgefährdung. Es handelt sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff (vgl. Kompetenzzentrum Kinderschutz 2015). Weitergehend werden Alter und Gesundheitszustand des UMF geprüft, so wie seine Reisefähigkeit und ob eine Familienzusammenführung stattfinden kann (vgl. § 42b Abs. 4 Nr. 1-3 SGB VIII). Die Feststellung des Alters ist zumeist schwierig, da viele UMF keine Ausweispapiere mit sich führen. Kein Verfahren kann derzeit das genaue



Alter bestimmen, hierzu gibt es keine bundesweiten Richtlinien. Medizinische Verfahren, wie körperliche Untersuchungen und Röntgen sind umstritten, vor allem unter dem Aspekt des Kindeswohls (vgl. Britting-Reimer 2015).

Die vorläufige Inobhutnahme soll innerhalb von sieben Tage geschehen (vgl. § 42a Abs. 4 S. 1 SGB VIII). Nach der Meldung des Jugendamtes wird in zwei Tagen vom Bundesverwaltungsamt ein nach Königsteiner Schlüssel geeignetes Bundesland festgelegt, welches daraufhin ein Jugendamt bestimmt, das die Zuständigkeit für den UMF übernimmt. Insgesamt darf das Verteilungsverfahren vier Wochen nicht überschreiten (vgl. ebd. § 42b Abs. 1-3).

Nach der Verteilung oder dem Entscheid gegen die Verteilung übernimmt das nun zuständige Jugendamt das bekannte Inobhutnahmeverfahren.

Der Jugendliche ist nach § 42 „in einer geeigneten Jugendhilfeeinrichtung unterzubringen und zu versorgen.“ (ebd. § 42 Abs. 1 S. 1 Nr. 3). „Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme die Situation, die zur Inobhutnahme geführt hat, zusammen mit dem Kind oder dem Jugendlichen zu klären und Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung aufzuzeigen.“ (ebd. § 42 Abs. 2 S. 1-3). Diese Klärung der Umstände wird im so genannten Clearingverfahren vorgenommen. Dieses beginnt nun bereits bei der vorläufigen Inobhutnahme. Der B-UMF bietet Handlungsleitlinien für das Clearingverfahren, die als bundesweite Vorlage dienen könnten. Dies wird jedoch faktisch nicht umgesetzt, sodass das Verfahren in den Bundesländern noch unterschiedlich abläuft (vgl. Stauf 2012).

Nach der Verteilung oder dem Verbleib des UMF, wird im Folgenden ein Vormund bestellt der bei Regelungen zum Aufenthaltsstatus und bei der Antragstellung auf Hilfen zur Erziehung unterstützt (vgl. Stauf 2012). Des Weiteren sollen die Jugendlichen „bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder in einer sonstigen Wohnform vorläufig“ untergebracht werden (§ 42 Abs. 1 S. 2 SGB VIII). Auf die Inobhutnahme durch das Jugendamt und die Bestellung des Vormundes, muss unmittelbar das Hilfeplanverfahren eingeleitet werden, in dem eine Jugendhilfemaßnahme gewährt wird (vgl. ebd. § 42 Abs. 3). Im Hilfeplanverfahren ist stets auf die Beteiligung der Jugendlichen zu achten, ebenso wie auf ihr Wunsch- und Wahlrecht (§5 SGB VIII) zwischen den unterschiedlichen Hilfsangeboten (vgl. Hargasser 2014). UMF haben einen Anspruch auf alle im SGB VIII aufgeführten Jugendhilfemaßnahmen, wie die in § 11-14 genannten allgemeinen Förderungen, die Hilfen zur Erziehung, für Kinder und für junge Volljährige mit seelischer Behinderung nach

§ 27 -35. Dies bezieht beispielsweise Unterbringungsformen wie Heime oder andere betreute Wohnformen in § 34 mit ein. Einrichtungen der Jugendhilfe bieten einen geeigneten Rahmen für das Hilfeplanverfahren und dort können pädagogische Einschätzungen der Situation des UMF vorgenommen werden. Nach Abschluss des Clearing- und Hilfeplanverfahrens können die UMF entweder in der Jugendhilfeeinrichtung bleiben oder in eine andere Einrichtung wechseln (vgl. Stauf 2012).

### 2.3. Asylverfahren und Aufenthaltsrechtliche Situation

Um einen gesicherten Aufenthalt in Deutschland zu erlangen, ist in den meisten Fällen ein Antrag auf Asyl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) notwendig. Nicht für alle UMF ist ein Asylantrag sinnvoll, da nicht in allen Fällen Aussicht auf Erfolg besteht. In diesen Fällen werden andere Wege gewählt, um den Aufenthalt zu sichern, worauf im weiteren Verlauf noch eingegangen wird (vgl. Espenhorst/Noske 2015). Darum ist es im Clearingverfahren entscheidend, genau zu prüfen, ob ein Asylantrag gestellt werden soll oder nicht. Nach der Antragstellung findet das Asylverfahren statt. Grundlage hierfür bilden das Aufenthaltsgesetz (AufenthG), welches die Grundbedarfe von Asylbewerber\*innen sichern soll sowie das Asylverfahrensgesetz (AsylG), welches die Grundrechte auf Asyl nach der Genfer Flüchtlingskonvention beinhaltet. Bis 2015 galten im AsylG UMF ab 16 Jahren als verfahrensfähig und waren damit selbst für die Antragstellung zuständig. Sie wurden meistens in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und standen allein vor den bürokratischen Akten des Asylverfahrens (vgl. Stauf 2012). Nach lautstarker Kritik aus vielen Richtungen wurde das Alter im Asylrecht nun im Zuge des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlichen von 16 auf 18 Jahre angehoben (vgl. Smessaert 2015). Somit wird der Überforderung im Verfahren vorgebeugt und der Vorrang des Jugendhilferechtes gewährleistet. Nun steht den UMF bis zum 18. Lebensjahr ein Vormund zur Seite, der mit ihnen die Antragstellung durchführt.

Im Asylverfahren, wird eine Anhörung des UMF zu seinen\*ihren Fluchtgründen und zu Wohnsitzen, Reisewegen und Aufenthalten in anderen Ländern durchgeführt (vgl.

§ 25 AsylG). Das BAMF trifft anhand dessen und unter Einbeziehung der Situation im Herkunftsland die Entscheidung über den Antrag. Die Anhörung der UMF kann vom Vormund oder Betreuer\*innen der Einrichtung begleitet werden (vgl. Espenhorst/ Noske 2015). Bei der Prüfung des Antrages durch das BAMF werden verschiedene Aspekte einbezogen. In § 3 des AsylG werden Flüchtlingseigenschaften nach der Genfer Flüchtlingskonvention aufgelistet. Demnach werden Fluchtgründe akzeptiert, wie sie schon in Kapitel 2.1. aufgezeigt wurden, aber auch nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung berücksichtigt (vgl. § 3 Abs. 1 AsylG). § 60 des AufenthG beinhaltet das Abschiebeverbot bei „Gefahr der Verhängung oder der Vollstreckung der Todesstrafe“ und wenn „konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit“ besteht (Abs. 3, 7 AufenthG). Außerdem umfasst § 25 des AufenthG den Aufenthalt aus humanitären Gründen, die Gewährung internationalen subsidiären Schutzes und die Feststellung nationalen Abschiebeverbots, die dort umfangreich definiert und ausschlaggebend sind bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis (vgl. ebd. § 25 Abs. 1-3). Ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Überprüfung von Asylanträgen der UMF sind kinderspezifische Menschenrechtsverletzungen und Verfolgungsgründe, wie sie in der Richtlinie der EU, insbesondere in Kapitel II Abschnitt 2 § 7 definiert sind. Nach erfolgreicher Prüfung des Antrages bekommen UMF eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Sollten die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sein, kann diese Entscheidung widerrufen werden (vgl. Hargasser 2014).

Sollte im Clearingverfahren festgestellt werden, dass ein Asylantrag nicht erfolgsversprechend ist, können andere Möglichkeiten zum Aufenthaltstitel führen. Zum Beispiel bei Erkrankungen, die nicht im Herkunftsland behandelbar sind, oder aber auch wenn Vollstreckungshindernisse vorliegen, wie unverschuldetes Fehlen von Ausweisdokumente oder Reiseunfähigkeit (vgl. § 25 Abs. 5 AufenthG). Bislang erhält dann der UMF eine Duldung, also eine vorläufige Abschiebung<sup>7</sup>. Sollten UMF bereits 4 Jahre mit Duldung „gut integriert“ gelebt und ununterbrochen die Schule besucht haben, kann ein Antrag auf Asyl bis zum 21. Lebensjahr gestellt werden (vgl. Espenhorst/ Noske 2015). Dies gilt ebenso, wenn sie einen Abschluss gemacht haben und nun eine Beschäftigung annehmen wollen (vgl. § 18 a ff. AufenthG).

---

<sup>7</sup> Die Duldung toleriert zwar den Aufenthalt, jedoch ist der\*diejenige ausreisepflichtig, kann aber nicht unmittelbar abgeschoben werden (vgl. Will 2014)

## 2.4. Kindeswohl vs. Entlastung der Kommunen

Aus der in diesem Kapitel beschriebenen, die UMF betreffenden Gesetzeslage in Deutschland ergibt sich ein Spannungsfeld zwischen SGB VIII und Asyl- und Aufenthaltsrecht. Durch das neue Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung werden asylrechtliche Vorgaben und jugendhilferechtliche Verpflichtungen miteinander verstrickt (vgl. Kurz-Adam 2015). Es entsteht der Eindruck, UMF liefen Gefahr zum „Objekt rechtlicher Verfahrensschritte“ (Brinks/Dittmann/ Müller 2015, S. 284) zu werden, damit die strukturelle Entlastung der Kommunen gewährleistet werden kann. Wie in vorangehenden Kapiteln beschrieben, soll in der Verteilung von UMF stets das Kindeswohl vorangestellt werden. Der Verdacht liegt nahe, dass die Prüfung des Kindeswohls in der vorläufigen Inobhutnahme nicht den Stellenwert zugemessen bekommt, den es haben sollte, da die eine deutliche Überbelastung der Jugendämter festzustellen ist (vgl. Kurz-Adam 2015). Dafür spricht ebenfalls der kurze Zeitraum von nur sieben Tagen für diese Einschätzung. Fragwürdig ist ebenfalls, ob die Beteiligung der Jugendlichen nach § 8 des SGB VIII „an allen sie betreffenden Entscheidungen der Jugendhilfe“ gewährleistet wird (vgl. Kurz-Adam 2015): Die Weiterverteilung berücksichtigt weder die Meinung noch entspricht sie den Interessen des Kindes, wie die UN-Kinderrechtskonvention es in Artikel 3 fordert (vgl. Espenhorst 2015). Ein Widerspruch gegen die Verteilung kann nach § 42c Abs. 7 des SGB VIII nicht erfolgen. Die Aufnahme dieses Paragraphen lässt den Schluss ziehen, dass die Verteilung nicht im Sinne des\*der Jugendlichen vorgenommen werden kann (vgl. ebd.). Rückschrittig erscheint auch die Unterbringung in der Übergangsphase von mehreren Wochen, in der die Verteilung vorgenommen wird. In dieser Zeit haben UMF keinen rechtlichen Vertreter und warten in überfüllten Transitzonen darauf, weiterreisen zu müssen. Dies entspricht nicht dem kindeswohlorientierten Konzept der Inobhutnahme der „Stabilisierung und Normalisierung für Menschen, die alles verloren haben“ (ebd., S. 403). Es können keine stabilen Beziehungen aufgebaut werden, um Sicherheit für Kinder und Jugendliche schaffen zu können, die von Krieg und Traumatisierungen gezeichnet sind und sowohl ihre Heimat als auch ihre Eltern verloren haben. Es gibt keine Standards, an die sich Kommunen bei der landesinternen Verteilung halten müssen, beispielsweise um zentrale Massenaufnahmestellen nicht durchlaufen zu müssen. Viele Kommunen sind nicht vorbereitet auf die Arbeit mit UMF hinsichtlich ausreichender „Schulplät-

ze, SprachmittlerInnen, Vormünder und SozialpädagogInnen“ (ebd., S. 405).

Aufgabe der Jugendhilfe sollte es sein, verstärkt für die Einhaltung des Kindeswohls einzustehen und UMF während ihres Weges durch die Jugendhilfe im Sinne des Kindeswohls zu unterstützen und ihre Rechte einzuklagen. Dies verlangt nach der Erarbeitung eines bundesweiten Aufnahmekonzeptes in die Jugendhilfe und nach klaren Richtlinien per Gesetz zur Sicherung des Kindeswohls (vgl. ebd.). Eine Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel löst nicht die Herausforderung der Jugendhilfe, UMF angemessen unterzubringen. In Kapitel vier wird näher auf die Unterbringung von UMF eingegangen und nach welchen Kriterien diese bisher abläuft.

### 3. Lebenswelt von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

#### 3.1. Lebensweltorientierte Soziale Arbeit

Im Folgenden soll die Entstehung des Begriffs „Lebenswelt“ und das daran orientierte Konzept der Sozialen Arbeit von Hans Thiersch erläutert werden.

Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit ist vor dem Hintergrund verschiedener theoretischer Wissenschaftskonzepte zu verstehen. Vier Traditionslinien bilden das theoretische Konzept der Lebensweltorientierung, die hier zwar kurz dargestellt werden sollen, dessen detaillierte Ausführungen jedoch den Rahmen dieser Arbeit überschreiten würde.

Ausgangspunkt der Lebensweltorientierung stellt die Phänomenologie und der Begriff der „Lebenswelt“ von Edmund Husserl dar (vgl. Kraus 2004). Kern des phänomenologisch interaktionistischen Paradigmas ist die Analyse des Alltags und der Lebenswelt, wie Schütz (1971), Berger/Luckmann (1977) und Goffman (1977) durch die Chicago-School vorantrieben. Der Ansatz besagt, dass Alltag für Menschen deren Wirklichkeit darstellt und sie diese selbst gestalten und mitbestimmen können (vgl. Grunwald/ Thiersch 2004).

Weiterhin wurde der Lebensweltbegriff von der systemisch-konstruktivistischen Perspektive durch Björn Kraus (2007) und Jürgen Habermas (2009) geprägt. Nach Kraus ist die Lebenswelt ein subjektives Konstrukt, das gleichzeitig unter dem Einfluss der Umwelt des Individuums steht (vgl. Kraus 2007). Habermas definiert den Begriff: „als ‚Dickicht‘ von ‚Hintergrundannahmen, Verlässlichkeiten und Vertrautheiten‘ (Habermas 2009, S. 230), die dem Individuum als Ressource zur Bewältigung von Handlungssituationen dienen“ (Freise 2014, S. 171).

Die hermeneutisch-pragmatische Erziehungswissenschaft bildet einen weiteren Ausgangspunkt der Lebensweltorientierung, begründet vor allem von Dilthey (1954), Nohl (1949), Weniger (1952), Roth (1962) und Mollenhauer, die sich auf „die alltäg-

liche Praxis des Verstehens und dem darauf bezogenen Handeln“ konzentrierten (Grunwald/ Thiersch 2004, S. 17). Kernstück ist die Lebenswirklichkeit, welche vorinterpretiert und gleichzeitig veränderbar ist und in historischer, kultureller und sozialer Dimension eingebettet liegt (vgl. ebd.).

Die kritische Alltagstheorie wurde in Zusammenhang mit der phänomenologischen Traditionslinie durch Heller (1978), Kosik (1967), Lefèbvre (1977) und Bourdieu (1993) weiterentwickelt. Sie hebt die Routinen des Alltags einerseits als entlastenden Sicherheitsfaktor hervor, betont gleichzeitig aber auch dessen begrenzenden Charakter, die den Menschen in seinen Möglichkeiten einschränkt und ihn durch hohe Ansprüche antreibt, bessere Lebensverhältnisse zu erreichen. Darin, dies zu erkennen, liegen viele Ressourcen, mehr Möglichkeiten im Alltag auszuschöpfen und einen gelingenden Alltag zu erzielen (vgl. ebd.).

Der vierte wichtige Zugang zur Lebensweltorientierung ist die Analyse gesellschaftlicher Strukturen, da Alltag als erfahrende Wirklichkeit immer durch gesellschaftliche Strukturen bestimmt ist. Diese führen zu Handlungs- und Deutungsmustern, die die Rollenspiele von Menschen in verschiedenen gesellschaftlichen Settings beeinflussen. Bourdieu spricht in diesem Zusammenhang von der Zugehörigkeit zu verschiedenen Milieus, die von materiellem, sozialem und kulturellem Kapital, also Ressourcen des Menschen, beeinflusst wird. Des Weiteren stehen Menschen unter dem Einfluss gesellschaftlicher Strukturen wie Geschlechterbilder, Migrationsentwicklungen oder Möglichkeiten der Arbeit und Beschäftigung (vgl. ebd.).

Hans Thiersch führte den Lebensweltbegriff in die Soziale Arbeit ein, welcher seit dem 8. Jugendbericht der Bundesregierung (1990) zum wissenschaftlichen Paradigma der Kinder und Jugendhilfe geworden ist (vgl. Kraus 2004). In den 70er Jahren erhielt der Begriff Einzug in die Soziale Arbeit, im Zuge von sozialen Bewegungen und zunehmender Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft (vgl. Thiersch/ Grunwald/ Köngeter 2012). Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit machte sich zum Ziel die „Realität des gelebten Lebens zu thematisieren, deren Bewältigung angesichts der gesellschaftlichen Zwänge und Verunsicherungen zunehmend anspruchsvoller und schwieriger wird“ (ebd. S. 181). Die Realität des gelebten Lebens stellte die Frage nach dem Alltag, also nach den Lebenserfahrungen der Klient\*innen, ihren eigenen Kompetenzen und der Bedeutung, Verantwortung für sich

selbst zu übernehmen (vgl. Grunwald/ Thiersch 2004).

Nach dem Arbeitsverständnis der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit, werden Menschen im Zusammenhang mit ihrer alltäglichen Wirklichkeit gesehen und in ihren Anstrengungen, die Aufgaben dieses Alltags zu bewältigen (vgl. ebd.).

Lebenswelt ist aufgeteilt in unterschiedliche Lebensräume oder Lebensfelder, mit unterschiedlichen Funktionen und Inhalten, wie beispielsweise Familie, Arbeit, Jugendgruppe und Öffentlichkeit (vgl. ebd.). Diese Lebensräume bieten unterschiedliche Erfahrungen und können sich einerseits ergänzen und weiterentwickeln, aber sich andererseits auch blockieren und zu Traumatisierungen festigen. Dies fordert einen sensiblen Umgang bei der Vermittlung zwischen den Lebenswelten und diesen Bewältigungsaufgaben, anhand im Lebenslauf erworbener lebensweltlicher Ressourcen (vgl. ebd.).

Die Lebenswelt ist geprägt von Routinen und gefestigten Handlungs- und Deutungsmustern, die von zweiseitigem Charakter sind. Einerseits bieten sie Entlastung und Sicherheit, andererseits blockieren sie und führen dazu, dass Abläufe nicht mehr hinterfragt und für selbstverständlich gehalten werden. Es gilt, das Gegebene stets in Frage zu stellen und zu dekonstruieren (vgl. ebd.).

Lebenswelt ist immer vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Konstruktionen zu sehen und in verschiedenen gesellschaftlichen Situationen eingebettet. Lebensbewältigung kann nicht allein aus dem Menschen selbst heraus stattfinden, sondern ist geprägt von gesellschaftlichen Bedingungen (vgl. ebd.). Auch Habermas betont in seinen Ausführungen, dass die Lebenswelt von drei Faktoren bestimmt wird: durch die Gesellschaft, das Individuum und die Kultur, wobei er Kultur als „Wissensvorrat“ beschreibt, der durch Kommunikation entsteht und der Interpretation dient (Habermas 2009, S. 183). „Lebensweltorientierte Soziale Arbeit zielt auf die Stärkung sozialer Gerechtigkeit“ (Grunwald/ Thiersch 2004, S. 22) und „agiert in der Lebenswelt, um ihr einen gelingenden Alltag möglich zu machen“ (ebd. S. 23). Dazu ist es nötig, dass sich Soziale Arbeit als „parteiliche Vertretung lebensweltlicher Erfahrungen und Probleme“ einmischt in politische Strukturen. Leitorientierung dabei ist der Respekt vor dem Menschen als Subjekt, seinen gegebenen Alltagsstrukturen und deren Eigensinnigkeit vor dem Hintergrund komplizierter Lebensgestaltung heutiger Zeit. Ebenso stehen die Anerkennung von Unterschieden lebensweltlicher Erfahrungen und die Akzeptanz der Fremdheit des Anderen im Vordergrund mit der Prämisse der



Gleichwertigkeit (vgl. ebd.).

Strukturmaximen des Konzeptes sind Prävention, Alltagsnähe, Dezentralisierung/Vernetzung und Regionalisierung, Integration/Normalisierung und Partizipation, eingebettet in die Dimensionen von Zeit, Raum, sozialen Beziehungen und Bewältigungsarbeit (vgl. ebd.). Lebensweltorientierte Soziale Arbeit erfolgt stets in Respekt und Anerkennung für den\*die Klient\*innen. Ihre Aufgaben sind Transparenz von pädagogischen Regeln, Strukturierung von Zeit im Alltag zur Entlastung und Perspektivschaffung. Die Arbeit sollte sich an gegenwärtigen sozialen Beziehungen (Bsp. Peer-Group) und Lebensräumen (Bsp. Stadt, Land) orientieren. Der Fokus der Fachkräfte liegt auf Beziehungsarbeit mit dem Klienten und auf der Nutzung dessen Ressourcen mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe. Die Vermittlung von Geborgenheit, Offenheit, Verlässlichkeit und Chancen und Risiken von Übergängen und Abbrüchen sind wichtiger Bestandteil um Sicherheit im Lebenskonzept des\*der Klient\*innen zu entwickeln, damit sich dieses gegen Einbrüche und Abstiege behaupten kann (vgl. ebd.).

### 3.2. Lebenswelt von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Im Folgenden soll nun der Versuch unternommen werden, die wichtigen Faktoren der Lebenswelt von UMF zu analysieren. Wie oben erläutert, ist es innerhalb der Lebenswelt zentral, Erfahrungen und Aufgaben des Alltags zu bewältigen. Es stellt sich also die Frage, was zu den Erfahrungen des Alltags und zu den Aufgaben von UMF in Deutschland zählt. Welche Lebensräume oder Lebensfelder betreffen sie, welche Routinen und Deutungsmuster sind prägend und welchen Einfluss nehmen gesellschaftliche Strukturen?

Als wichtige Aufgaben und Erfahrungen des Alltags von UMF sollen im Folgenden Entwicklungsaufgaben in der Adoleszenz analysiert werden. Im nächsten Schritt sollen Erfahrungen in den Herkunftsländern und auf der Flucht und die daraus resultierende emotionale und psychische Situation von UMF untersucht werden. Zuletzt stehen gesellschaftliche Strukturen, wie komplexe und undurchsichtige Systeme in

Deutschland im Fokus, wozu dem Rechtssystem, dem Jugendhilfesystem und dem Bildungssystem besondere Bedeutung beigemessen werden. Außerdem soll die umfangreiche neue soziale Situation von UMF in Deutschland analysiert werden und die Herausforderungen, die sich für sie und für die Betreuer\*innen daraus ergeben. Als letzten Punkt soll der Versuch unternommen werden, den Blick auf die Bedürfnisse von UMF in ihrer Lebenswelt zu schärfen. Besondere Aufmerksamkeit soll in Kapitel vier der Unterbringung und Wohnsituation als Teil der Lebenswelt von UMF zukommen.

### 3.2.1. Entwicklungsaufgaben der Adoleszenz

Aus pädagogischer Sicht ist unter Adoleszenz die Zeit zwischen Kindheit und Erwachsenenalter zu verstehen, in dem sich die Geschlechtsreife vollzieht und der Versuch entsteht, sich den geschlechtsreifen Körper anzueignen (Flammer/ Alsaker 2002). Die meisten UMF in Deutschland sind zwischen 15 und 18 Jahren alt und entsprechen damit dieser Gruppe (vgl. Hargasser 2014). Adoleszenz ist eine Phase, in der vor allem anderen die Entwicklung einer eigenen „personalen, sozialen, körperlichen und sexuellen Identität“ (Blandow 2008, S. 131) im Vordergrund steht.

Dreher und Dreher geben den entwicklungspsychologischen Ansatz von Havighurst 1948 wieder, in dem es gilt in der Adoleszenz bestimmte Entwicklungsaufgaben zu bewältigen (vgl. Dreher & Dreher 1985). Sie entstehen in spezifischen Lebensphasen der Jugendlichen und von ihnen hängt auch der Erfolg oder Misserfolg bei der Bewältigung späterer Aufgaben ab. Die Ursprünge für das Aufkommen der Entwicklungsaufgaben sind der Fortschritt „körperlicher Entwicklung, kultureller Druck und individuelle Wünsche und Werte“ (Dreher & Dreher 1985, S. 30). Aus der Sicht der Jugendlichen können folgende Aufgaben benannt werden (vgl. im Folgenden Dreher & Dreher 1985):

- Aufnahme und Aufbau intimer Beziehungen
- Identitätsentwicklung
- Zukunftsperspektive

- Selbständigkeit, Selbstsicherheit, Selbstkontrolle
- Soziale Kompetenzen, kritische Haltung gegenüber Gesellschaft
- Verständnis für komplexe Zusammenhänge

Jugendliche werden sich zunehmend als soziale Wesen bewusst, stellen familiäre Werte in Frage, knüpfen neue Beziehungen zu Gleichaltrigen und beginnen, eine eigene Identität als Erwachsene herauszubilden (vgl. Streeck-Fischer 2009).

Jugendliche werden hauptsächlich in zwei bestimmten Gefügen sozialisiert: innerhalb der Familie und in Gleichaltrigengruppen (vgl. Blandow 2008). Die Familie ist der Ausgangspunkt der Jugendlichen, von dem aus Weiterentwicklung in anderen Settings stattfinden kann. Die Gleichaltrigengruppe – „Peergroup“ – hat jedoch in der Adoleszenz eine verstärkte Bedeutung (vgl. Dreher & Dreher 1985). Im Vordergrund stehen das Streben nach mehr Autonomie und die Suche nach außerfamilialen Beziehungen.

Die Peergroup stellt sozusagen den selbst gewählten Gegenpol zur Familie dar und bietet Orientierungsrahmen und Sicherheit (vgl. Blandow 2008). Die Rückmeldung Anderer trägt maßgeblich zur Selbstfindung, sozialem Kompetenzerwerb und der Identitätsbildung bei (vgl. Böhnisch 2001). Peers bilden sich an Orten, an denen Jugendliche leicht in Kontakt treten können. Häufig entstehen dadurch Gruppen, die in Bezug auf Lebenslagen, Schulbildung oder Ethnizität homogen sind (vgl. ebd.). Dies hat zur Folge, dass sich Deutungsmuster eher verfestigen und gegebenenfalls zu Vorurteilen und Stereotypen führen, die nicht selten die Ausgrenzung Anderer zur Folge hat (vgl. ebd.).

Die Entwicklung der Geschlechtsidentität sowie das Umgestalten von kindlichen Beziehung haben ebenfalls eine zentrale Bedeutung in der Adoleszenz. Die Positionierung der Jugendlichen innerhalb der Geschlechteridentität und die damit zusammenhängenden sozialen Rollen werden ausgetestet und entwickelt (vgl. Rendtorff 2008). Jugendliche werden dabei von Normvorstellungen und Zuschreibungen der Gesellschaft in der sie leben beeinflusst, die mit Männer- und Frauenrollen verknüpft sind (vgl. ebd.). Rendtorff stellt explizit den starken Einfluss gesellschaftlicher Geschlechterbilder auf Jugendliche heraus und auch Huxel beschreibt anhand der Theorie von Jösting (2008, 2005) und Breitenbach (2001), dass Jugendliche sich stark an gesellschaftlichen Erwartungen orientieren, „von dem, was angemessen gilt“ (Huxel

2014, S. 82). Angemessen ist damit auch das, was von einem bestimmten Geschlecht und Alter erwartet wird. Es wird also eine geschlechtstypische und jugendtypische Position eingenommen und ebenso typische Praxen ausgeführt.

Eine weitere wichtige Entwicklungsaufgabe der Adoleszenz stellt das Schaffen einer Zukunftsperspektive dar. Dies bewältigen Jugendliche zumeist durch die Vorstellung bestimmter Lebensentwürfe, die durch Bildung und Beruf zu erreichen sind.

Für UMF ergeben sich aus dieser Analyse der Entwicklungsaufgaben in der Adoleszenz besondere Schwierigkeiten in ihrer psychosozialen Entwicklung. Ihre Adoleszenz ist geprägt von dem Verlust der Familie und damit der Vorbildfunktion der Eltern, sowie dem Verlust der Freunde und der bisherigen sozialen Ressourcen (vgl. Hargasser 2014).

UMF müssen sich an eine neue Gesellschaft anpassen mit anderen Regeln und Umgangsformen, eine neue Sprache lernen und neue soziale Netzwerke entwickeln. Der Verlust der Eltern und anderer sozialer Beziehungen macht soziale Rollenfindung und die Entwicklung einer erwachsenen Identität zur großen Herausforderung (vgl. ebd.). Die Ablösung von den Eltern und die Suche nach Autonomie werden durch die erzwungene Trennung beeinträchtigt. Es muss eine völlig neue Peergroup gefunden werden in einem Land, dessen Sprache und Umgangsformen die UMF zunächst nicht beherrschen (vgl. ebd.). Ihre Zukunft ist unsicher und nicht voraussehbar hinsichtlich ihres Aufenthaltsstatus, ihrer Wohn- und Ausbildungssituation, ebenso wie einer Wiedervereinigung mit den Eltern und der Familie. Des Weiteren kommen UMF häufig aus Kriegsgebieten und haben gewalttätige Erfahrungen gemacht. „Ethische Werte und Normen werden unter Kriegsbedingungen in Frage gestellt bzw. verlieren an Geltung“ (ebd., S. 104). Auf diese Hintergründe wird im Folgenden noch weiter eingegangen.

Ängste, Impulsivität und Identitätsstörungen und darauf folgende psychische Störungen, Traumatisierungen, aber auch Schulversagen oder kriminelles Verhalten können Folgen dieser gestörten Entwicklungsphase sein (vgl. ebd.).

Darum ist es umso wichtiger UMF eine sichere Unterbringung und stabile Beziehungen zu bieten, sodass ihre Hintergründe Berücksichtigung finden können. Nur so kann die Möglichkeit entstehen, lebensweltliche Ressourcen wieder aufzubauen, um ihre Entwicklung erfolgreich abschließen zu können.

### 3.2.2. Erfahrungen in Herkunftsländern und auf der Flucht

Der Forschungsstand über die Hintergründe einer Flucht ohne Eltern ist bisher noch als unzureichend einzustufen. Viele Fluchtgründe, die genannt werden, sind nicht kinder- oder jugendspezifisch und treffen ebenso auf erwachsene Flüchtlinge zu (vgl. Parusel 2015). Die Erfahrungen von UMF im Herkunftsland und auf der Flucht sind individuell und sehr unterschiedlich. Allen jedoch gemeinsam ist die Trennung von Eltern, Familie und Freunden, sowie der Umstand, in der Heimat so sehr in Not geraten zu sein, dass sie gezwungen waren die Flucht nach Europa zu ergreifen (vgl. Hargasser 2014). Die Umstände dafür können Krieg, Bürgerkrieg, oder gesellschaftliche Krisen sein, in denen UMF und ihre Familien Unterdrückung, politischer Verfolgung, Gewalt und Tod ausgesetzt sind (vgl. Parusel 2015). Das bedeutet, UMF haben oftmals existenziell bedrohliche Situationen erlebt, die Grund für ihre Flucht waren oder die sie während der Flucht erlebten (vgl. Grothe 2015). Prägend für UMF ist die Erfahrung der Entwurzelung, da sie gezwungen sind ihre Heimat und ihre Familie aus diesen Gründen zu verlassen (vgl. Hargasser 2015). Es kann auch passieren, dass die Flucht mit den Eltern oder anderen Familienangehörigen gemeinsam angefangen wird, diese jedoch auf der Flucht ums Leben kommen oder sie voneinander getrennt werden, wodurch der UMF allein in Deutschland ankommt (vgl. Parusel 2015).

Claire Groark et al. (2011) aus Großbritannien stellt in ihrer Studie verschiedene Verlusterfahrungen von UMF dar: „Verlust von Gewissheit durch plötzlichen Tod oder Verschwinden von Familienmitgliedern oder Freunden, Verlust von Sicherheit durch Lebensgefahr, Verlust von Unterstützung und Verlust von Kontrolle über das eigene Leben“ (vgl. Groark/ Sclare/ Raval 2011, S. 427).

Laut der Asylanhörungen beim BAMF haben viele UMF ihre Eltern durch Verschleppung, Tod, Krieg oder durch Krankheiten verloren. Ihnen drohte Ausbeutung, Sklaverei oder Kinderarbeit, sowie Verfolgung wegen Wehrdienstverweigerung, oder auch drohender Zwangsrekrutierung als Kindersoldaten. Speziell bei Mädchen kommen drohende Genitalverstümmelung, Zwangsheirat, sexueller Missbrauch oder Zwangsprostitution hinzu (vgl. Parusel 2009). Außerdem kommt es dazu, dass UMF „von ihren Eltern nach Europa geschickt werden, weil erwartet wird, dass die Kinder dort sicherer leben, sich eine Ausbildung verschaffen oder arbeiten und durch Rück-

überweisungen zum Lebensunterhalt der Familie beitragen können.“ (Parusel 2009, S. 20). Die UMF stehen zum Teil unter der Erwartungshaltung der Familie, die Eltern nachziehen zu lassen, wenn ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland erwirkt wurde. Sollten die Eltern auch ein Aufenthaltsrecht bekommen, können sie weitere Kinder nachziehen lassen (vgl. ebd.).

Laut einer Studie von 2014 des UNHCR in Afghanistan sind meistens verschiedene, sogenannte ‚Push-Faktoren‘ ausschlaggebend für UMF, um ihre Heimat Richtung Europa zu verlassen, wie Armut, Unsicherheit, schlechte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und Erwartungen von Familienmitgliedern (vgl. Echavez u.a. 2014). Aus der Studie geht ebenfalls hervor, dass UMF die Fluchtentscheidung oft nicht alleine treffen. Die Entscheidung wird von Familienoberhäuptern mitgetroffen, die Kosten der Flucht werden durch Ersparnisse der Großfamilien getragen – teilweise auch mit aufgenommenen Krediten oder Hypotheken (vgl. Echavez u.a. 2014).

Während der Flucht befinden sich die UMF häufig in den Händen bezahlter Fluchthelfer und Schlepper. Diese werden von der Familie beauftragt, da die Einreise nach Europa immer schwieriger wird und oft auf illegalen Wegen verläuft. Häufig wissen die UMF nicht einmal wohin sie genau reisen. Dies richtet sich meist nach der Höhe der bezahlten Summe (vgl. Hargasser 2015). Es wird von Gewalt oder sexueller Nötigung durch die Fluchthelfer berichtet, denen die UMF schutzlos ausgeliefert sind. Die Flucht erfolgt auf den verschiedensten Transportwegen, wie lange Fußwege, Überquerungen des Mittelmeers in zu kleinen, überfüllten Booten, eingepfercht in LKWs oder in Flugzeugen. Diesen Weg überleben viele Flüchtlinge nicht, was UMF hautnah miterleben müssen. Die Dauer der Flucht beträgt oft zwischen 6 und 14 Monaten (vgl. ebd.).

Die Situation in der Herkunftsfamilie, die durch Trauer, Ohnmacht und Verlust geprägt ist, ebenso wie die Erfahrung lebensbedrohlicher oder gewalttätiger Situationen im Herkunftsland oder auf der Flucht können UMF stark in ihrer adoleszenten Entwicklung einschränken und zu psychischen Störungen und Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) führen. Auch die möglichen familiären Erwartungen an den Jugendlichen können zur starken psychischen Belastung werden (vgl. Grothe 2015).

### 3.2.3. Komplexe Systeme

In Deutschland stehen UMF vor verschiedenen Systemen, welche ihre Situation hinsichtlich des Aufenthaltsstatus, ihrer Aufnahme ins Jugendhilfesystem und ihrer Integration in die Gesellschaft durch Sprache und Bildung klären sollen.

Die juristische Situation von UMF wurde in Kapitel zwei beschrieben und erscheint äußerst vielschichtig und undurchsichtig. Das Leben von UMF wird von einer Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen bestimmt, die sie selber nicht überblicken können. Der sichere Aufenthaltsstatus stellt ein zentrales Bedürfnis ihrerseits dar (vgl. Espenhorst/ Noske 2015). Es beschäftigt sie, ob sie in Deutschland bleiben können und sie dort eine sichere Zukunft haben. Die Angst vor Abschiebung ins Herkunftsland oder in ein anderes europäisches Transitland ist groß (vgl. Grothe 2015). Die Frage, ob und wie ein Asylantrag gestellt werden soll und ob dieser bewilligt werden kann, stellt die UMF vor eine Flut an Gesetzen, die für sie oft nicht nachvollziehbar und zu verstehen sind. Der Status einer Duldung, sowie das langwierige, teilweise über Jahre dauernde Asylverfahren, bringt die ständige Unsicherheit und Angst über einen ungeklärten Aufenthaltsstatus mit sich (vgl. Espenhorst/ Noske 2015). Die Zeit besteht aus vielen Wartephasen, die immer wieder aufs Neue beginnen. Zunächst dauert es bis zur Asylantragsstellung, dann bis zur Einladung zur Anhörung und danach bis zum Entscheid des BAMFs. Dies raubt den Jugendlichen Kraft und sie verlieren häufig die Motivation, Deutsch zu lernen, die Schule zu besuchen und sich für ihre Ausbildung vorzubereiten (vgl. ebd.). Auch die Anhörung im Asylverfahren zu ihrer Herkunfts- und Fluchtsituation kann Ängste und psychische Belastungen hervorbringen.

Des Weiteren sollen die UMF, sobald sie in Deutschland aufgegriffen und als UMF identifiziert werden, sogleich vom örtlichen Jugendamt in Obhut genommen werden (vgl. § 8a SGB VIII). Sobald feststeht, dass es sich um einen UMF handelt, kommt die Zuständigkeit dem örtlichen Jugendamt zu, wo dann sämtliche in Kapitel 2.2. aufgeführten Verfahren eingeleitet werden müssen. Bisher handelt es sich um eine sehr heterogene Praxis in Bezug auf die Umverteilung der UMF, das Inobhutnahme- und Clearingverfahren, die Alterseinschätzung, die Unterbringung und die Vormundschaft, da es keine abgestimmten Fachkonzepte und Routinen gibt, sondern situativ von den oftmals überlasteten Jugendämtern gehandelt wird (vgl. Brinks/ Dittmann/ Müller 2015). Selbst unter den Fachkräften und den Behörden bestehen Unsicherhei-

ten über Zuständigkeiten und Vorgehensweisen innerhalb der Verfahren, nicht zuletzt durch häufige Gesetzesänderungen. Die Verfahren für UMF sind damit erst recht nicht ausreichend transparent. Es werden für sie wichtige Entscheidungen getroffen über ihren Wohnort, ihr Alter, aufenthaltsrechtliche Bedingungen und eine Unterbringungsform, an denen sie selbst kaum teilhaben können und die sie nicht nachvollziehen können. Gespräche finden oft auf Grund von Zeitmangel oder fehlendem Personal ohne Übersetzer\*in statt. Diese Bedingungen führen bei ihnen zu Verunsicherung und erlebter Ungerechtigkeit (vgl. ebd.).

Sind die Jugendlichen erst einmal in der Jugendhilfe aufgenommen, sind neben der Unterbringung vor allem das Erlernen der deutschen Sprache und der Besuch einer Schule primäres Ziel für die Jugendhilfe. Für die UMF bedeutet das, dass sie eine vollkommen neue Sprache lernen müssen, meistens auch eine neue Schrift, deren Vokabeln und Grammatik nicht nur völlig anders sind, sondern deren Inhalte oft auch anders verwendet werden (vgl. Espenhorst/ Noske 2015). Hinzu kommt, dass nicht alle in ihrem Herkunftsland kontinuierlich zur Schule gegangen sind, da sie im Krieg gelebt haben, sie aus einer geringen sozialen Schicht stammen, auf der Straße leben mussten, da sie von ihren Familien getrennt wurden oder das Fortsetzen der Schule durch die Flucht verhindert wurde (vgl. ebd.) Es kommt nicht selten vor, dass die UMF Konzentrationsschwierigkeiten haben und Probleme zu lernen, was nicht nur von unterschiedlicher Intelligenz abhängt, sondern zum großen Teil auch durch das Leiden an Zukunftsängsten hervorgerufen werden.

#### 3.2.4. Soziale Situation in Deutschland

Die soziale Situation von UMF steht unter dem Einfluss verschiedener Faktoren. Die Jugendlichen finden sich in neuen gesellschaftlichen Strukturen wieder, in denen sie sich neuorientieren und zurechtfinden müssen. Sie werden mit neuen und fremden sozialen Umgangsformen konfrontiert und mit einer neuen Sprache. Die Verarbeitung der Trennung von Familie und Freunden bedarf einer sehr großen Anstrengung, ebenso wie der Verlust bisheriger sozialer Rollen (vgl. Jordan 2000). Sie stehen nun vor der Herausforderung, neue Kontakte und Beziehungen in ihnen fremden sozialen Strukturen und gegenüber nicht bekannten Normen, Rollen und Gewohnheiten zu knüpfen.



Nicht selten sind UMF von struktureller und gesellschaftlicher Diskriminierung und Marginalisierung auf Grund ihrer Herkunft, Ethnie oder ihres Flüchtlingsstatus betroffen und fühlen sich fremd im neuen Land. Die Fremdheit wird von ihnen jedoch meist als Zuschreibung von außen erlebt (vgl. Hargasser 2014).

Der Wunsch nach sozialer Nähe und Beziehungen entsteht häufig erst nach einiger Zeit nachdem der unsichere Aufenthaltsstatus geklärt ist, da erst dann etwas Sicherheit und Ruhe einkehren kann, um soziale Bindungen zu Vertrauenspersonen eingehen zu können (vgl. Stauf 2012). Dann spielt der Aufbau stabiler Vertrauensbeziehungen eine wichtige Rolle, wobei es UMF meist sehr schwer fällt dieses Vertrauen zu fassen. Lieber hüllen sie sich in Verschwiegenheit bezüglich ihrer Identität und ihrer Familien, aus mangelndem Vertrauen und der Angst, es könnte ihnen schaden (vgl. Hargasser 2014). Die bisher gesammelten Erfahrungen auf der Flucht und mit undurchsichtigen Systemen ziehen diesen Vertrauensverlust mit sich, was den Aufbau neuer Beziehungen erheblich erschwert (vgl. Jordan/ Riedelsheimer 2004). Trotzdem besteht das Bedürfnis nach Sicherheit und Geborgenheit in sozialen Beziehungsgefügen, da diese zentrale Faktoren für eine gesunde und stabile Entwicklung des Jugendlichen darstellen. Darum gilt es seitens der Betreuung von UMF, ihnen beim Aufbau dieser verlorene Sicherheit und Stabilität zu helfen, damit ihnen ihre Situation erleichtert werden kann.

Aber nicht nur der langsame Aufbau von stabilen Beziehungen zu Betreuer\*innen, sondern auch der Kontakt zu Gleichaltrigen spielt eine wichtige Rolle, gerade in der Phase der Adoleszenz und in einer Lebenssituation, die geprägt ist von Beziehungsabbrüchen. Im Kontakt mit Gleichaltrigen und dem Aufbau von neuen Freundschaften können UMF Selbstwirksamkeit und vor allem solidarischen Rückhalt als wichtige Ressource der Bewältigung ihrer lebensweltlichen Aufgaben erfahren (vgl. Wagner 2009).

### 3.2.5. Bedürfnislage aus lebensweltorientierter Perspektive

Brinks, Dittmann und Müller ist in ihrem Artikel zu UMF in der Jugendhilfe besonders wichtig, die Perspektive auf diese Zielgruppe zu wechseln, weg von einem verrechtlichten, kulturalisierten und traumafixierten Blick, hin zu einem Blick auf die individuellen Bedürfnisse der UMF als junge Menschen mit Hilfebedarf (vgl. Brinks, Dittmann, Müller 2015). Dabei stellen sie heraus, dass sich vermeintliche Besonderheiten und Spezifika der Zielgruppe relativieren lassen und die Bedürfnisse ganz ähnlich sind wie die der anderen Jugendlichen in der Jugendhilfe.

Sie formulieren beispielsweise das Bedürfnis nach einem sicheren Ort, einer verlässlichen Ansprechperson, Kontakt zu Gleichaltrigen und nach Gestaltungsmöglichkeiten des eigenen Lebens (vgl. ebd.). Natürlich sind diese Bedürfnisse in anderen Zusammenhängen und Ursachen zu betrachten als bei Jugendlichen ohne Fluchthintergrund, aber dennoch sind es ähnliche Grundbedürfnisse, die es zu erfüllen gilt. Brinks u.a. stellen diesbezüglich ebenfalls heraus, dass bisher starke Traumatisierungen auch schon Bestandteil von Konzepten der Jugendhilfe waren, auf die zurückgegriffen werden kann (vgl. ebd.). Bei der Ermittlung des Hilfebedarfs und der Bedürfnisse von UMF in der Jugendhilfe fordern Brinks u.a., dass Lebensweltorientierung auch hier handlungsleitend sein sollte. Die fünf Maximen der Lebensweltorientierung, wie sie in Kapitel 3.1. vorgestellt wurden, müssen in der Jugendhilfe mit UMF Anwendung finden (vgl. ebd.). Stauf schreibt dazu, dass „eine angemessene Unterbringung der jungen Menschen“ Prävention im Bezug zur lebensweltorientierten Sozialen Arbeit bedeuten würde (Stauf 2012, S. 85). Sie ordnet weiterhin eine „Aufhebung von Quotierungen zugunsten einer freiwilligen Wahl des Umfeldes“ der Maxime der Regionalisierung zu. Die aufenthaltsrechtliche Sicherung wird der Partizipation zugeordnet, Lebensbewältigungsstrategien in Bezug auf die erzwungene Migration der Integration/Normalisierung und die Präsenz im Erfahrungsraum der Jugendlichen der Alltagsorientierung (vgl. ebd.).

Es ist unverkennbar, dass sich UMF in einer besonderen Situation befinden, bedingt durch Erfahrungen in Herkunftsländern, Fluchtgeschichten, ihre Sprache, ihren rechtlichen Status und ihre daraus resultierende psychosoziale Verfassung. Jedoch sollte der Fokus von Sozialer Arbeit auf den Bedürfnissen der jungen Menschen und der Hilfestellung bei der Bewältigung alltäglicher Aufgaben liegen. Ihre besondere Si-

tuation sollte die Bedürfnisse der UMF nicht überlagern (vgl. Brinks/ Dittmann/ Müller 2015). Dazu ist ein unverstellter Blick auf die Lebenswelten von UMF seitens der Sozialarbeiter\*innen nötig, um Zugang dazu erlangen zu können. Dazu gehören auch Bereiche der Lebenswelt, die UMF nicht ansprechen wollen, zu akzeptieren und zu berücksichtigen (vgl. Ehring 2008).

Freise schreibt hierzu, dass „ein Sich Einfinden in die Lebenswelt des Anderen am ehesten möglich [ist], wenn sie nicht gestört wird durch sich aufdrängende eigene Gefühl oder Ängste“ (Freise 2014, S. 171). Dies erfordere ein „genaueres Hinschauen und Wahrnehmen“ (ebd.) ebenso wie eine „hohe Selbstreflexivität und Selbstempathie“ (ebd.) seitens der Fachkräfte, gerade auf eigene Vorurteile gegenüber Menschen mit Flucht.- oder Migrationshintergründen bezogen.

## 4. Unterbringung und Versorgung

### 4.1. Bisherige Entwicklungen in der Unterbringung

In den letzten Jahren war vor allem zu beobachten, dass große Unterschiede in der Unterbringung zwischen den Bundesländern bestehen. „So wurden in Thüringen im Jahr 2010 gerade zehn Fälle in Obhut genomener [UMF] gezählt, in Schleswig-Holstein waren es 435 und in Hamburg 622“ (Kurz-Adam 2015, S.274). Dies hatte große regionale Unterschiede in den Vorgehensweisen zur Folge und „regionale Spezialisierungen und Schwerpunktsetzungen des Fachwissens und der organisatorischen Lösungen in der Kinder-und Jugendhilfe“ (ebd., S. 274). Das bedeutet, die Verfahren der Unterbringung ebenso wie die Wahl der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe verlaufen von Stadt zu Stadt unterschiedlich und es gibt keine bundesweiten Regelungen. So ist es möglich, dass UMF multiethnisch und ausschließlich mit jungen Flüchtlingen untergebracht werden, oder aber sie werden gemeinsam mit deutschen Jugendlichen untergebracht (vgl. Stauf 2012). Es wurden bereits einige Studien durchgeführt, wie zum Beispiel die von Weiß/Enderlein/Rieker 2001, aus der hervorgeht, dass UMF eine Unterbringung mit anderen UMF schätzen, da sie gemeinsame Erfahrungen teilen können und gemeinsame Interessen hilfreich sind, um Freundschaften zu schließen. (vgl. Weiß/Enderlein/Rieker 2001).

Wie bereits beschrieben, sind viele Jugendämter in Deutschland überfordert mit der hohen Anzahl an UMF, die sie in Obhut nehmen und dementsprechend unterbringen müssen. Diese Situation hat dazu geführt, dass die normalerweise geltenden Jugendhilfestandards nicht mehr konsequent eingehalten werden konnten. Das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher soll dieser Überlastung entgegenwirken. Fraglich ist jedoch, ob sich dies auch positiv auf die bedarfsgerechte Unterbringung von UMF auswirkt (Brinks/ Dittmann/ Müller 2015, S. 283). Das Gesetz sieht keine bundesweiten Standards zur Ermittlung des Kindeswohls vor, ebenso wenig wie eine stärkere Vernetzung der Kommunen und Bundesländer, um Fachwissen auszutauschen und über die

möglichen Unterbringungsformen ins Gespräch zu kommen. Jedoch sieht Kurz-Adam in dem neuen Gesetz eine Chance „für die fachliche Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe“ und für „neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen“ (Kurz-Adam 2015, S. 274).

## 4.2. Erstaufnahme

Das Jugendamt muss während der Inobhutnahme die Erstversorgung sicherstellen. Der oder die Jugendliche muss also „bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder in einer sonstigen Wohnform vorläufig“ untergebracht werden (§ 42 Abs. 1 S. 2). UMF landen oft zuerst in Not- und Gemeinschaftsunterkünften, bis sie überhaupt als UMF identifiziert und an das Jugendamt vermittelt werden. Während der Inobhutnahme und des Clearingverfahrens werden sie zur Erstversorgung und Betreuung meist in dafür vorgesehene Einrichtungen der Jugendhilfe untergebracht (vgl. BAG Landesjugendämter 2014). Die Unterbringung von UMF in Gemeinschaftsunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen für Erwachsene gestattet die Jugendhilfestandards nach dem SGB VIII nicht und ist damit für diese Gruppe von Minderjährigen unzulässig (vgl. BAG Landesjugendämter 2014). Nach § 42 SGB VIII müssen Kinder und Jugendliche während der Inobhutnahme in einer entsprechenden Einrichtung oder Wohnform untergebracht werden, um das Wohl des Kindes sicherzustellen (vgl. § 42, Abs. 1 S. 2 Nr. 3 SGB VIII).

Geeignet für die Unterbringung sind Inobhutnahmeeinrichtungen der stationären Erziehungshilfe oder – falls vorhanden – spezialisierte Clearingeinrichtungen für die Inobhutnahme von UMF (vgl. BAG Landesjugendämter 2014).

Der Träger, der für die Betreuung in einer für die Inobhutnahme geeigneten Einrichtung zuständig ist, muss über eine Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII verfügen. Die Betriebserlaubnis wird vom überörtlichen Jugendhilfeträger erteilt und ist nach der Gewährleistung des Kindeswohls und allen erforderlichen Voraussetzungen aus-

gerichtet. 2013 wurden von der Bundesarbeitsgemeinschaft<sup>8</sup> Landesjugendämter „Handlungsleitlinien zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes im Arbeitsfeld der betriebserlaubnispflichtigen Einrichtungen nach § 45 SGB VIII“ herausgebracht (vgl. BAG Landesjugendämter 2014).

Empfohlen wird für die Arbeit mit UMF:

- langjährige Berufserfahrung in der Kriseninterventionsarbeit oder gleichwertige Fachkenntnisse
- interkulturelle Kompetenz
- einschlägige Kenntnisse in den betreffenden Rechtsgebieten (siehe Punkt 3)
- einschlägige Kenntnisse im Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen
- Ein eigener Migrationshintergrund sowie Fremdsprachenkenntnisse sind darüber hinaus von Vorteil (BAG Landesjugendämter 2014, S. 18)

### 4.3. Unterbringungsformen

Nach der Inobhutnahme ist das Jugendamt verpflichtet, das Hilfeplanverfahren umgehend einzuleiten, in dem eine geeignete Jugendhilfemaßnahme gewährt wird (vgl. § 42 Abs. 3). „Das Jugendamt entscheidet einzelfallbezogen, welche Unterbringung geeignet und situationsangemessen ist. Die Unterbringung sollte ausschließlich nach SGB VIII Standards erfolgen“ (BAG Landesjugendämter 2014, S. 17). Die Unterbringung erfolgt nach dem SGB VIII bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder sonstigen Wohnform (vgl. § 42 Abs. 1 S. 2). Dazu gehört ebenfalls für das Wohl des Kindes oder Jugendlichen zu sorgen und dabei den Unterhalt sowie Krankenhilfe sicher zu stellen (vgl. § 42 Abs. 2 S. 5 SGB VIII).

Dazu werden Jugendhilfeeinrichtungen herangezogen, die von den freien Trägern zur Verfügung gestellt werden. Diese Einrichtungen müssen ebenfalls über eine Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII verfügen, wie sie oben benannt wurde.

Bisher erfolgt die Unterbringung fast ausschließlich in stationären Wohngruppen und in spezialisierten Wohngruppen der Kinder- und Jugendhilfe. Die Unterbringung

---

<sup>8</sup> Abgekürzt mit BAG

beispielsweise in Pflegefamilien, betreuten Wohnformen oder offenem Jugendwohnen findet dagegen deutlich seltener statt (vgl. Brinks/ Dittmann/ Müller 2015).

Aus dieser komplexen Situation ergeben sich verschiedene Fragen. Welche Wohnform ist für eine bedarfsorientierte Unterbringung im Einzelfall die geeignetste? Sollte das Spektrum der (Leistungen der) Jugendhilfe besser ausgeschöpft werden?

Grundsätzlich haben UMF als Kinder und Jugendliche Ansprüche auf alle Leistungen des SGB VIII. Der Betreuungsbedarf soll individuell begründet werden. Im Folgenden werden die Unterbringungsformen kurz skizziert, die für UMF in Betracht kommen könnten.

#### 4.3.1. Heimerziehung (§ 34 SGB VIII)

Heimerziehung sind Einrichtungen „über Tag und Nacht“ (§ 34 S.1 SGB VIII) oder auch andere betreute Wohnformen, die voll- oder teilbetreut sein können (vgl. Parusel 2008). Dies stellt die häufigste Unterbringungsform von UMF dar, in Form von stationären Wohngruppen, in denen UMF mit deutschen Jugendlichen zusammen leben, oder spezialisierten Einrichtung, in denen nur UMF aus verschiedenen Herkunftsländern leben. Auch therapeutische Wohngruppen als stationäre Einrichtungen fallen unter die Heimerziehung nach § 34 SGB VIII und dienen als Unterbringungs-ort für UMF. „Die geeignete Wohnform muss entsprechend den individuellen Bedürfnissen der Jugendlichen im Verlauf der Hilfeplanung gefunden werden“ (ebd.).

In der Heimerziehung soll „durch eine Verbindung von Alltagsleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten“ (ebd. § 34) die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen gefördert werden. Die Betreuung soll sich an Alter und Entwicklungsstand orientieren und Vorbereitung auf eine Rückkehr in die Familie, auf die Erziehung in einer anderen Familie oder auf ein selbstständiges Leben, dann aber in Form eines längeren Aufenthaltes sein (vgl. ebd. S.2). „Jugendliche sollen in Fragen der Ausbildung und Beschäftigung, sowie der allgemeinen Lebensführung beraten und unterstützt werden.“ (ebd. S.3).

Im Rahmen der sonstigen betreuten Wohnformen können die Jugendlichen auch in kleinen Wohngemeinschaften unter einer mobilen Betreuung oder selbstständig unter

ambulanter Betreuung leben (vgl. VSE RUHR 2016).

Festzuhalten für die Heimerziehung ist, dass es eine große Bandbreite an unterschiedlichen Konzepten gibt, die sich beispielsweise auf eine bestimmte Zielgruppe konzentriert oder einem bestimmten Betreuungskonzept folgt.

Heimerziehung ist im Allgemeinen der Versuch, das Zusammenleben von und mit Minderjährigen aus belasteten Lebens- und Familienverhältnissen zu organisieren und pädagogisch auf ihre Entwicklung einzuwirken (vgl. Hamberger 2014).

#### 4.3.2. Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII)

Die Unterbringung in einer Pflegefamilie kann entweder befristet oder auf Dauer angelegt sein (vgl. § 33). Die Pflegefamilie muss im Besitz einer Pflegeerlaubnis sein, die vom Jugendamt erteilt wird. Aufgabe des Jugendamts ist außerdem die Unterstützung der Pflegefamilie.

Noch werden UMF selten in Pflegefamilien untergebracht. Die Stadt Münster ist eine der ersten in NRW, die sich der Herausforderung vermehrter Inobhutnahmen von UMF stellen, indem sie Unterbringungen in Pflegefamilien vollziehen, wie seit September 2015 die Zusammenkunft der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter hervorbrachte (vgl. WDR 2015).

Frau Siemens-Weibring, als Geschäftsbereichsleiterin für „Familie, Bildung, Erziehung“ der Evangelische Kirche im Rheinland, nahm für den WDR Stellung dazu. Sie ist der Meinung, dass für einige UMF eine Unterbringung in Familien besser sei, als in Einrichtungen der Jugendhilfe. „Sie können sich in der geschützten Umgebung einer Familie besser entwickeln als in einem Heim oder in einer Wohngruppe“ (Siemens-Weibring 2015). Ihrer Meinung nach sind Pflegefamilien für junge Geflüchtete „eine gute Art in der Gesellschaft anzukommen“ (ebd.). Die Familien werden umfangreich vom Jugendamt Münster unterstützt und betreut. Laut Siemens-Weibring gibt es bereits erste Unterbringungen in Pflegefamilien in Norddeutschland und im Raum Nürnberg. Sie seien nun in Münster mit die ersten in NRW. Der Grund für Unterstützung seitens der Stadt Münster sei vor allem die hohe Anzahl an Geflüchteten, die sie an den Rand ihrer Kapazitäten von Heimplätzen und Notunterkünften bringe (vgl. ebd.).



#### 4.3.3. Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 35 SGB VIII)

Die Hilfe findet als eins-zu-eins Betreuung statt und richtet sich an Jugendliche „die einer intensiven Unterstützung zur sozialen Integration und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung bedürfen“ (ebd. § 35 S.1). Es handelt sich um eine längerfristige Hilfe, die sowohl ambulant, als auch stationär oder ergänzend erfolgen kann (vgl. Parusel 2008). Der VSE Ruhr schreibt dazu, dass diese Hilfe „auch am Ende einer stationären Betreuung als „Belastungstest“ Sinn [macht] oder als niedrigschwelliges Angebot für Jugendliche, die gegenüber Erwachsenen misstrauisch geworden sind oder aus anderen Gründen nur sehr wenig Hilfe annehmen wollen“ (VSE Ruhr 2016). Es sei eine Hilfe, die eher für ältere Jugendliche geeignet ist, die bereits sehr selbstständig sind. Diese Hilfe ist noch nicht besonders etabliert in der Unterbringung von UMF.

#### 4.3.4. Jugendsozialarbeit (§ 13 SGB VIII)

Im Rahmen der Jugendsozialarbeit, sollen für Jugendliche „sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern“ (ebd. § 13 Abs.1 S.1). Diese Hilfe bietet hauptsächlich Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen, wie Schulsozialarbeit oder Sprachförderung und kann auch für UMF begleitend zur Unterbringung in einer sozialpädagogischen Wohnform stattfinden (vgl. ebd. Abs. 2-3). Beispiele für bereits bestehende Jugendsozialarbeit mit UMF sind berufsbezogenen Jugendhilfe oder die Jugendmigrationsarbeit oft in Form von Jugendmigrationsdiensten. Ihre Aufgabe ist vor allen Dingen, jungen „Menschen mit Migrationshintergrund, die Unterstützung am Übergang Schule/Ausbildung/Beruf benötigen, mit dem Verfahren des Case Managements und dem Instrument des individuellen Integrationsförderplans zu beraten und zu begleiten“ (ejsa Bayern 2016). Jugendmigrationsdienste beraten die Jugendlichen vor allem im Bereich der Bildung und Ausbildung und bieten sozialpädagogische Begleitung bei den Integrationskursen des Aufenthaltsgesetzes und Sprachkursen an.

#### 4.3.5. Sonstige

##### Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35 a SGB VIII):

Jugendliche mit seelischer Behinderung, also mit abweichender seelischer Gesundheit, sollen nach dieser Hilfe ambulant oder stationär untergebracht werden. Die Beurteilung über eine seelische Behinderung liegt bei Ärzt\*innen für Kinder- und Jugendpsychiatrie, bei Kinder- und Jugendpsychotherapeut\*innen oder einem/r Psychotherapeut\*in, „der/die besondere Erfahrung mit seelischen Störungen bei Kindern und Jugendlichen“ (§ 35 Abs. 1a S. 3 Nr. 1.3) hat. Die Kosten dieser Jugendhilfiform sind wesentlich höher als bei anderen und sie ist meistens mit einer längeren Betreuung verbunden.

##### Ambulante Erziehungshilfen (§§ 29, 30, 31, 32 SGB VIII):

Ambulante Erziehungshilfen seien hier zusammengefasst als die Soziale Gruppenarbeit (§ 29), die Erziehungsbeistandschaft und Betreuungshelfer (§ 30), die sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31) und die Erziehung in einer Tagesgruppe (§ 32). Diese berufen sich jedoch alle auf die Zusammenarbeit mit den Eltern und Familien, was im Falle der UMF nicht möglich ist und darum eher nicht in Anspruch genommen werden kann.

##### Hilfe für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII):

Die jeweilige Hilfe kann auch über das 18. Lebensjahr hinaus bis zum 21. Lebensjahr fortgeführt werden, wenn der Bedarf besteht (vgl. § 41 Abs.1 SGB VIII). Danach soll der\*die Jugendliche bei der Verselbstständigung beraten und unterstützt werden (vgl. ebd. Abs. 3).

#### 4.4. Bisherige Handlungsempfehlungen für die Unterbringung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAG) ist ein Zusammenschluss der 17 Landesjugendämter in Deutschland. Diese übernehmen überörtliche Aufgaben der Jugendhilfe:

Beratungsleistungen für die örtlichen Jugendämter und die Träger der freien Jugendhilfe, Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen, Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe sowie Planung und Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe. (BAG Landesjugendämter 2016)

Die BAG fordert bundesweit einheitliche Verfahren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Die 119. Arbeitstagung im November in Berlin hat dies verdeutlicht. Die BAG teilte daraufhin mit, dass ein „intensiver Austausch“ stattfand

„über die Länderkonzepte zur Umverteilung. Ziel ist es, auf bundesweit einheitliche Verfahren und gleiche Mindestvoraussetzungen hinzuwirken, sodass unbegleitete minderjährige Ausländer überall gleich gut versorgt und betreut werden.“ (BAG Landesjugendämter 2015, S. 1)

Sie arbeiten an einer Aktualisierung der „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen“ von 2014, hinsichtlich der neuen Gesetzeslage bis zum Frühjahr 2016 (vgl. ebd.). Die bisherigen Handlungsempfehlungen beinhalten bezüglich der Unterbringung von UMF die in dieser Arbeit bereits genannten gesetzlichen Vorgaben des § 42 SGB VIII und die Vorgaben zur Betriebserlaubnis einer Einrichtung nach jugendhilferechtlichen Standards nach § 45 SGB VIII (vgl. BAG Landesjugendämter 2014, S. 17).

Das Bundesland Bremen, hat 2013 Qualitätsstandards für den Erstkontakt und die Unterbringung von UMF herausgearbeitet. Darin werden zunächst anhand der Kinderrechtskonvention Empfehlungen für die Betreuung und Unterbringung von UMF ausgesprochen. Zum einen sollte eine kontinuierliche Betreuung und ein eingeschränkter Wohnortswechsel angestrebt werden, um das Kindeswohl sichern zu können. Außerdem seien „regelmäßige Kontrollen und Supervisionen durch qualifizierte Personen“ durchzuführen, „um die physische und psychosoziale Gesundheit des

Kindes zu gewährleisten [...] und dafür Sorge zu tragen, dass seine allgemeine und berufliche Bildung gefördert werden“ (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen Bremen 2013, S. 24). Eine „Zwischenbetreuung“ soll möglichst kurz gehalten werden und in einer „förderlichen Umgebung“ stattfinden (ebd.). Des Weiteren sollen die UMF stets über die „angestrebten Betreuungslösungen“ informiert und in ihrer Meinung berücksichtigt werden (vgl. ebd.).

Espenhorst (2015) bezieht ebenfalls Stellung zu der Unterbringung von UMF und ist der Meinung, dass die Kommunen Unterstützung bei der Entwicklung fachkundiger Strukturen und der Schulung von Fachpersonal brauchen. Vor Ort müssen von der Jugendhilfe koordinierte Netzwerke geschaffen werden, die bei der Aufnahme der UMF beteiligt sind (vgl. ebd.) Die Unterbringung der UMF darf nicht in Massenunterkünften stattfinden und damit einen Unterschied zwischen einheimischen und ausländischen Jugendlichen machen. UMF müssen in angemessenen Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht werden, die ihren individuellen Bedürfnissen gerecht werden. Der Prozess der Inobhutnahme und alle Verfahrensschritte der Jugendhilfe müssen für UMF transparent und verständlich gestaltet werden, sodass sie an Entscheidungsprozessen beteiligt werden können (vgl. Espenhort 2015).

## 5. Empirische Untersuchung

### 5.1. Forschungsdesign

#### 5.1.1. Fragestellung und Ziele

Die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Jugendhilfeeinrichtungen bietet Nährboden für viele Diskussionen und Unsicherheiten seitens der Fachkräfte. Die Diskussionen drehen sich beispielsweise darum, ob UMF in spezifischen Einrichtungen unter sich untergebracht werden sollten, oder in vorhandene Jugendhilfeeinrichtungen integriert werden können. Es werden außerdem Bedenken geäußert, dass man nicht sicher sei, ob die Bedürfnisse der UMF zu denen anderer, bereits in der Jugendhilfe untergebrachten Jugendlichen passen und man ihnen gerecht werden kann. Es werden auch Überforderungen der Fachkräfte befürchtet, die sich mit neuen Anforderungen konfrontiert sehen. Gleichzeitig wird ein Druck seitens der Stadt verspürt, UMF in Einrichtungen aufnehmen zu müssen, da nicht genügend andere Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden sind. Diese Debatten und Probleme werfen Überlegungen auf, wie die Unterbringung von UMF hinsichtlich einer bedarfsgerechteren Durchführung verbessert werden kann. Die Recherche zu bisherigen Verfahren der Unterbringung von UMF ergab, dass es keine Kriterien für Unterbringung hinsichtlich der Ermittlung von Bedarfen der Jugendlichen gibt. Die Vorgabe ist, sich stets am Kindeswohl zu orientieren, die Jugendlichen bei allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen und ihr Wunsch und Wahlrecht zu akzeptieren. Ebenfalls gibt es Anforderungen an die Einrichtungen der Jugendhilfe, die für die Unterbringung sorgen. Die Kommunen sind dabei, sich strukturell an die neue Situation anzupassen und sich weiter zu entwickeln. Daraus ergibt sich die Fragestellung, welche Kriterien für die Verbesserung der Unterbringungssituation notwendig erscheinen. Die lebensweltorientierte Perspektive dient dazu, sich die Situation von UMF in ihrer Unterbringung genauer anzuschauen und ihre Bedürfnisse und Aufgaben, die sich in ihrem alltäglichen Leben ergeben zu analysieren, um anhand dessen Kriterien formulieren zu können. Die Unterbringungssituation in der Zeit der Ado-

leszenz ist maßgeblich für die psychosoziale Weiterentwicklung der Jugendlichen. Darum ist es von sehr großer Bedeutung, die Möglichkeiten der Unterbringung für die Jugendlichen transparent zu machen und sie mit all ihren Themen und mit ihrem psychosozialen Befinden in die Entscheidung einzubeziehen. Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, durch die Formulierung von Kriterien Ansätze zur Verbesserung der Unterbringung von UMF zu schaffen und damit professionelles und bedarfsge-  
rechtes Handeln in der Jugendhilfe zu sichern. Dabei soll die lebensweltorientierte Soziale Arbeit helfen, die Perspektive von UMF auf ihre Unterbringungssituation zu erfassen und ihre Bedürfnisse zu analysieren. Es wird untersucht, welche Fragen für sie zentral sind, was sie als hilfreich erleben und welche Veränderungen sie sich wünschen. Die zentrale Forschungsfrage lautet: Welche Kriterien sind notwendig für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus lebensweltorientierter Perspektive?

Daraus ergeben sich weitere Forschungsfragen, denen nachgegangen werden soll: Welche Themen und Probleme beschäftigen die Jugendlichen zurzeit? Welche Erfahrungen machen die Jugendlichen in der Jugendhilfe bisher? Welche Erfahrungen machen sie in ihren Unterbringungen? Wie viel wissen die Jugendlichen über die sie betreffenden Rechte und Entscheidungen? Kennen die Jugendlichen andere Unterbringungsformen? Können sie sich vorstellen, anders zu leben?

### 5.1.2. Methodologische Positionierung

Die folgende methodologische Ausrichtung ist die der qualitativen Forschung. Es wird induktiv geforscht, um von den Befragungen einzelner UMF und unter Einbeziehung bereits vorhandener Erkenntnisse zu der Formulierung von Kriterien zu gelangen, die den Bedürfnissen von UMF aus lebensweltorientierter Perspektive gerecht werden. Es findet dabei eine Überprüfung der bereits vorhandenen Erkenntnisse über die Bedürfnisse von UMF statt, die zu der Entwicklung neuer Hypothesen und Kriterien für die Jugendhilfe verhelfen sollen. Es besteht damit auch eine Offenheit gegenüber dem Verlauf der Untersuchung und es ist möglich, die subjektiven Sichtweisen der Jugendlichen einzubeziehen (vgl. Przyborski/ Wohlrab-Sahr 2009).

### 5.1.3. Forschungsfeld

Es wurden UMF aus verschiedenen Einrichtungen der Jugendhilfe befragt, da sie von ihren Erfahrungen in der Jugendhilfe berichten können. Es handelt sich dabei um eine Clearinggruppe mit der Option auf Regelgruppenplätze nur für UMF, eine Intensivgruppe für psychisch kranke Jugendliche, die sowohl deutsche Jugendliche, als auch UMF aufnimmt und eine Inobhutnahmestelle nur für UMF, die sich gerade zu einer Regelgruppe umstrukturiert. Den Kontakt zu diesen Einrichtungen konnte ich leicht herstellen, durch meine Arbeit in der dem Feld angehörenden Intensivgruppe für psychisch kranke Jugendliche und durch die aus meinem Masterstudium entstandenen Kontakte zu Einrichtungen der Jugendhilfe. Aus jeder der drei Einrichtungen wurde ein Jugendlicher befragt. Sowohl die Einrichtungen als auch die Jugendlichen blieben dabei anonym, da deren Identitäten nicht ausschlaggebend sind für das Ergebnis dieser Befragung. Von Bedeutung ist die Analyse der Lebensbedingungen in den Einrichtungen, in denen die Jugendlichen untergebracht wurden und unter welchen Umständen und Erfahrungen dies geschehen ist. Es wurden vorrangig UMF befragt, da ihre Situation und ihre Bedürfnisse im Vordergrund der Untersuchung stehen. Deshalb muss dies die Grundlage für die Formulierung von Kriterien aus lebensweltorientierter Perspektive sein. Die Interviewpartner sind alle männlich, minderjährig und unbegleitet nach Deutschland geflohen und haben Unterbringungserfahrungen, da sie in Einrichtungen der Jugendhilfe leben. Die Sprache sollte für diese Befragung keine Rolle spielen, da für alle Interviewpartner Dolmetscher\*innen gefunden wurden. Zum Teil kannten die Dolmetscher\*innen die Jugendlichen bereits, die Einrichtungen hatten bereits gute Erfahrungen bezüglich ihrer neutralen Übersetzung gemacht. Jedoch ist für den weiteren Forschungsprozess zu beachten, dass die Wiedergabe der Erzählungen der UMF durch eine\*n Dolmetscher\*in nicht immer neutral und fehlerfrei sein kann. Dies ist in der Interpretation der Ergebnisse zu beachten.

Über die Interviews hinaus wurden Gespräche mit Mitarbeiter\*innen der Einrichtungen geführt, um einen Einblick in ihre Arbeitssituation mit UMF zu bekommen und um die aktuelle Lage der Einrichtung hinsichtlich der Aufnahme, der pädagogischen Betreuung und der Aufenthaltsdauer von UMF in der Einrichtung noch besser erfass-

sen zu können. Von diesen Gesprächen wurden Gedächtnisprotokolle angefertigt, die im Anhang nachzulesen sind.

#### 5.1.4. Erhebungsverfahren

Das Interview als Methode der Qualitativen Forschung dient der Datenerhebung durch verbale Kommunikation (vgl. TU Dresden 2016). Ziel des Interviews ist, „die Untersuchungspersonen zur ausführlichen Darstellung ihrer eigenen [...] Lebenswelt [...] zu bringen“ (Universität Siegen 2016 S. 3). Bei dieser kommunikativen Erhebungsmethode gibt es darum relativ wenige Elemente, die das Gespräch steuern. Diese Elemente sollten sich vorwiegend im Gespräch entwickeln. Der vorab formulierte Leitfaden umfasst Fragenvorschläge oder Themen in Stichpunkten, die das Interview behandeln soll, um Daten zu gewinnen, die für die Forschungsfrage relevant sind (vgl. Universität Siegen 2016). Den Interviewer\*innen obliegt es, in der Reihenfolge der Fragen und deren genauer Formulierung flexibel zu sein und diese je nach Gesprächsverlauf variieren zu können. Die Befragten sollen durch Nachfragen dazu ermutigt werden, möglichst ausführlich zu antworten und die von ihnen angesprochenen Themen zu vertiefen (vgl. ebd.). Sollte während des Gesprächs zu viel am Leitfaden festgehalten werden, spricht man von dem Problem der „Leitfadenbürokratie“ (Hopf 1978, S. 103). Dies widerspricht dem Prinzip der Offenheit nicht-standardisierter Interviewführung. Darin soll so wenig direktiv wie möglich gefragt werden, damit der oder die Interviewte seine eigenen Relevanzen entwickeln und formulieren kann (vgl. TU Dresden 2016).

#### 5.1.5. Auswertungsmethode

Die Daten dieser Forschungen werden anhand der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2000) ausgewertet. Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring ist eine Auswertungsmethode in den Sozialwissenschaften, die eine Möglichkeit der Interpretation und kategoriengeleiteten Analyse von Datenmaterial bietet (vgl. Mayring 2000.). Es gilt, den Text zusammenzufassen und dessen Sinn in Kategorien zu unterteilen, sodass am Ende die wesentlichen Inhalte des Materials herausgearbeitet



sind. Zunächst erfolgt eine Transkription des Datenmaterials der Leitfadeninterviews, da diese auf Tonbandgeräten aufgenommen werden. Dann werden die für die Fragestellung inhaltstragenden Textstellen transkribiert. Diese Transkriptionen der Interviews, werden schließlich paraphrasiert, also zusammengefasst. Danach werden die Paraphrasen in einem mehrstufigen Prozess zunächst in Arbeitskategorien reduziert und diese mit der Theorie verglichen, woraufhin weitere übergeordnete Kategorien gebildet werden können (vgl. ebd.). Anhand dessen werden die erhobenen Daten zusammengetragen und das Kategoriensystem interpretiert. In einem weiteren Schritt werden die Ergebnisse mit der Theorie diskutiert, um die Fragestellung zu beantworten und Übereinstimmungen, Widersprüche und weiteren Erhebungsbedarf für offene Fragen aufzudecken (vgl. ebd.). In einem letzten Schritt werden Kriterien für die Jugendhilfe formuliert, die sich aus den Ergebnissen herleiten lassen.

## 5.2. Besonderheiten bei der Befragung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Bei der Befragung von UMF sind einige Besonderheiten zu beachten, die sich aus den bisherigen theoretischen Erläuterungen ergeben. UMF verfügen häufig über sehr belastende Erfahrungen im Herkunftsland und auf der Flucht. Nicht selten gehen damit Traumatisierungen einher. Aus diesem Grund wird in den Interviews vermieden nach diesen Erfahrungen zu fragen, da es nicht verantwortet werden kann, eine Retraumatisierung hervorzurufen oder die Interviewpartner unnötig zu belasten. Daher soll der Fokus des Gesprächs auf den Erfahrungen der nahen Vergangenheit in Deutschland und der Gegenwart liegen. Die Wahrung der Anonymität der Interviewpartner soll dem Schutz ihrer Person dienen, damit keine Antworten und Ergebnisse auf sie zurückgeführt werden können. Dies gilt ebenso für die Einrichtungen. Damit erhoffe ich mir ein unbefangeneres Gespräch mit den Jugendlichen und Ergebnisse, die ihrer Lebensrealität entsprechen. Nicht nur die Vorerfahrungen der Flucht, sondern ebenso mögliche negative Erfahrungen in Deutschland mit Mitarbeiter\*innen der Behörden oder mit Fachkräften der Jugendhilfe können zu mangelndem Vertrauen innerhalb des Gespräches führen. Außerdem kann die Interviewsitua-

tion leicht zu diesem Gefühl beitragen, sollten sich die Jugendlichen ausgefragt fühlen und dadurch ihr Vertrauen in die Interviewerin verlieren. Darum erscheint es sehr wichtig die Gesprächssituation so offen und frei wie möglich zu gestalten und den Jugendlichen mehr selbst erzählen zu lassen, als ihn auszufragen. Es werden Dolmetscher\*innen in den jeweiligen Interviews dabei sein, die den Auftrag haben, die Äußerungen der Jugendlichen wertfrei, neutral und möglichst lückenlos zu übersetzen. Diese Personen sind den Jugendlichen bereits bekannt und haben schon für sie übersetzt. Es wurde darauf geachtet, dass in jeder Interviewsituation eine Betreuerin als Vertrauensperson anwesend ist, die der Jugendliche bereits gut kennt und die ihm Sicherheit bietet. Aus diesem Anspruch heraus ergeben sich etwas unterschiedliche Personenkonstellationen, wobei die Betreuerinnen als Vertrauenspersonen unterschiedliche Rollen einnehmen werden: einmal als Dolmetscherin, einmal als bloß anwesende Person und einmal ich selbst als Interviewerin. Dabei ist zu beachten, dass ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis und ein Machtgefälle zwischen den Jugendlichen und ihren Betreuer\*innen bestehen. Dies könnte zu Äußerungen der Jugendlichen führen, von denen sie denken, sie seien erwünscht oder hilfreich. Darum erscheint es als besonders wichtig, darauf hinzuweisen, dass es keine falschen Antworten gibt, mit denen sie sich gefährden könnten und sie Antworten auch verweigern können. Der Grund für die Anwesenheit der Betreuerinnen als Vertrauenspersonen liegt vor allem darin, dass dies bei der Interviewanfrage bei den Jugendlichen von ihnen selbst gewünscht wurde. Dies erweckte für mich den Eindruck, dass sie sich gegenüber ihren vertrauten Betreuerinnen mehr öffnen werden als gegenüber völlig Fremden, und dass so Sicherheit und Offenheit bei den Jugendlichen gefördert werden kann. Von besonderer Wichtigkeit war diesbezüglich auch das vorangestellte Informieren der Jugendlichen über Ziel und Inhalt des Interviews, damit für sie ersichtlich ist, ob sie daran teilnehmen möchten oder nicht. Damit sind die Transparenz des Interviews und die freiwillige Teilnahme der Jugendlichen als Voraussetzung für ein vertrauensvolles Gespräch gegeben.

### 5.3. Selbstreflexion im Forschungsprozess

Zur Selbstreflexion des Forschungsprozesses wird die Ethnopschoanalyse nach Mario Erdheim herangezogen. Erdheim begründete seine Forschung auf den Werken von Sigmund Freud (geb. 1856, gest. 1939). Die Ethnologen und Psychoanalytiker Georges Devereux (geb. Frankreich 1908, gest. 1985), und Paul Parin (geb. Schweiz 1916, gest. 2009) sind ebenfalls Vorreiter der Ethnopschoanalyse.

Für Erdheim stand in seinen Werken die Auseinandersetzung mit der Unbewusstheit und deren gesellschaftlicher Produktion im Vordergrund (vgl. Erdheim 1984 und 1988). Seine leitende Fragestellung ist dabei, wie Fremdheit entsteht und warum wir bestimmte Dinge als fremd wahrnehmen. Demnach ist die Art und Weise unserer Interpretation eines uns unbekannten, neuen Feldes wesentlich aussagekräftiger, als die Interpretation des untersuchten Gegenstandes an sich. Es sind unsere „Vorstellungen, die eher dem Diktat jener Phantasie als der Realität der fremden Kultur folgen“ (Erdheim 1988, S. 72). Die Ethnopschoanalyse zeigt auf, wie wir uns in dem als fremd Wahrgenommenen immer wieder selbst begegnen.

Die Wahl des Forschungsgegenstands bedarf ebenso immer wieder einer näheren Betrachtung. Denn die „Faszination, die ein Gegenstand auf den Wissenschaftler ausübt, bezieht ihre Kraft immer auch aus unbewußt (sic) gewordenen Erfahrungen“ (ebd., S. 78). Auf diese Weise entsteht die Motivation neue Felder zu erkunden. Dabei ist es parallel wichtig, den eigenen Antrieb zu reflektieren (vgl. ebd.). Es lohnt also, einen genauen Blick auf den Forschungsprozess zu werfen.

Ein Forschungsprozess ist nach Erdheim hierarchisch strukturiert. Dabei stehen die Forschenden über den Informant\*innen, da sie durch ihre Interpretation des Gesehenen über eine Deutungshoheit verfügen. Diese Machtgefälle und Abhängigkeiten zwischen den Forschenden und ihren Informant\*innen sollen durch Selbstreflexion im Forschungsprozess reduziert werden können (vgl. Erdheim 1988), da „nur durch eine Veränderung der Einstellung des Forschers sich selbst gegenüber eine neue Dimension der Realität, die Subjektivität des Objektes, faßbar (sic) wird“ (vgl. Erdheim 1988).

Auch meine Befragung stand unter dem Einfluss meiner persönlichen Einstellungen und Erwartungen. Bereits die Entscheidung für meinen Forschungsgegenstand basierte auf meinen Vorerfahrungen auf der Arbeit, wo UMF ganz neu aufgenommen wurden, obwohl das Konzept der Intensivgruppe auf psychische Kranke Jugendliche ausgelegt ist und viele Mitarbeiter\*innen keine Erfahrungen in der Arbeit mit UMF haben. Ich hatte vor den Interviews einige Vorannahmen bezüglich des Verlaufs der Interviews und der Reaktionen der Jugendlichen. Ich nahm an, dass die Jugendlichen eher verschlossen sein würden und das Vertrauen zu mir erstmal langsam aufgebaut werden müsste. Ich wollte besonders vorsichtig in die Interviews gehen, um keine Retraumatisierungen hervor zu rufen und dachte, dass ich das Gespräch durch meine Fragestellungen so lenken könnte, dass die Jugendlichen nicht auf ihre Fluchtgeschichte zu sprechen kommen. Damit wollte ich eine zu große Belastung vermeiden. Die Vorannahmen begründeten sich auf der langen Auseinandersetzung mit der Lebenswelt von UMF, was meinen Fokus auf eine ohnehin schon stark belastete Gruppe richtete, die man nicht noch mehr Belastungen aussetzen möchte. Rückblickend lässt sich jedoch vor allem für mich feststellen, dass die Jugendlichen mir gegenüber wesentlich offener und vertrauter aufgetreten sind, als ich es vermutet hätte. Die Gespräche verliefen alle sehr intensiv und die Jugendlichen mussten beim Erzählprozess teilweise eher gebremst werden, als dass ich sie hätte zum Erzählen animieren müssen. Es erschien mir eher so, als seien sie glücklich über mein Interesse und als hätten sie keine Angst, mir etwas anzuvertrauen. Auch die Fluchtgeschichte und familiäre Hintergründe kamen immer wieder zur Sprache, da dies den Mittelpunkt ihrer Gedanken ausmacht und es ihnen sehr am Herzen liegt, diese Erfahrungen mit anderen zu teilen und auch an vielen Stellen Kritik üben zu können.

Ich war sehr zufrieden damit, dass ich mich in den Interviews nicht stark am Leitfaden orientiert habe, sondern das Gespräch mehr durch die Inputs der Jugendlichen strukturiert habe. Dies bewirkte starke Aufmerksamkeit auf meiner Seite, weshalb die Jugendlichen sehr wahrscheinlich das Gefühl hatten, dass sie selbst im Mittelpunkt stehen. Dadurch entstand in allen Interviews eine sehr offene Gesprächsatmosphäre und eine gute Vertrauensbasis.

Für mich war die Situation ganz neu, Gespräche mithilfe von Dolmetscher\*innen zu führen. Während der Interviews fiel mir dann immer wieder auf, dass ich oft sehr lange und teilweise etwas umständliche Formulierungen für meine Fragen benutze,

um die Fragen einerseits möglichst offen zu stellen, dennoch aber zu verdeutlichen, was ich meine. Dies führte jedoch hin und wieder zu Verständnisproblemen seitens der Dolmetscher\*innen oder seitens der Jugendlichen. Dadurch waren immer mal wieder kleine Erklärungspausen notwendig, die den Erzählfluss etwas behinderten. Dies würde ich gerne bei einer nächsten Forschung mit Fremdspracheninterviews optimieren und an der präziseren Formulierung von Fragen arbeiten.

## 5.4. Datenauswertung

Im nun folgenden Kapitel werden die geführten Interviews nach den erarbeiteten Kategorien vorgestellt. Die vollständigen Transkriptionen, sowie die Tabellen mit den nach qualitativer Inhaltsanalyse gebildeten Paraphrasen und Kategorien befinden sich im Anhang. Die Zitationen beziehen sich auf die transkribierten Interviews. Vor der Auswertung der Kategorien, wird jeweils ein Einblick in die Einrichtung aus Mitarbeiter\*innenperspektive gegeben, der anhand der Gedächtnisprotokolle formuliert wird.

### 5.4.1. Interview I

Das Interview wurde in einem Clearinghaus für UMF durchgeführt, die zusätzlich eine Option auf Regelgruppe haben, wenn der Bedarf gegeben ist. Die meisten Jugendlichen haben diesen Bedarf und leben länger in der Clearinggruppe, oft bis zur Verselbstständigung mit 18 Jahren. Dies ergibt sich in den meisten Fällen aus einem sehr starken Bedürfnis nach Ankommen und Einleben, sowie einem schnellen und intensiven Beziehungsaufbau der Jugendlichen zu den Betreuer\*innen. In einigen Fällen wird nach dem Clearing ein Umzug in eine andere Wohnform eingeleitet, meistens bei sehr selbstständigen, etwas älteren Jugendlichen, in ein selbstständigeres Wohnen mit ambulanter Betreuung. In anderen Fällen erfolgt das Clearing jedoch in einem mehrere Monate andauernden Prozess, nach welchem die Jugendlichen

dann wieder ausziehen müssen, obwohl sich sehr starke Beziehungen entwickelt haben und die Jugendlichen selbst einen Umzug nicht in Erwägung ziehen würden (vgl. Gedächtnisprotokoll: Clearinggruppe Plus, Betreuerin).

### **Kategorie: Eckdaten**

Der Befragte des ersten Interviews ist 17 Jahre alt und aus Eritrea geflohen. Er lebt seit einem Jahr und fünf Monaten in Deutschland und seit einem Jahr ist er in der Clearinggruppe mit Regelgruppenzusatz untergebracht.

### **Kategorie: Psychische Belastung**

Während des Interviews stellte sich heraus, dass der Jugendliche sehr stark von der Situation seiner Mutter belastet wird. Sein psychisches Befinden ist abhängig von dem, was seine Mutter parallel durchlebt. Er selbst formulierte, dass er sich an manchen Tagen „wirklich depressiv fühlt“ (Interview I, Z.23). Er sieht sich in der Verantwortung, seine Mutter nach Deutschland zu bringen und scheitert an diesen Plänen immer wieder. Er sagte „dann war das Ganze alles umsonst. Und das ist, was ihm so zu schaffen macht“ (ebd., Z. 52). Es belastet ihn sehr, dass seine Mutter auf dem Versuch der Flucht erkrankt ist und dass sie starke finanzielle Probleme durch den Fluchtversuch hat. Umso mehr macht es ihm Angst, dass die Mutter, die es bis in den Sudan geschafft hat, wieder zurück nach Eritrea abgeschoben werden könnte (vgl. ebd., Z 46-52). Immer wieder erzählte der Befragte von seiner Mutter und wie sehr ihn dieses Thema beschäftigt und belastet. Mehrmals sprach er von depressiver Stimmung (vgl. ebd., Z. 23 + 54), die dieses Thema in ihm auslöst und einem Gefühl von Wut auf Grund seiner Hilflosigkeit, dass er nur an den Betreuer\*innen auslassen kann. „Er sieht keinen Ausweg und er ist dann oft so wütend, dass er das an euch auslässt“ (ebd., Z. 56). Die einzigen Probleme, die er während seines Lebens in Deutschland hat, seien die Probleme mit seiner Mutter (vgl. ebd., Z.75-77).

Es entsteht eine Doppelbelastung auf Grund der Verantwortung, die der Jugendliche für seine Mutter übernimmt. Er ist an vielen Tagen so sehr in Gedanken bei seiner Mutter, dass er von der Schule nach Hause möchte. „Es gibt Tage, also fast eigentlich jeden Tag, wo er halt über seine Mama nachdenken muss und dann von der Schule einfach nach Hause möchte. Weil es ihm halt einfach nicht gut geht“ (ebd. Z. 42 ff.). Er sagte, die Sorgen über seine Mutter hemmen ihn in der Schule und er habe schulische Probleme auf Grund dieser Belastung (vgl. ebd., Z. 159).

Häufig schilderte der Jugendliche im Interview auch negative Erfahrungen, die er im Herkunftsland gemacht hat und stellte diese in einen direkten Vergleich mit seinen Erfahrungen in Deutschland. Er sprach beispielsweise von Gewalterfahrungen, die er in Eritrea gemacht hat und dass die Menschen dort sehr schnell gewalttätig handeln. „Also in Eritrea ist das ein bisschen anders, meint er. Wenn ein Älterer oder beziehungsweise ein Mensch einfach dich ausversehen schubst, der geht dann fast auf dich los“ (ebd., Z. 71 ff.). Auch in der Schule musste er Gewalterfahrungen machen. Schläge wurden gegen ihn gerichtet, wenn er unkonzentriert arbeitete oder zu spät kam (vgl. ebd., Z. 160 ff.). Er ist in einem Dorf in Eritrea aufgewachsen und hat morgens vor der Schule seinen Eltern auf dem Hof helfen müssen. Außerdem musste er drei Stunden täglich zur Schule laufen. Darum ist er oft zu spät in die Schule gekommen und dafür geschlagen worden (vgl. ebd., Z. 164 ff.)

### **Kategorie: Probleme sich zu öffnen**

Die Schwierigkeiten sich zu öffnen, resultieren vor allem daraus, dass er den Betreuer\*innen nicht so viel Ärger und Probleme machen möchte. Er hat das Gefühl, die Betreuer\*innen mit seinen Problemen mit der Situation der Mutter zu nerven und möchte das nicht (vgl. ebd., Z. 55-58).

Gegenüber den Mitarbeiter\*innen des Jugendamts hatte der Jugendliche anfänglich Angst, offen über seine Bedürfnisse zu reden, weil ihm alles fremd war (vgl. ebd., Z.106)

### **Kategorie: Umgang mit Problemen**

Der Jugendliche löst seine Probleme meistens, indem er mit seinen Betreuer\*innen darüber spricht. Wenn er seine Wut beispielsweise an den Betreuer\*innen auslassen kann, geht es ihm danach wesentlich besser. Er selbst formulierte „danach geht’s ihm immer besser, wenn er das bei euch auslässt“ (ebd., Z.58 ff.). Er kann über seine Probleme und das, was ihn beschäftigt, mit den Betreuer\*innen reden (vgl. ebd., Z. 60 ff.).

### **Kategorie: Neue soziale Umgangsformen**

Der befragte Jugendliche sprach mehrfach von positiven Erfahrungen mit für ihn neuen sozialen Umgangsformen in Deutschland, die er in Bezug setzt zu seinen gemachten negativen Erfahrungen in Eritrea. Er erzählte, dass er von der Haltung der

Deutschen lernen möchte. Diese Haltung beschrieb er mit einem friedlichen Umgang miteinander und Gastfreundschaft: „In Deutschland ist es so, selbst wenn du jetzt ausversehen jemandem auf den Fuß trittst, wird darüber gesprochen. Da wird nicht gleich zugeschlagen. Und die Menschen sind da einfach viel freundlicher, meint er“ (ebd., Z. 72 ff.). Auch in der Schule ist der Umgang in Deutschland viel friedlicher, man wird hier nicht geschlagen, „und es ist auch der Grund warum er sich hier wirklich wohl fühlt und warum er auch gerne in die Schule geht“ (vgl. ebd., Z. 168 ff.).

Das Befolgen von Regeln, wie er es in der Clearinggruppe beispielsweise erlebt, beschrieb er ebenfalls als etwas Neues. Diese Regeln sollten seiner Meinung nach die Menschen in Eritrea genauso befolgen und sie sollten davon lernen (vgl. ebd., Z. 144 ff.).

### **Kategorie: Wohnsituation Inobhutnahme**

Nachdem er von der Polizei aufgegriffen wurde, wurde der Jugendliche in Obhut genommen (vgl. ebd., Z. 86 ff.). Während der Inobhutnahme wurde er zwei Monate im Hotel untergebracht (vgl. ebd., Z. 83), wo er eine ambulante Betreuung durch einen eritreischen Betreuer bekam (vgl. ebd., Z. 118 ff.). Er litt unter gesundheitlichen Problemen, „weil er selber nicht kochen konnte und sie oft draußen essen mussten. Gefrühstückt haben sie zwar im Hotel, aber nachmittags mussten die dann draußen essen. Die haben keine Kochgelegenheit gehabt im Hotel. Die konnten nicht kochen“ (ebd., Z. 111 ff.). Außerdem stellte die Ernährungsumstellung von Eritrea nach Deutschland ein großes gesundheitliches Problem dar (vgl. ebd. Z. 113 ff.). Andere UMF, die er kennt, halten sich noch immer in Hotels auf und sind noch nicht weiter untergebracht (vgl. ebd., Z. 183 ff.).

### **Kategorie: Rolle des Jugendamtes**

Das Gespräch mit der Mitarbeiterin des Jugendamtes ist gut gewesen und sie sind alle sehr nett zu ihm gewesen (vgl. ebd., Z. 98).

Der Jugendliche wurde vom Jugendamt informiert über seine vorübergehende Unterbringung im Hotel und über die darauffolgende Unterbringung im Heim (vgl. ebd., Z. 101 ff.). Der Jugendliche hatte nicht das Gefühl, an Entscheidungen beteiligt zu sein, sondern beschreibt, dass sein Vormund und sein ambulanter Betreuer mit dem Jugendamt geklärt hätten, wo er nach dem Hotel hinkommt. „Die haben das unter



sich geklärt. Der Vormund vom Jugendamt und dann hat der Betreuer damals, er hat n ambulanten Betreuer gehabt im Hotel, auch aus Eritrea, und der hat ihn dann hier hergebracht und dann ist er auch hier geblieben“ (ebd., Z. 117 ff.).

Informiert wurde der Jugendliche des Weiteren über die Möglichkeit der Familienzusammenführung (vgl. ebd., Z. 103). Nachdem der Jugendliche in die Clearinggruppe gekommen ist, wurde er auch über die Möglichkeit, in einer Pflegefamilie zu leben informiert (vgl. ebd., Z. 190).

### **Kategorie: Bedeutung Bezugsperson gleicher Sprache**

Durch die Anwesenheit einer eritreischen Übersetzerin bei den ersten Gesprächen mit dem Jugendamt, war es dem Jugendlichen möglich, Vertrauen zu fassen und offen über seine Bedürfnisse zu reden. „Aber als er dann gesehen habe, dass ne eritreische Frau da arbeitet und die da auch zum Übersetzen gekommen ist, danach war es schon wesentlich lockerer“ (vgl. ebd., Z. 106 ff.).

### **Kategorie: Zufriedenheit mit der Jugendhilfemaßnahme**

Die Lebenssituation in der Clearinggruppe beschrieb der Jugendliche als sehr positiv. Es sei eine gute Gruppe und er habe viel Spaß (vgl. ebd., Z. 23). Er sei sehr glücklich in der Gruppe und verstehe sich gut mit allen (vgl. ebd., Z. 136 ff.). Die Wohnform, so wie sie dort ist, wäre perfekt für ihn. „Er kann sich das anders gar nicht vorstellen, hier war alles perfekt“ (ebd., Z. 215). Was der Jugendliche immer wieder erwähnte, war sein baldiger Auszug aus der Wohngruppe auf Grund der Verselbstständigung mit 18 Jahren, was ihn sehr belastet. „Er möchte hier noch nicht ausziehen und das tut ihm gerade weh“ (ebd., Z. 124 ff.). Er hat versucht, um diesen Auszug herum zu kommen, indem er dann von einer Pflegefamilie gesprochen hat: „Aber als es dann hieß, er müsste hier ausziehen, dann hat er angefangen von der Pflegefamilie zu sprechen. Das war einfach ein Schutz. Er wollte hier nicht ausziehen“ (ebd., 201 ff.).

### **Kategorie: Umgang mit pädagogischen Maßnahmen**

Der Jugendliche gab an, zu verstehen, warum es richtig ist für ihn ausziehen und dass er weiß, dass es um Verselbstständigung geht. „Er sieht die Notwendigkeit, er weiß auch worum es geht, dass er ... diese Verselbstständigung ist ja, was man mit mir vorhat. Das weiß er alles und er weiß auch, dass es das Richtige für ihn ist“ (ebd., Z. 129 ff.). Auch die Regeln in der Gruppe hält er für gut und notwendig, auch

wenn es ihm am Anfang schwerfiel, sich danach zu richten, weil es neu für ihn war (vgl. ebd., Z.141 ff.).

### **Kategorie: Beziehung zu anderen Jugendlichen**

Der Jugendliche beschrieb, dass er gute Beziehung zu den anderen Jugendlichen in der Gruppe hat, ebenso wie zu bereits ausgezogenen Jugendlichen und zu anderen außerhalb der Gruppe (vgl. ebd., Z. 136 ff.). Er hat auch guten Kontakt zu Schulfreund\*innen aus seiner Klasse, mit denen er vor allem per Handy kommuniziert (vgl. ebd., Z. 176 ff.). Er hat ebenfalls Kontakt zu anderen UMF außerhalb der Gruppe, mit denen er weniger über ihre Art zu Wohnen spricht, sondern mit denen er sich darüber austauscht, wie es ihnen allgemein geht (vgl. ebd., Z. 184).

### **Kategorie: Beziehung zu Betreuer\*innen**

Der Jugendliche erzählte, dass er sehr zufrieden ist mit den Betreuer\*innen und sie in der Gruppe gut betreut würden. Während des Gesprächs sicherte er sich zum Teil mit Blickkontakt oder auch direktem Kontakt zu seiner Betreuerin bezüglich seiner Antworten ab (vgl. ebd., Z. 93). Die Bindung zu seinen Betreuer\*innen ist sehr eng und er beschrieb sie als Mutter- und Vaterersatz zugleich. „Die ersetzen so gesehen Mutter und Vater gleichzeitig. Er fühlt sich wirklich sehr wohl bei euch und die werden hier gut betreut“ (ebd., Z.153). Die Betreuer\*innen helfen ihm und sind immer da, wenn er sie braucht. Er kann immer fragen, wenn er etwas nicht wisse und bekäme auch immer eine Antwort darauf (vgl. ebd., Z. 179 ff.).

### **Kategorie: Schule**

Schule ist für den Befragten sehr wichtig und er geht gern in die Schule (vgl. ebd., Z. 158 ff.). Der Jugendliche formulierte einen klaren Hilfebedarf in Bezug auf die Schule. Er braucht Nachhilfeunterricht, weil er nicht so gut ist in der Schule (vgl. ebd. Z. 30).

### **Kategorie: Sprache**

Der Jugendliche hat Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache und lernt diese sowohl in der Schule, als auch in der Wohngruppe. „Also, so ganz so gut kann er sich ja noch nicht verständigen, aber das was er so ein bisschen kann hat er hier gelernt im Haus und in der Schule“ (ebd., Z.172 ff.).

### **Kategorie: Mögliche andere Unterbringungsform**

Dem Jugendlichen wurde vorgeschlagen, in eine Pflegefamilie zu ziehen, aber er hat diese Option für sich ausgeschlossen, da sein Wohnort ihm perfekt erscheint (vgl. ebd., Z. 200 ff.).

### **Kategorie: Zukunftspläne**

Für die Zukunft plant der Jugendliche, einen Schulabschluss zu machen und einen Ausbildungsplatz zu bekommen (vgl. ebd., Z. 31 ff.). Sein Wunsch ist es, dass „er hier Fuß fassen kann, damit er hier eine Ausbildung ... und weiter im Leben kommt“ (ebd., Z. 66 ff.). Dazu beschäftigt er sich auch schon damit, wie man einen Lebenslauf erstellt und holt sich Informationen von seinen Betreuer\*innen ein (vgl. ebd., Z. 221ff.). Sein Wunsch ist es, einmal Arzt zu werden. Wenn er das nicht schaffen sollte, will er Pfleger werden (vgl. ebd., Z 239 ff.).

## **5.4.2. Interview II**

Dieses Interview wurde in einer Gruppe durchgeführt, die rechtlich gesprochen eine Inobhutnahme-Stelle für UMF ist. Faktisch leben jedoch alle 15 Jugendlichen schon seit mehreren Monaten in der Einrichtung. Dies hat sich aus der Situation heraus entwickelt, dass es nicht genügend Plätze in Regeleinrichtungen oder anderen Unterbringungsformen für alle jungen Geflüchteten gibt. Mittlerweile hat sich daraus ergeben, dass die Einrichtung auf dem Weg ist, eine Regelgruppe zu werden. Bisher sind nur wenige Betreuer\*innen in der Einrichtung, weshalb sie ihren eigenen Ansprüchen an die pädagogische Arbeit nicht gerecht werden können (vgl. Gedächtnisprotoll: Inobhutnahme, Betreuerin).

### **Kategorie: Eckdaten**

Das Alter des befragten Jugendlichen ist 14 Jahre. Geflohen ist er aus Guinea und seine Flucht erfolgte durch viele verschiedene Länder. Seit fünf Monaten lebt er in Deutschland und ist auch in etwa so lange in der Einrichtung untergebracht (vgl. Interview II, Z. 4 ff.). Seine Hobbies, die er dort für sich entdeckt hat, sind Fußball spielen und Trommeln, was ihm viel Spaß macht (vgl. ebd., Z. 166 ff.).

### **Kategorie: Probleme sich zu öffnen**

Der Jugendliche gab an, dass er mit den Betreuer\*innen nicht über alles reden möchte (vgl. ebd., Z. 160 ff.), ebenso wie mit der Mitarbeiterin vom Jugendamt (vgl. ebd., Z. 136). Dem Jugendlichen dient dies als Schutzmechanismus vor belastenden Erfahrungen aus der Vergangenheit:

„das hatte mit ihr nichts zu tun. Und es waren ... Es gab einfach ein paar Sachen über die wollte er nicht sprechen aus seiner Vergangenheit, weil ihm das weh tut darüber zu sprechen. Also wenn er das anspricht, dann kommt das einfach alles wieder und das würd ihm wehtun. Und deshalb wollte er das nicht“ (ebd., Z. 138 ff.).

### **Kategorie: Psychische Belastung**

Der Jugendliche neigte generell im Interview dazu, nicht über seine Probleme und psychischen Belastungen zu sprechen. Er deutet bloß an, dass seine Probleme in seinem Herkunftsland liegen: „Und die Probleme sind bei ihm zuhause. Also in Guinea“ (ebd., Z. 18).

### **Kategorie: Umgang mit Problemen**

Die Probleme des Jugendlichen liegen in seinem Herkunftsland Guinea. Er selbst sagt, er habe diese Probleme hinter sich gelassen und vermittelt damit, dass er darüber nicht sprechen möchte (vgl. ebd., Z. 19 ff.).

### **Kategorie: Wohnsituation Inobhutnahme**

Der Jugendliche hat nach seiner Ankunft in Deutschland eine Woche lang zwischen fünf bis sechs verschiedenen Häusern Wohn- und Schlafort gewechselt.

„Und die sind tagsüber immer in ein anderes Haus gebracht worden. So ein ... er hat das so ein Spielhaus sozusagen genannt. Also ja genau, irgendwie ein Haus, wo man den Tag verbringen kann. Und dann abends wieder zum Schlafen irgendwo anders hin. Für eine ... also das ging so eine Woche lang“ (ebd., Z. 53 ff.)

Für ihn hatte diese Wohnsituation sowohl Vor- also auch Nachteile. Ihm gefiel, dass er viel Kontakt zu anderen Jugendlichen hatte „und man hat viel Spaß zusammen gehabt und die haben alles zusammen gemacht“ (ebd., Z. 60). Die häufigen Wechsel der Häuser waren für ihn ein Nachteil und bereiteten ihm viel Stress (vgl. ebd., Z. 68 ff.).

Der Jugendliche lebt seit fünf Monaten in einer Inobhutnahmeeinrichtung. Die Lebenssituation dort, beschrieb der Jugendliche so, dass sie in einem kleinen Haus zusammenwohnen und im gleichen Raum mit acht Jugendlichen schlafen (vgl. ebd., Z. 28 ff.). Die Situation hat er so für sich akzeptiert: „das ist jetzt einfach so wie er lebt“ (ebd., Z. 245). Bis zu seinem Schulbeginn, hat dem Jugendlichen eine Alltagstruktur gefehlt, was ihn sehr belastet hat. „Er freut sich, weil einfach hier zu sein, ohne was zu machen, das ist nicht so einfach“ (ebd., Z. 235). Der Jugendliche wusste, dass andere UMF in ähnlichen Wohngruppen untergebracht sind, wie er „und das einzige, was er weiß ist, dass die auch in so nem Zentrum, hat er das genannt, leben“ (ebd., Z. 246 ff.) Ansonsten sprächen sie nicht über ihre Wohnsituation miteinander.

### **Kategorie: Rolle des Jugendamtes**

Sein erster Kontakt mit Mitarbeiter\*innen des Jugendamtes war sein Erstgespräch und fand nach drei Monaten statt, als er schon in der Wohngruppe lebte (vgl. ebd., Z. 79 ff.). Das sei ein sehr später Zeitpunkt für ein Erstgespräch, da das Erstgespräch sonst nach ein paar Tagen stattfinde (vgl. ebd., Z. 83). Die Mitarbeiterin vom Jugendamt, mit der der Jugendliche das Erstgespräch führte, hatte er vorher in der Inobhutnahme nur gesehen und nicht mit ihr gesprochen (vgl. ebd., Z. 101 ff.). Das Erstgespräch empfand der Jugendliche als „gut“ (ebd., Z. 104) und er hat die Möglichkeit gehabt, über seine Bedürfnisse und Wünsche zu sprechen (vgl. ebd., Z. 129). Er sagte „mit ihr war das alles gut, er konnte mit ihr gut sprechen und es gab n paar Sachen über die er nicht gesprochen hat mit ihr“ (vgl. ebd., Z.136). Er hat nicht über Belastendes aus der Vergangenheit sprechen müssen (vgl. ebd., Z. 139 ff.).

Der Jugendliche erzählte, dass das Jugendamt über seine Unterbringung in der Inobhutnahmeeinrichtung entschieden hat (vgl. ebd., Z. 108 ff.).

Er hat vom Jugendamt bis zum Erstgespräch keine Informationen bekommen. In der ersten Woche hat er mit 20 Kongolesen zusammengewohnt, „und einer von denen mit ... der hat ihm gesagt, dass am nächsten Morgen jemand kommen wird und sie irgendwo hinbringen wird, wo sie dann wahrscheinlich erstmal bleiben“ (ebd., Z. 110 ff.). Er hat außerdem keine Informationen vom Jugendamt darüber bekommen, wie lange er voraussichtlich in der Inobhutnahmeeinrichtung bleiben wird (vgl. ebd., Z. 114). Das Jugendamt hat ihm auch nichts über andere Unterbringungsmöglichkeiten erzählt (vgl. ebd., Z. 248).

### **Kategorie: Umgang mit pädagogischen Maßnahmen**

Der Jugendliche beschrieb Schwierigkeiten mit den Regeln der Wohngruppe, die sich fast täglich ändern und dass er diese häufigen Änderungen nicht versteht (vgl. ebd., Z. 205 ff.), aber er nimmt ebenso die Inhalte der Regeln an und versteht diese. „Ja er versteht es, dass jeder waschen muss, dass jeder mal putzen muss und dass so jeder mitmachen muss, das versteht er gut. Aber er versteht nicht diese Regeln, die sich jeden Tag verändern“ (ebd., Z. 213 ff.).

### **Kategorie: Beziehung zu anderen Jugendlichen**

„Also er sagt Freunde sind auf jeden Fall wichtig. Und also zum Beispiel hat er gute Freunde auf dem Weg hier hin gefunden. Und es gibt auch Freunde die hier sind“ (ebd., Z. 24). Er hat schon Freunde in der Stadt gefunden, in der er jetzt wohnt und die Jugendlichen in der Wohngruppe sind sowieso seine Freunde (vgl. ebd., Z. 27 ff.). Der Jugendliche hat gute Beziehungen zu anderen Jugendlichen, sowohl in der Gruppe, als auch außerhalb. Er versteht sich gut mit seinen Zimmergenoss\*innen und sie haben viel Spaß zusammen (vgl. ebd., Z. 40). Manchmal haben sie auch Probleme untereinander, aber das ist normal und es gibt dafür keine Lösung (vgl. ebd., Z. 40 ff.). „Und selbst wenns dann manchmal schwierig ist, sind sie dann trotzdem Freunde“ (ebd., Z. 29). Der Jugendliche beschrieb sein Leben mit den anderen Jugendlichen der Gruppe. Sie machen vieles zusammen, wie essen, schlafen im gleichen Raum, Fußball spielen, Trommeln und zusammen lachen. Sie helfen sich auch gegenseitig und leihen sich beispielsweise Geld und Kleider oder Schuhe, die sie auch wieder zurückgeben (vgl. ebd., Z. 173 ff.). Mit anderen UMF außerhalb der Wohngruppe ist er befreundet, und wenn sie sich treffen, führen sie Gespräche darüber, wie es ihnen geht. Über ihre Wohnsituation würden sie nicht weiter sprechen (vgl. ebd., Z. 241 ff.).

### **Kategorie: Beziehung zu Betreuer\*innen**

Der Jugendliche hat unterschiedliche Verhältnisse zu seinen Betreuer\*innen. Er findet manche Betreuer\*innen gut und manche nicht gut (vgl. ebd., Z. 150). Die Betreuer\*innen, mit denen er zufrieden ist, kümmern sich schnell um seine Bedürfnisse und verhalten sich ihm gegenüber angemessen. Er kritisierte, wenn Betreuer\*innen nicht auf seine Bedürfnisse reagieren oder sich erst zu spät bemühen (vgl. ebd., Z. 154 ff.).

### **Kategorie: Schule**

Nach fünf Monaten hatte der Jugendliche erst seinen ersten Schultag, nachdem er vorher mit den anderen Jugendlichen in der Wohngruppe von einer Lehrerin unterrichtet worden ist (vgl. ebd., Z. 225 ff.). Der Schulbeginn verlief sehr unstrukturiert und es gab keinen eindeutigen Termin seitens der Schule. Er musste mehrmals wieder von der Schule nach Hause gehen und an einem anderen Tag wiederkommen, bis dann offiziell die Schule für ihn losging (vgl. ebd., Z. 229 ff.).

### **Kategorie: Sprache**

Die Kommunikation mit den anderen Jugendlichen verläuft zum Teil auf Deutsch und auf Englisch, wobei sie sich auf Grund der gemeinsamen Erfahrung einer fremden Sprache immer irgendwie verstehen. „Und die verstehen sich immer irgendwie, weil alle gleich sind. Weil alle nicht ... also sie haben halt alle nicht die gleiche Sprache“ (ebd., Z. 188 ff.). Mit manchen Betreuer\*innen kann er französisch reden und mit anderen „verstehst man sich so ein bisschen“ (ebd., Z. 191). Deutsch zu lernen mag er sehr, obwohl es ihm nicht leichtfällt. Er lernt Deutsch in der Wohngruppe mit Ehrenamtler\*innen und mit der Lehrerin. Außerdem lernt er vieles an seinem Handy (vgl. ebd., Z. 196 ff.).

### **Kategorie: Mögliche andere Unterbringungsform**

Der Jugendliche konnte klar benennen, dass er lieber in einer Wohngruppe leben würde, in der weniger Jugendliche wohnen und in der er ein eigenes Zimmer hat. Die Nationalitäten der Jugendlichen spielen für ihn dabei keine Rolle, denn „ob sie dann Französisch sprechen, oder ob es Deutsche sind oder aus Guinea kommen, dass ist ihm nicht so wichtig“ (ebd., Z. 261 ff.)

### **Kategorie: Zukunftspläne**

Ihm ist vor allem sehr wichtig für die Zukunft ein Studium zu absolvieren. Um dies erreichen zu können, braucht er Unterstützung, sagt er. „Also für ihn ist es wichtig zu studieren. Eine gute Zukunft zu haben“ (ebd., Z. 15). „Also alles was er braucht ist Hilfe und Unterstützung um studieren zu können“ (ebd., Z. 19).

### 5.4.3. Interview III

Das letzte Interview wurde in einer Intensivgruppe für psychisch kranke Jugendliche durchgeführt, in der sechs Jugendliche unter 18 betreut werden und drei Weitere über 18 Jahren in Appartements zur Verselbstständigung. Seit einem halben Jahr nimmt die Intensivgruppe auch UMF auf, da die Stadt ebenfalls händeringend nach Unterbringungsplätzen suchte. Seitdem sind stets zwei Plätze in der Gruppe von UMF belegt und die Fachkräfte haben sich in die Bedarfslage eingearbeitet. Es ist eine ungewohnte Situation für die Gruppe, sowohl für die Mitarbeiter\*innen, als auch für die Jugendlichen, aber die Jungen sind gut angekommen und verstehen sich gut mit den Anderen. Es wird sich umfangreich um ihren Hilfebedarf gekümmert (vgl. Gedächtnisprotokoll: Intensivgruppe, eigene Einschätzung).

#### **Kategorie: Eckdaten**

Der befragte Jugendliche ist 14 Jahre alt und aus Syrien geflohen. Zum Zeitpunkt des Interviews lebte er seit drei Monaten in Deutschland und seit zweieinhalb Monaten in der Wohngruppe (vgl. Interview III, Z. 37 ff.).

#### **Kategorie: Psychische Belastung**

Seine Fluchtgeschichte spielte im Interview für den befragten Jugendlichen eine zentrale Rolle und er kam immer wieder darauf zurück. Zu Beginn erfolgte ein langer Bericht. Er erzählte über verschiedene Transportmittel und Fluchtwege, wie ein Boot, mit dem sie aus der Türkei nach Griechenland fuhren und zu dem sie einen sehr langen Fußmarsch hatten (vgl. ebd., Z. 2 ff.).

Er berichtete von Erfahrungen mit Schleppern, wie einem griechischen Jäger, der sie gegen Geld in einem Bus mitgenommen hat während sie nicht wussten, wohin sie fahren (vgl. ebd., Z. 7 ff.).

Sehr einschneidend waren auch die negativen Erfahrungen mit der Polizei in Griechenland, zu der sie aus Verzweiflung gegangen sind. Sie kamen zwei Nächte ins Gefängnis und ihnen wurden dort alle Wertgegenstände abgenommen (vgl. ebd., Z. 15 ff.).

Danach wurden sie von der Polizei in einen Bus gepackt, wo man nichts sehen konnte. Dieser erste Fluchtversuch scheiterte und sie kamen zurück in die Türkei (vgl. ebd., Z. 20 ff.).



Beim zweiten Fluchtversuch mussten sie durch einen See, worüber er nicht weiter erzählen will, und was eine existenziell bedrohliche Erfahrung für den Jugendlichen gewesen sein muss (vgl. ebd., Z. 24 ff.).

Der befragte Jugendliche hat außerdem negative Erfahrungen mit anderen Syrern in einem türkischen Flüchtlingslager gemacht, in dem er drei Jahre gelebt hat. „Der hat in der Türkei drei Jahre gewohnt in diesem Camp mit anderen syrischen Leuten und so und der hat gesagt, jetzt verstehe ich, warum es einen Krieg gibt bei uns“ (ebd., Z. 279 ff.). Besonders hebt der Jugendliche die belastende Situation für Flüchtlinge in Griechenland hervor und in der Türkei.

„Und er sagt, was für ihn wichtig ist, dass die Leute wissen müssen, was die Griechen für die Flüchtlinge machen. Also er sagt, die schlechte Erfahrung ist in Griechenland. Und da, das ist überhaupt unmenschlich die Behandlung da, im Sinne von Polizei und die normalen Leute auch in Griechenland, also das war eine sehr schlimme Erfahrung, die er da gemacht hat“ (ebd., Z. 291 ff.)

Außerdem sprach er von einer wesentlich besseren Lage ab Kroatien (vgl. ebd., Z. 297 ff.). In seinen Erzählungen stellte sich seine sehr stark negative Meinung über einen Großteil anderer Flüchtlinge heraus und er sagt unter anderem:

„die verdienen nicht hier nach Deutschland zu kommen, weil er hat auch schlechte Erfahrungen gemacht mit anderen Flüchtlingen, die kommen aus Algerien, aus Marokko, der hat gesagt, die machen Drogen und die trinken und so und die waren auch ganz schlimme Menschen, so zu sagen“ (ebd., Z. 308 ff.).

Auffällig ist, wie wichtig es dem Jugendlichen war, seine Fluchtgeschichte und die gemachten Fluchterfahrungen mit jemandem zu teilen.

Die Sorgen über seine Familie dominieren die Gedanken und die Ziele des Jugendlichen (vgl. ebd., Z. 50 ff.). Er will unbedingt arbeiten, damit er seine Familie finanziell unterstützen kann und kann sich von der Verantwortung, die er schon im Flüchtlingslager in der Türkei tragen musste, nicht lösen. Er sagte „das Hauptproblem ist, als er in der Türkei war hat er gearbeitet und der hat seine Familie da unterstützt. Und der war da so zu sagen die einzige Geldquelle oder Unterstützungsquelle für die Familie, außer die andere Hilfe für die Flüchtlinge“ (vgl. ebd., Z. 60 ff.). Er hat Angst, seine Familie im Stich zu lassen, wenn er sie nicht unterstützt. Seine Familie besteht aus den Eltern, einem kleinen Bruder und einer kleinen Schwester, die alle in der Türkei im Flüchtlingslager leben (vgl. ebd., Z. 69 ff.). Sein Verantwortungsgefühl

dreht sich ebenso stark um die Familienzusammenführung, die er unbedingt erreichen will. Seine Sorge um die Familie ist ebenfalls groß, weil die Situation in Syrien schlimmer wird, ebenso wie der Streit zwischen Türk\*innen und Kurd\*innen. Sein Vater ist Kurde und lebt in der Türkei (vgl. ebd., Z. 300 ff.). Darum hat er Sorgen „dass die auch in der Türkei die Flüchtlinge misshandeln und dann vielleicht schicken die auch diese Flüchtlinge zurück nach Syrien, das will er auch nicht“ (ebd., Z. 313 ff.). Er fühlt sich gegenüber dieser Verantwortung sehr hilflos. Auch mit den Familienmitgliedern, die bereits ebenfalls in seiner Stadt leben, hat er darüber gesprochen und sie können nichts unternehmen. Auch seine Betreuer sagen ihm, dass man zurzeit nichts unternehmen kann und er auf Grund der aktuellen Rechtslage zwei Jahre warten muss. Damit wächst seine Angst, dass er dann aufgrund seiner Volljährigkeit seine Familie nicht mehr nachholen kann (vgl. ebd., Z. 318).

Der Jugendliche kritisierte stark das respektlose Verhalten, das er teilweise bei anderen Flüchtlingen in der Türkei beobachtet hat. Er ist der Meinung, dass diejenigen, die sich respektlos verhalten, auch gegenüber Deutschland, es nicht verdienen dorthin zu kommen (vgl. ebd., Z. 279 ff.) Er verstehe nun, warum es Krieg gibt in Syrien. Über einige Menschen in arabischen Ländern sagte er: „Also wenn du andere Religion oder eine andere politische Situation hast, dann respektieren die Leute sich nicht und solche Sachen“ (ebd., Z. 285).

### **Kategorie: Neue soziale Umgangsformen**

Der Jugendliche ist der Ansicht, dass es einen besseren sozialen Umgang zwischen Deutschen gibt, als er zwischen Syrer\*innen existiert (vgl. ebd., Z. 273). Er schätzt die Klarheit und Strukturiertheit der Deutschen und ihre Art Beziehungen zu führen. „Also er sagt, der mag es hier mit den Deutschen, weil hier alles klar ist, also im Sinne von Regeln und Verhandlung zwischen den Leuten und diese Beziehung zwischen den Leuten ist viel besser“ (ebd., Z. 277 ff.).

### **Kategorie: Wohnsituation Inobhutnahme**

Zunächst hat sein Onkel ihn in der Stadt empfangen und er konnte zwei Nächte bei seinem Bruder schlafen, der dort ebenfalls bereits lebte. Der hat ihn dann einem Jugendhaus übergeben, wo er zwei bis drei Tage und Nächte blieb. Danach musste er in ein anderes Haus wechseln, da das Erste überfüllt war (vgl. ebd., Z. 107 ff.). Im ersten Jugendhaus lebten 25 UMF, wohingegen im Zweiten nur drei untergebracht

waren. Dort verbrachte er ebenfalls drei Nächte, wobei er am Tag zum Essen in das erste Jugendhaus zurückkehren musste. Diese Wohnsituation war schwierig für ihn (vgl. ebd., Z. 126 ff.). Er ist in dieser Zeit viel alleine unterwegs gewesen. Die drei Betreuer\*innen im zweiten Jugendhaus haben sich nach seinem Empfinden nicht für ihn und die anderen UMF interessiert. „Und die interessieren sich überhaupt nicht, wo die Leute sind oder so. Der sagte, egal was die Leute machen, das war immer egal für die Betreuer so zu sagen“ (ebd., Z. 149 ff.). Das erste Haus beschreibt der Jugendliche als viel zu klein und eng, da es nur 15 Zimmer für 25 bis 35 Jugendliche gibt und auch nicht viel Betreuung vorhanden ist (vgl. ebd., Z. 369 ff.).

Andere UMF, die er kennt, sind teilweise noch in dem zu vollen Jugendhaus untergebracht, in dem er anfänglich auch gelebt hat. Dort sind sie teilweise schon seit sechs oder sieben Monaten und haben es wesentlich schlechter, als er, sagt er (vgl. ebd., Z. 258 ff.). Er glaubt, er sei früher da rausgekommen, weil er so jung ist und dass die anderen Jugendlichen mit einem längeren Aufenthalt dort bestraft werden, weil sie sich vielleicht nicht richtig benommen haben (vgl. ebd., Z. 367 ff.).

### **Kategorie: Rolle des Jugendamtes**

Eine Frau vom Jugendamt, die Vormünderin seines Bruders ist, ist in dieser Zeit auch seine Vormünderin geworden und hat für ihn die Verantwortung übernommen. Sie hat ihm bei gesundheitlichen Problemen geholfen und ihn in die Intensivgruppe geschickt (vgl. ebd., Z. 142 ff.).

Der Jugendliche hatte keine Informationen über andere Unterbringungsformen bekommen, als er in die Intensivgruppe kam (vgl. ebd., Z. 166 ff.). Er hat viele Informationen über die Familienzusammenführung vom Jugendamt bekommen (vgl. ebd., Z. 334 ff.).

### **Kategorie: Bedeutung Bezugsperson gleicher Sprache**

Seine Gespräche mit der Vormünderin führte der Jugendliche mit einer kurdischen Übersetzerin. „Sie hat ihm geholfen bei der Kommunikation zwischen den beiden“ (ebd. 158 ff.).

### **Kategorie: Probleme sich zu öffnen**

Seine Bedürfnisse hat der Jugendliche in den Gesprächen mit seiner Vormünderin zunächst in den Hintergrund gestellt, da er sich fremd fühlte und Angst hatte, seine Vormünderin mit Fragen zu verärgern. „Und er hat gesagt, er hat nicht so viel gebraucht, weil er wollte diese Frau nicht ärgern mit seinen Fragen und so, weil er auch ganz neu hier ist und er weiß nichts“ (ebd., Z. 159 ff.). Er habe einfach gemacht, was seine Vormünderin ihm sagte.

### **Kategorie: Zufriedenheit mit Jugendhelfemaßnahme**

Der Jugendliche hat bereits gute Beziehungen in der Wohngruppe aufgebaut (vgl. ebd., Z. 171 ff.) und ist sehr glücklich über seine Lebenssituation, auch im Vergleich zu den Umständen unter denen andere UMF leben, die er kennt (vgl. ebd., Z. 257 ff.). Das Einzige, womit er nicht gut zurechtkommt, ist die Menge an Taschengeld, die den Jugendlichen ausgezahlt wird. Er hält 10 Euro in der Woche für viel zu wenig, um damit etwas anfangen zu können (vgl. ebd., Z. 175 ff.). Sonst ist er sehr glücklich in der Wohngruppe und hat keine Beschwerden.

### **Kategorie: Umgang mit pädagogischen Maßnahmen**

Die Regeln in der Wohngruppe kann er gut annehmen und hält sie für sinnvoll und hilfreich für sich selbst. „Er findet es auch gut, dass die immer um neun hier zurückkommen müssen, das hilft ihm auch ein bisschen zu lernen ein bisschen früher zu schlafen. Und ja das findet er gut“ (ebd., Z. 247).

### **Kategorie: Beziehung zu anderen Jugendlichen**

Er hat bereits viele Freunde gefunden, darunter vorwiegend kurdische Jungen auf Grund der Sprache, die außerhalb seiner Gruppe untergebracht sind (vgl. ebd., Z. 181 ff.). Mit ihnen unternimmt er viel. Auch zu anderen UMF aus dem ersten Jugendhaus seiner Inobhutnahme hat er noch Kontakt und trifft sich gelegentlich mit ihnen (vgl. ebd., Z. 262 ff.).

### **Kategorie: Beziehung zu Betreuer\*innen**

Der Jugendliche ist zufrieden mit der Betreuung in der Intensivgruppe und hat keine großen Probleme mit den Betreuer\*innen. Das einzige, was er nicht gut findet ist,

dass er auf manche Fragen keine oder nur spät eine Antwort bekommt (vgl. ebd., Z. 200 ff.).

### **Kategorie: Sprache**

Um seine deutsche Sprache zu verbessern, sucht der Jugendliche regelmäßig Kontakt zu Deutschen, um mit ihnen zu reden (vgl. ebd., Z. 172 ff.). Er möchte Deutsch unbedingt besser lernen. Die Intensivgruppe ermöglicht ihm, zwei Stunden täglich zu einem Sprachkurs zu gehen. Anfänglich fiel ihm die Sprache sehr schwer und er befürchtete, die Sprache nicht lernen zu können. Aber mit der Zeit hat er sich schon verbessert (vgl. ebd., Z. 215 ff.). Er bekommt Hilfe von einem deutschen Freund beim Lernen der Sprache und sein Bezugsbetreuer übt regelmäßig mit ihm (vgl. ebd., Z. 237 ff.). Kommunikationsprobleme mit den Betreuer\*innen sieht er nicht (vgl. ebd., Z. 244).

Der Jugendliche beschrieb einige Probleme, die sich auf Grund der fremden Sprache ergeben. Freundschaften mit deutschen Jugendlichen sind schwierig für ihn, weshalb er hauptsächlich nur innerhalb der Wohngruppe etwas mit den anderen deutschen Mitbewohnern macht. Außerhalb unternimmt er eher was mit anderen kurdischen Jugendlichen, weil sie sich leichter unterhalten können (vgl. ebd., Z. 192 ff.). Ein weiteres für ihn noch größeres Problem ergibt sich in der Schule aus den fachlichen Themen im Unterricht. Seine Sprachkenntnisse reichen nicht aus, um verschiedene Fächer auf Deutsch verstehen zu können und es sei besser, man hätte erstmal die Möglichkeit die deutsche Sprache gut zu lernen, bevor man in die Regelschule geht (vgl. ebd., Z. 205 ff.). Für ihn sei es oft, als wäre er gar nicht in der Schule gewesen (vgl. ebd., Z. 225 ff.).

### **Kategorie: Mögliche andere Unterbringungsform**

Der Jugendliche kann sich keine andere Unterbringung vorstellen und möchte auch nicht lieber mit anderen UMF, Kurd\*innen oder Syrer\*innen zusammenleben, da er mit Deutschen seine Sprache verbessern kann und den Umgang der Deutschen miteinander schätzt.

„Also der sagt, ne es gefällt ihm hier besser mit der deutschen Gruppe zusammen, da kann er seine Sprache verbessern und auch im Sinne von Kommunikation und Behandlung zwischen den Leuten und so, ist viel besser hier, bei den Deutschen als bei den syrischen Leuten“ (ebd., Z. 273 ff.).

### **Kategorie: Zukunftspläne**

Er hat das Ziel, ein Studium zu absolvieren und eine Ausbildung zu machen oder einen Job zu suchen, damit er seine Familie unterstützen kann (vgl. ebd., Z. 50 ff.). Seine Zukunftspläne sind sehr stark an der Familie orientiert und er hat das Ziel, seine Familie zusammenzuführen, wobei dies das Einzige ist, bei dem er Hilfe benötigt (vgl. ebd., Z. 67). Konkrete Berufswünsche hat er noch nicht (vgl. ebd., Z. 54 ff.).

## **5.5. Entwicklung von Kriterien**

In diesem letzten Kapitel werden nun die entwickelten Kategorien auf den erarbeiteten theoretischen Hintergrund bezogen. So können nachfolgend Kriterien für die Unterbringung von UMF entwickelt werden. Als Kriterium wird ein „unterscheidendes Merkmal als Bedingung für einen Sachverhalt, ein Urteil, eine Entscheidung“ (Duden 2016) verstanden.

### **Kategorie: Psychische Belastung**

Die psychische Belastung bei UMF hängt von verschiedenen Faktoren ab. Wie schon in der Analyse der Lebenswelt von UMF herausgestellt wurde, sind die Fluchtgeschichte und Erfahrungen im Herkunftsland besonders prägend, ebenso wie die Verluste von Familie und Freunden. Bei den befragten UMF spielten vor allem die belastende Verantwortung für die Familie, sowie negative Erfahrungen im Herkunftsland und auf der Flucht eine zentrale Rolle. Für einen der drei Befragten ist seine Fluchtgeschichte ein Thema, das ihn viel beschäftigt und belastet. Was sich in den Erzählungen des Jugendlichen abzeichnet, ist, dass er während der Flucht häufig viele bedrohliche und gewalttätige Situationen erlebt hat. Vor allem negative Erfahrungen mit anderen Flüchtlingen kommen immer wieder ins Gespräch, sowie negative Erfahrungen mit der Polizei. Er berichtet ebenfalls von sehr beschwerlichen Reiseabschnitten, geprägt von langen Fußwegen, Überquerung des Mittelmeers und einem See, sowie Fahrten in dunklen Bussen ohne zu wissen, wo es hingehet und mit

Hilfe von einem bezahlten Fluchthelfer.

Dies entspricht der Einschätzung von Grothe (2015), der berichtet, dass UMF oftmals existenziell bedrohliche Situationen während der Flucht erlebt haben (vgl. Grothe 2015). Hargasser (2014) beschreibt, dass die Flucht auf verschiedensten Transportwegen, wie lange Fußwege, Überquerungen des Mittelmeers in zu kleinen, überfüllten Booten, eingepfercht in LKWs oder in Flugzeugen erfolgt. Viele UMF haben hautnah erleben müssen, wie andere Flüchtlinge dabei ums Leben kommen. Außerdem befinden sie sich häufig in den Händen bezahlter Fluchthelfer und Schlepper (vgl. Hargasser 2014).

Diese Erfahrungen können Jugendliche in ihrer adoleszenten Entwicklung einschränken, zu psychischen Belastungen oder zu psychischen Störungen und Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) führen (vgl. Grothe 2015).

Dem Jugendlichen aus Interview III ist seine Fluchtgeschichte noch sehr nah und er hatte ein sehr starkes Bedürfnis, sich darüber mitzuteilen.

Es erscheint folglich von großer Bedeutung, dem Bedürfnis nachzukommen, seine Erfahrungen mitteilen zu können und diese mit jemandem teilen zu können.

In zwei der drei Interviews kann eine deutliche Belastung auf Grund des starken Verantwortungsgefühls der Jugendlichen gegenüber ihren zurück gebliebenen Familien herausgestellt werden. Bei beiden Jugendlichen dominieren die Sorgen über die Eltern ihren Alltag und ihre Zukunftspläne. Sie fühlen sich verantwortlich für die finanzielle Situation der Familie und sehen es als ihre Aufgabe, sie finanziell zu unterstützen. Teilweise kann ihnen diese Aufgabe auch direkt oder indirekt von den Eltern auferlegt worden sein. Laut Parusel 2009 kann es dazu kommen, dass Eltern von ihren Kindern erwarten, dass sie in Europa eine Ausbildung machen oder arbeiten und damit ihre Familien unterstützen (vgl. Parusel 2009).

Außerdem setzen beide Jugendliche alles daran, im Zuge einer Familienzusammenführung ihre Familienangehörigen nach Deutschland zu bringen. Auch das kann der Erwartungshaltung der Familien geschuldet sein, die Eltern nachziehen zu lassen, wenn ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland erwirkt wurde (vgl. ebd.).

Beide Jugendlichen machen Erfahrungen des Scheiterns und der Hilflosigkeit durch und stoßen an ihre Grenzen. Finanzielle Unterstützung ist nicht möglich, da sie keine Möglichkeit haben, genug Geld zu bekommen oder zu verdienen.

Der Familiennachzug wird durch neue Gesetze in Deutschland, aber auch durch die

aktuelle Situation der Eltern bestimmt und damit häufig unmöglich gemacht. Die Folgen für die Jugendlichen sind depressive Stimmungsschwankungen, Konzentrationsprobleme und Leistungsabfall in der Schule, sowie Wut und Selbstvorwürfe, die aufgefangen werden müssen.

Der Verlust der Familie ist bei beiden eine einschneidende Erfahrung in der Adoleszenz, wie auch bei vielen anderen UMF (vgl. Hargasser 2014). Die Familie ist ein wichtiger Bestandteil der Lebenswelt (vgl. Grunwald/Thiersch 2004) und gilt als Ort der Sozialisation, sowie Ausgangspunkt zur Weiterentwicklung von Jugendlichen (vgl. Blandow 2008). Die Verarbeitung der Trennung von der Familie bedarf einer sehr großen Anstrengung (vgl. Jordan 2000). Der Verlust der Familie während der Adoleszenz kann auch zu Problemen in der psychosozialen Entwicklung von UMF führen (vgl. Hargasser 2015). Ob die Familie je wieder vereint werden kann ist ungewiss. Das heißt die Entwicklung einer eigenen Zukunftsperspektive, die wesentlicher Bestandteil von Entwicklungsaufgaben in der Adoleszenz ist (Dreher & Dreher 1985), wird gestört durch die Fokussierung der Zukunftspläne auf die problematische Situation der Familie. Pädagogische Einrichtungen in denen UMF untergebracht werden, müssen die Verlusterfahrungen der Jugendlichen auffangen.

Die Jugendlichen schildern viele negative Erfahrungen in den Herkunftsländern oder deuten an, dass dort Probleme liegen, über die sie lieber nicht sprechen möchten. Gewalttätige Übergriffe in der Schule und auf der Straße gehören ebenso dazu, wie respektloses Verhalten zwischen Personen verschiedener religiöser oder politischer Einstellungen und daraus folgendem Krieg. Sie waren Lebensbedingungen ausgesetzt, die ihnen viel Kraft abverlangten und Grund waren, die beschwerliche Flucht nach Europa auf sich zu nehmen. Hargasser schreibt dazu, dass UMF meist im Herkunftsland so sehr in Not geraten sind, dass sie gezwungen waren, die Flucht nach Europa zu ergreifen (vgl. Hargasser 2014). Parusel beschreibt die möglichen Umstände dafür mit Krieg, Bürgerkrieg, oder gesellschaftliche Krisen, in denen UMF und ihre Familien Unterdrückung, politischer Verfolgung, Gewalt und Tod ausgesetzt sind (vgl. Parusel 2015). Lebensbedrohliche oder gewalttätige Situationen im Herkunftsland können UMF stark in ihrer weiteren Entwicklung einschränken und zu psychischen Krankheitsbildern führen.

Die Jugendlichen brauchen Unterstützung dabei, belastende Erfahrungen verarbeiten zu können, was pädagogische Begleitung dieses Verarbeitungsprozesses durch Fach-



kräfte fordert. Psychische Störungen oder Posttraumatische Belastungsstörungen können nicht allein pädagogisch aufgefangen werden und müssen unter Umständen therapeutisch behandelt werden. Es gilt also herauszufinden, wie stark der Belastungsgrad des Jugendlichen ist und dementsprechend eine Einrichtung zu suchen, die konzeptionell darauf ausgerichtet ist. So gibt es beispielsweise therapeutische Wohngruppen nach § 34 SGB VIII, die über ein spezielles Konzept für die Arbeit mit psychisch kranken oder auch traumatisierten Jugendlichen verfügen und mit ambulanten und klinischen Therapieeinrichtungen zusammenarbeiten. Der Bedarf nach einer Vielfalt von Einrichtungen wird größer mit den wachsenden Zahlen von UMF in den Kommunen. Die Voraussetzung für eine an die psychische Belastung angepasste Unterbringung ist, dass mehr Einrichtungen geschaffen werden. Folgendes Kriterium sollte dabei leitend sein:

### **Wahl der Einrichtung passend zur psychischen Belastung**

#### **Kategorie: Probleme sich zu öffnen**

In allen drei Interviews zeigte sich, dass die Jugendlichen sich häufig zu Beginn bei den ersten Kontakten mit Jugendamtsmitarbeiter\*innen und Betreuer\*innen ihre Bedürfnisse und Wünsche zurückhalten. Fremdheit ist das Gefühl, was alle zum Ausdruck bringen und welches ausschlaggebend ist für dieses Verhalten. Sich fremd zu fühlen und damit völlig unwissend gegenüber dem, was einen erwartet zu sein, kann zunächst zu dieser Reaktion führen.

Es besteht noch kein vertrautes Verhältnis, dass es den Jugendlichen erleichtern würde, sich zu öffnen und sicher zu fühlen. Die Zurückhaltung dient auch als Schutzmechanismus vor erneuter Belastung oder Retraumatisierung. Außerdem befürchten die Jugendlichen schnell, zuständige Betreuer\*innen zu verärgern und unnötig viele Fragen zu stellen. Sie fühlen sich nicht in der Position, Anforderungen stellen und Erwartungen haben zu können. Außerdem lässt dies vermuten, dass sie nicht über ihr Mitspracherecht aufgeklärt wurden.

Stauf schreibt zudem, dass es UMF oft schwer fällt Vertrauen zu fassen und sie auf Grund bisheriger Erfahrungen und auf Grund der Angst, es könne ihnen schaden, lieber schweigen (Stauf 2012). Man kann also daraus schließen, dass nicht unbedingt ausschließlich Gespräche der Weg sind, um die Bedarfe des Jugendlichen herausfin-

den zu können. Ebenso können Beobachtung im Alltag durch die Betreuer\*innen hinzugezogen werden, um die Jugendlichen, die sich aus verschiedenen Gründen nicht öffnen wollen oder können, besser einschätzen zu können. Daneben gilt in Gesprächen mit UMF, ihnen Ängste zu nehmen und zu versuchen, ihr Vertrauen zu gewinnen. Daraus ergibt sich folgendes Kriterium:

### **Hinzuziehen von Beobachtungen im Alltag zu Gesprächen mit UMF bei der Ermittlung der Bedürfnisse**

#### **Kategorie: Umgang mit Problemen**

Der Umgang mit Problemen ist bei den Jugendlichen sehr unterschiedlich. Deutlich zum Ausdruck kommt, dass es dem einen Jugendlichen guttut, sich mit negativen Stimmungen und Emotionen an seine Betreuer\*innen zu wenden und sie so herauslassen zu können, um sich danach besser zu fühlen. Der andere Jugendliche spricht insgesamt nicht über seine Probleme, auch nicht mit seinen Betreuer\*innen, weil ihn das zu sehr belasten würde. Was er selbst als Probleme erachtet, liegt in seiner Heimat und damit hinter ihm. Es ist wichtig, den Umgang mit Problemen bei Jugendlichen individuell zu betrachten und auch ihr Schweigen zu akzeptieren. Ehring postuliert die Notwendigkeit eines unverstellten Blicks auf die Lebenswelten von UMF, um Zugang dazu erlangen zu können. Dazu gehört auch, Bereiche der Lebenswelt, die UMF nicht ansprechen wollen, zu akzeptieren und zu berücksichtigen (vgl. Ehring 2008). Die Jugendlichen sollten dennoch den Raum bekommen, mit ihren Problemen und Belastungen umgehen zu können und sich ihnen stellen zu können. Darum ist es wichtig, nicht nur den Grad der Belastung des Jugendlichen zu ermitteln, sondern den Fokus auf ihre Ressourcen zu legen, um ein Gefühl dafür zu bekommen, wie der Jugendliche mit Problemen und Belastungen umgehen kann.

Probleme ergeben sich aus den unterschiedlichen Erfahrungen in verschiedenen Lebensräumen, wie Thiersch und Grundwald beschreiben. Die Erfahrungen können sich einerseits ergänzen und weiterentwickeln, aber sich andererseits auch blockieren und zu Traumatisierungen festigen. Dies fordert einen sensiblen Umgang bei der Vermittlung zwischen den Lebenswelten und diesen Bewältigungsaufgaben, an Hand im Lebenslauf erworbener lebensweltlicher Ressourcen. In der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit liegt der Fokus der Fachkräfte auf der Nutzung der Ressourcen der

Klient\*innen mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe (Thiersch/Grunwald 2004). Bei der Wahl der Unterbringung spielen die vorhandenen Ressourcen der Jugendlichen eine entscheidende Rolle, da danach auch der Bedarf an Art und Umfang von Betreuung oder Therapie abgeschätzt werden kann. Der Fokus bei der Wahl der Unterbringung sollte auf den Bedürfnissen und der Hilfestellung bei der Bewältigung alltäglicher Aufgaben von UMF liegen. Ihre besondere Situation sollte die Bedürfnisse der UMF nicht überlagern (vgl. Brinks/ Dittmann/ Müller 2015).

Daraus ergibt sich folgende Kategorie:

### **Ermittlung der lebensweltlichen Ressourcen zur Bewältigung von Problemen**

#### **Kategorie: Neue Soziale Umgangsformen**

Zwei der befragten Jugendlichen sprechen im Interview von einer positiven Haltung der Deutschen und von einem guten Umgang der Menschen miteinander, den sie erfahren und beobachten können. Beide setzten dies in direkten Vergleich mit eher gegenteiligen Erfahrungen im Herkunftsland und nennen dies als Grund, sehr gerne in Deutschland zu sein und mit Deutschen zusammen zu wohnen. Konflikte würden in Deutschland eher mit Worten gelöst, als mit Gewalt. Beide schätzen die Klarheit und das Umsetzen von Regeln in Deutschland, um für sich selbst eine Struktur zu haben. All das ist für sie eine neue und positive Erfahrung und sie beschreiben dies als konträr zu Erfahrungen im Herkunftsland.

Mit Blick auf die Theorie erscheint hier eine ganz neue Perspektive von UMF auf die soziale Situation in Deutschland. Während in der Fachliteratur davon die Rede ist, dass die Neuorientierung in neuen Strukturen häufig schwer und problematisch für UMF ist (vgl. Jordan 2000), kann in den geführten Interviews eher beobachtet werden, dass die Jugendlichen sich sehr gut in neue soziale Strukturen einfinden, da sie von ihnen sehr positiv erlebt werden. Sicherlich sind die Umgangsformen neu und fremd, jedoch erscheint dies nicht als problematisch für die Jugendlichen in den Interviews, sondern viel mehr erleichternd. Jordan beschreibt die Herausforderung gegenüber fremden sozialen Strukturen und gegenüber nicht bekannten Normen, Rollen und Gewohnheiten (vgl. Jordan 2000). Diese Herausforderung muss jedoch nicht zwangsläufig belastend oder problematisch erlebt werden von UMF. Von struktureller und gesellschaftlicher Diskriminierung und Marginalisierung auf Grund ihrer

Herkunft, Ethnie oder ihres Flüchtlingsstatus spricht in den Interviews keiner der Jugendlichen. Auch Fremdheit als Zuschreibung von außen, was Hargasser als häufige Erfahrung von UMF beschreibt (vgl. Hargasser 2014), wurde von den Jugendlichen in den Interviews nicht angesprochen.

Dies lässt schlussfolgern, dass Probleme oder Belastungen nicht dort gesehen werden dürfen, wo sie nicht präsent sind. Jeder Jugendliche macht andere Erfahrungen und erlebt seine Situation in Deutschland anders. Um eine geeignete Unterbringungsform zu finden, ist also ein unverstellter Blick auf die Jugendlichen notwendig. Freise schreibt, dass „ein sich Einfinden in die Lebenswelt des Anderen am ehesten möglich [ist], wenn sie nicht gestört wird durch sich aufdrängende eigene Gefühl oder Ängste“ (Freise 2014, S. 171). Dies erfordere ein „genaueres Hinschauen und Wahrnehmen“ (ebd.) ebenso wie eine „hohe Selbstreflexivität und Selbstempathie“ (ebd.) seitens der Fachkräfte, gerade auf eigene Vorurteile gegenüber Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergründen bezogen. Daraus ergibt sich folgendes Kriterium:

### **Einfühlen in die Lebenswelt ohne eigene Gefühle und Vorannahmen**

#### **Kategorie: Wohnsituation Inobhutnahme**

Die Unterbringung der Jugendlichen während der Inobhutnahme erfolgte auf sehr unterschiedliche Art und Weise. Ein Jugendlicher berichtete im Interview, dass er mit anderen UMF zwei Monate im Hotel mit ambulanter Betreuung untergebracht wurde, ohne Kochgelegenheiten und häufiger Krankheit auf Grund der Ernährungsumstellung. Ein anderer Junge erzählte, er habe in einer Woche einmal die Einrichtung gewechselt. Das erste Haus war nur für UMF und sehr überfüllt, weshalb er in das zweite Haus kam. Dort waren zwar weniger Jugendliche unterbracht, jedoch stand es ihnen nur für die Nächte offen, während er die Tage wieder im ersten Haus verbrachte oder einfach auf der Straße. Er berichtete auch von den wenigen und zum Teil desinteressierten Betreuer\*innen und von viel zu engen Räumlichkeiten.

Ein weiterer Jugendlicher berichtete von einer Woche ständigen Wechsels zwischen fünf verschiedenen Häusern und unterschiedlichen Einrichtungen zum Schlafen und zur Tagesgestaltung. Dies bedeutete für ihn auf der einen Seite Kontakt mit vielen Jugendlichen, und auf der anderen Seite sehr viel Stress. Danach kam er in die Inobhutnahmeeinrichtung, in der er nun noch immer seit 5 Monaten lebt. Er hat diese

Situation für sich zwar akzeptiert, sieht aber einige Dinge, die nicht optimal sind. Die Jugendlichen leben in einem kleinen Haus zusammen und schlafen im gleichen Raum mit acht Jugendlichen. Ihm fehlten lange Zeit eine Alltagsstruktur und ein Schulplatz. Außerdem weiß der Jugendliche nicht, wie lange diese Wohnsituation noch so bleibt für ihn.

Die Jugendlichen erzählten alle von ihren Kontakten zu anderen UMF, die bereits länger als sie in Notunterkünften leben, wie Hotels und große, überfüllte Inobhutnahmestellen. Ein Jugendlicher sagte deutlich, dass sie es viel schlechter dort haben, als er in der Intensivgruppe und dass er vermutet, sie seien damit bestraft worden. Hier wird deutlich, dass Kommunen mit der Situation überfordert sind, kurzfristig eine große Menge junger Menschen unterbringen und versorgen zu müssen. Nach Brinks u.a. (2015) hat dies dazu geführt, dass die normalerweise geltenden Jugendhilfestandards nicht mehr konsequent eingehalten werden konnten

(Brinks/Dittmann/Müller2015). UMF werden hier in Notunterkünften untergebracht, die häufig zu überfüllt und eng sind und in denen ein Mangel an Privatsphäre herrscht. Außerdem sind sie gezwungen, häufig die Einrichtungen wegen Überfüllung oder unvollständigem Betreuungsangebot zu wechseln. Auch eine Betreuerin der befragten Jugendlichen teilte im Gespräch mit, dass die Jugendlichen ein sehr starkes Bedürfnis nach Ankommen, Einleben und Beziehungsaufbau hätten. Vor allem für die Jüngeren von ihnen sei es sehr schlimm, häufig umziehen zu müssen, häufige Wechsel des Wohnortes und damit der Beziehungen zu haben (vgl. Gedächtnisprotokoll: Clearinghaus Plus, Betreuerin). Dies entspricht auch den 2013 ausgearbeiteten Qualitätsstandards des Bundeslandes Bremen, für die Unterbringung von UMF. Empfehlung darin ist unter anderem das Anstreben von eingeschränkten Wohnortswechseln, um das Kindeswohl sichern zu können. Eine „Zwischenbetreuung“ soll möglichst kurz gehalten werden und in einer „förderlichen Umgebung“ stattfinden (vgl. Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen Bremen 2013). Sicherlich ist die Situation dem großen Ansturm von UMF auf die Kommunen geschuldet. Espenhorst fordert dennoch in diesem Zusammenhang, dass bei der Unterbringung von UMF kein Unterschied zwischen einheimischen und ausländischen Jugendlichen gemacht werden sollte. UMF müssen ebenfalls in angemessenen Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht werden, die ihren individuellen Bedürfnissen gerecht werden (vgl. Espenhorst 2015).

Darum ergibt sich folgendes Kriterium:

## **Qualität der Wohnsituation unabhängig vom Aufenthaltsstatus**

### **Kategorie: Rolle des Jugendamtes**

Die ersten Kontakte mit dem Jugendamt und die Inobhutnahme verliefen für alle drei Jungen unterschiedlich. Bei zwei Jugendlichen fanden die ersten Gespräche schon nach zwei Tagen statt, bei einem wurde das erste Gespräch erst nach drei Monaten geführt, als er in der Inobhutnahmestelle untergebracht wurde. Nach dem SGB VIII ist die Jugendhilfe verpflichtet, den UMF „unmittelbar nach der Einreise an ihrem tatsächlichen Aufenthaltsort in Obhut zu nehmen [...]“ (§ 42 Abs. 1 S. 1 Nr. 3). Folglich ist das Jugendamt zuständig für die Inobhutnahme, welches sich an dem Ort befindet, an dem der UMF aufgegriffen wird. Nach Vigo und Meysen hatte dies bislang zur Folge, dass grenznahe Jugendämter stark überbelastet waren (vgl. Vigo/Meyensen 2015). Dies ist der Grund, warum Erstgespräche teilweise erst nach drei Monaten geführt und die Jugendlichen lange Zeit in Notunterkünften untergebracht werden. Alle Jugendlichen berichten in den Interviews von guten Gesprächen, netten Mitarbeiter\*innen und Hilfe bei Problemen in der ersten Zeit. Es wird jedoch auch deutlich, dass die Jugendlichen nach dem Erstgespräch vorwiegend unwissend über ihre Zukunft und über weitere sie betreffende Verfahrensschritte waren. Die Menge und der Zeitpunkt von Informationen, die das Jugendamt an die Jugendlichen in der Inobhutnahme herangetragen hat, unterscheiden sich bei allen sehr stark. Nur einer von dreien hat konkrete Informationen über seine weitere Unterbringung und andere Optionen aufgezeigt bekommen. Informationen über die Familienzusammenführung bekamen zwei von drei Jugendlichen. Bisher hatte keiner der Jugendlichen das Gefühl, an der Entscheidung seiner jetzigen Unterbringung, beteiligt zu sein.

Einer der drei Jugendlichen bekam zunächst drei Monate lang gar keine Informationen vom Jugendamt. Danach hat er auch weiterhin keine Informationen zur Dauer seines Aufenthaltes in der Einrichtung oder zu anderen Unterbringungsmöglichkeiten bekommen. Im SGB VIII heißt es: „Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme die Situation, die zur Inobhutnahme geführt hat, zusammen mit dem Kind oder dem Jugendlichen zu klären und Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung aufzuzeigen“ (§ 42 Abs. 2 S. 1-3). Es müssen frühzeitig Informationen an die Jugendlichen heran-

getragen werden, vor allem über ihren weiteren Verbleib und über Unterbringungsmöglichkeiten, um den Jugendlichen Sicherheit zu geben und die Möglichkeit, ankommen zu können. Außerdem müssen inhaltlich Informationen über Hilfe und Unterstützung übermittelt werden und über mögliche Unterbringungsformen, um gegenüber den Jugendlichen mehr Transparenz bezüglich sie betreffenden Entscheidungen zu schaffen. Auch nach den 2013 entwickelten Qualitätsstandard zur Unterbringung von UMF in Bremen, sollten diese stets informiert werden über die „angestrebten Betreuungslösungen“ und sollen in ihrer Meinung berücksichtigt werden (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen Bremen 2013, S. 24). In der KRK von 1989 wurden in Artikel 12 die Partizipationsrechte für Kinder formuliert, die besagen, dass der Kindeswille hinsichtlich der Unterbringung berücksichtigt werden muss (vgl. KRK 1989, Art. 12). Was in diesem Zusammenhang erneut festgehalten werden muss ist, dass der Prozess der Inobhutnahme und alle Verfahrensschritte der Jugendhilfe für UMF transparent und verständlich gestaltet werden müssen, sodass sie an Entscheidungsprozessen beteiligt werden können (vgl. Espenhorst 2015). Daraus ergibt sich folgendes Kriterium:

### **Frühzeitiges Informieren und Beteiligen des Jugendlichen bezüglich ihn betreffender Verfahrensschritte**

#### **Kategorie: Bedeutung Bezugsperson gleicher Sprache**

Zwei der drei Jugendlichen sprachen von einer Übersetzerin im Gespräch mit dem Jugendamt, die sie bei der Kommunikation unterstützt hat. Einer der Jugendlichen beschreibt, dass es sich um eine Übersetzerin der gleichen Herkunft wie seiner handelte, was ihm sehr stark geholfen hat, Vertrauen im Gespräch zu fassen, sich gegenüber dem Jugendamt zu öffnen und über seine Bedürfnisse sprechen zu können.

Grundwald und Thiersch schreiben über lebensweltorientierte Soziale Arbeit, dass die Anerkennung von unterschiedlichen lebensweltlichen Erfahrungen und die Akzeptanz der Fremdheit des Anderen Teil der Sozialen Arbeit sein muss, stets mit der Prämisse der Gleichwertigkeit der Personen (Thiersch/Grundwald 2014). Laut Hargasser gehören zu den lebensweltlichen Erfahrungen von UMF die Fremdheit im neuen Land (Hargasser 2014). Mit dem Einsetzen einer Bezugsperson gleicher Spra-

che und mit ähnlichen lebensweltlichen Erfahrungen im Herkunftsland und auf der Flucht, besteht die Möglichkeit, Ängste des Jugendlichen ein Stück weit aufzulösen. Dies kann dabei helfen, eine offeneren und vertrautere Gesprächsatmosphäre zu schaffen und die Bedürfnisse der Jugendlichen besser herausfinden zu können im Hinblick auf eine passende Unterbringungsform. Daraus ergibt sich folgendes Kriterium:

**Wenn möglich, Einsatz einer Bezugsperson gleicher Sprache und mit ähnlichen lebensweltlichen Erfahrungen**

**Kategorie: Zufriedenheit mit Jugendhilfemaßnahme**

Zwei der drei befragten Jugendlichen sind bereits in einer Jugendhilfemaßnahme der Heimerziehung nach § 34 untergebracht und leben in einer für sie gefundenen Einrichtung. Sie sind sehr zufrieden mit ihrer Unterbringung und halten dies für einen guten Wohnort. Dabei handelt es sich um den Jugendlichen der Clearinggruppe mit Regelgruppenzusatz, in der der Jugendliche einen Regelgruppenplatz hat und schon seit einem Jahr lebt. Der andere Junge ist zufrieden in der Intensivgruppe, in der er seit zweieinhalb Monaten lebt. Der Junge der Regelgruppe sagt, es handle sich um die perfekte Wohnform für ihn und er verstehe sich gut mit allen. Sein bevorstehender Auszug mit 18 belastet ihn sehr und er tut alles, um diesen zu verhindern. Der Jugendliche aus der Intensivgruppe ist ebenfalls sehr glücklich über die Lebenssituation und vergleicht sie mit schlechten Lebensbedingungen von anderen UMF. Er verstehe sich ebenfalls gut mit allen in der Gruppe, auch wenn er mit einigen Regelungen nicht ganz zurechtkäme. Bedeutsam für den weiteren Verbleib in der Jugendhilfe und für weitere Hilfeplangespräche ist es, die Zufriedenheit der Jugendlichen mit ihrer Unterbringung regelmäßig zu überprüfen.

Als Kriterium sei hier festzuhalten:

**Regelmäßiges Überprüfen der Zufriedenheit mit bisheriger Unterbringung**

**Kategorie: Umgang mit pädagogischen Maßnahmen**

Die Jugendlichen beschrieben in den Interviews verschiedene pädagogische Maßnahmen und ihren Umgang damit. Auch wenn es für sie anfangs neu und ungewohnt war, konnten zwei von drei Jugendlichen die Regeln innerhalb ihrer Wohngruppen



gut nachvollziehen und sehen die Notwendigkeit und den Nutzen für sie selbst darin. Hargasser schreibt in diesem Zusammenhang von der Herausforderung, neue Kontakte und Beziehungen zu knüpfen in ihnen fremden sozialen Strukturen und gegenüber nicht bekannten Normen, Rollen und Gewohnheiten (vgl. Hargasser 2014). Diese Herausforderungen scheinen die Jugendlichen gut zu meistern.

Auch der Prozess der Verselbstständigung und den damit verbundenen Auszug kann ein Jugendlicher für sich akzeptieren, obwohl es ihn sehr verletzt, ausziehen zu müssen. Ein Jugendlicher beschreibt noch sehr große Schwierigkeiten mit den Regeln der Wohngruppe. Sie seien inhaltlich zwar nachvollziehbar, würden sich aber zu häufig wieder verändern und es würde sich keiner daran halten. Dies erweckt den Eindruck, dass Regeln nicht verlässlich und verbindlich genug gestaltet werden. Dies ist mit großer Wahrscheinlichkeit auch ein Resultat aus der Unterbesetzung und Überforderung der Mitarbeiter\*innen dieser Einrichtung, wie sie die Betreuerin des Jugendlichen aus der Inobhutnahmestelle beschreibt (vgl. Gedächtnisprotokoll: Inobhutnahmestelle, Betreuerin). Laut Thiersch und Grunwald zählt zu den Aufgaben von lebensweltorientierter Sozialer Arbeit die Transparenz von pädagogischen Regeln und Strukturierung von Zeit im Alltag zur Entlastung und Perspektivschaffung (vgl. Thiersch/Grunwald 2004).

Pädagogische Maßnahmen sollten für die Jugendlichen also transparent und verbindlich gestaltet werden. Darum wird folgendes Kriterium formuliert:

### **Transparenz und Verbindlichkeit pädagogischer Maßnahmen**

#### **Kategorie: Beziehung zu anderen Jugendlichen**

Die Beziehung zu anderen Jugendlichen und der Aufbau von Freundschaften spielte für alle Befragten eine besondere Rolle. Die Peergroup hat in der Adoleszenz laut Dreher und Dreher eine verstärkte Bedeutung (vgl. Dreher & Dreher 1985).

Die Peergroup steht als zweiter Ort der Sozialisation der Familie gegenüber und bietet einen Orientierungsrahmen und Sicherheit (vgl. Blandow 2008). Die Rückmeldung anderer trägt maßgeblich zur Selbstfindung, sozialem Kompetenzerwerb und der Identitätsbildung bei (vgl. Böhnisch 2001). Die Jugendlichen in den Interviews haben alle sowohl innerhalb der Wohngruppen, als auch außerhalb viele neue Freund\*innen gefunden und halten Kontakte zu ausgezogenen Jugendlichen oder zu

anderen UMF, die sie kennengelernt haben. Sie tauschen sich darüber aus, wie es ihnen geht und unternehmen viel gemeinsam. Mit den Jugendlichen in der Gruppe teilen sie sehr viel Privatsphäre und stehen sich dadurch automatisch schon sehr nah. Sie helfen sich gegenseitig mit Geld, Kleidung aber auch beim Lernen der Sprache. Sie teilen Hobbies und einen gemeinsamen Gruppenalltag. Auf Grund der Sprache sagt ein Jugendlicher, habe er außerhalb der Gruppe bevorzugt Kontakt mit anderen UMF, die seine Sprache sprechen. Er verstehe sich aber auch gut mit Deutschen und suche den Kontakt, um die Sprache zu lernen.

Die lebensweltorientierte Soziale Arbeit sollte sich an gegenwärtigen sozialen Beziehungen, wie beispielsweise die Peer-Group orientieren und diese als Ressource nutzen (vgl. Thiersch/Grunwald 2004). Die Peers bilden sich an Orten, an denen Jugendliche leicht in Kontakt treten können, wie beispielsweise in der Wohngruppe, aber auch durch Vernetzung mit anderen Jugendhäusern, Sportvereinen oder ähnliches. Der Kontakt zu Gleichaltrigen spielt eine wichtige Rolle, gerade in der Phase der Adoleszenz und in einer Lebenssituation, die geprägt ist von Beziehungsabbrüchen. Im Kontakt mit Gleichaltrigen und dem Aufbau von neuen Freundschaften können UMF Selbstwirksamkeit und vor allem solidarischen Rückhalt als wichtige Ressource der Bewältigung ihrer lebensweltlichen Aufgaben erfahren (vgl. Wagner 2009). Stabilisierende Beziehungen innerhalb der Peergroup sollten daher unbedingt in einer Einrichtung gefördert werden, da sie UMF gerade in einer instabilen Phase ihres Lebens Sicherheit und Orientierung bieten können. Kriterium für das Finden einer geeigneten Unterbringung ist darum:

### **Förderung stabilisierender Beziehung innerhalb der Peergroup**

#### **Kategorie: Beziehung zu Betreuer\*innen**

Die Jugendlichen habe alle in ihren Wohngruppen Betreuer\*innen, zu denen sie eine enge Beziehung haben, die ihnen helfen und sich um ihre Bedürfnisse gut kümmern. Für einen der drei befragten Jugendlichen sind die Betreuer\*innen sogar schon „Familienersatz“ geworden. Wichtig für alle drei Jugendlichen ist, Antworten zu bekommen, wenn sie Probleme haben. Es gibt auch Betreuer\*innen, mit denen sie nicht so zufrieden sind, da die Antworten ausbleiben oder erst zu spät erfolgen. Dies ist mit Sicherheit häufig der Situation geschuldet, dass Fachkräfte teilweise nicht genug

Informationen und Kenntnisse über die Situation von UMF haben. Es fehlen Kenntnisse über die rechtliche Situation in Deutschland, aber auch über Fluchthintergründe, Umgang mit Traumatisierungen und andere spezifische Bedarfe von UMF. 2014 wurde vom BAG Landesjugendämter in der Arbeit mit UMF für Fachkräfte empfohlen:

- langjährige Berufserfahrung in der Kriseninterventionsarbeit oder gleichwertige Fachkenntnisse,
- interkulturelle Kompetenz,
- einschlägige Kenntnisse in den betreffenden Rechtsgebieten (siehe Punkt 3),
- einschlägige Kenntnisse im Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen
- Ein eigener Migrationshintergrund sowie Fremdsprachenkenntnisse sind darüber hinaus von Vorteil (BAG Landesjugendämter 2014, S. 18)

Darum gilt es, Mitarbeiter\*innen in Jugendhilfeeinrichtungen diesbezüglich weiter zu bilden und ihnen Informationen bereit zu stellen, die es ihnen ermöglichen, mit den besonderen Bedarfen von UMF umgehen zu können. In Einrichtungen, in denen UMF mit deutschen Jugendlichen zusammenleben, wird den Mitarbeiter\*innen ein hohes Maß an verschiedenen Fachkompetenzen und Fachwissen abverlangt. Eine Möglichkeit, damit umzugehen wäre, innerhalb der Einrichtung gemischte Teams anzustreben und fachliche Zuständigkeiten zu regeln, in dem es Expert\*innen zu verschiedenen, die Jugendlichen betreffenden Themen im Team gibt. Der Druck für die Fachkräfte, sich alle spezifischen Fachkenntnisse aneignen zu müssen, würde damit gesenkt.

Für die Jugendlichen selbst ist es vor allem von Bedeutung, sich auf Betreuer\*innen verlassen zu können und ihr Bemühen zu spüren, sich um ihre Bedürfnisse kümmern zu wollen.

In der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit sollte der Fokus der Fachkräfte auf Beziehungsarbeit mit dem oder der Klient\*in liegen. Die Vermittlung von Geborgenheit, Offenheit, Verlässlichkeit, und der Chancen und Risiken von Übergängen und Abbrüchen sind wichtiger Bestandteil um Sicherheit im Lebenskonzept des Klienten zu entwickeln, damit dieser sich behaupten kann gegen Einbrüche und Abstiege (vgl. Thiersch/Grunwald 2004). In den Bremer Qualitätsstandards für die Unterbringung von UMF wird ebenfalls eine kontinuierliche Betreuung empfohlen (vgl. Senatorin

für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen Bremen 2013). Hieraus werden im Besonderen zwei Kategorien entwickelt:

**Fachliche Weiterbildung der Mitarbeiter\*innen in Jugendhilfeeinrichtungen zu besonderen Bedarfen von UMF, mit dem Ziel „gemischter Teams“**

**Gewährleistung von kontinuierlichen Beziehungen zu Fachkräften**

**Kategorie: Schule**

Schule bedeutet für die befragten UMF sehr viel. Alle planen eine berufliche Zukunft in Deutschland, für die der Schulbesuch sehr wichtig ist. Außerdem bietet Schule den Jugendlichen eine Tagesstruktur und Ziele, auf die sie hinarbeiten können. Zwei der drei Jugendlichen formulieren, dass sie Hilfe benötigen, um in der Schule besser mitkommen zu können.

Für einen der drei Befragten war der Schulstart erst nach fünf Monaten möglich und verlief äußerst unstrukturiert, ohne klaren Schulbeginn. Dies spiegelt erneut ein von der Masse an geflüchteten Minderjährigen überfordertes System wieder.

Ausgehend von dem seitens der Jugendlichen formulierten Wunsch, in die Schule gehen zu wollen und dem Hilfebedarf, der sich gleichzeitig bezüglich schulischer Inhalte auftut, sollten UMF einerseits schnellst möglich Schulen besuchen können und andererseits schulisch unterstützt werden, beispielsweise durch zusätzlichen Nachhilfeunterricht. Darum sollte ein Kriterium für die Unterbringung von UMF sein:

**Zugang zu schulischen Fördermaßnahmen**

**Kategorie: Sprache**

Den befragten Jugendlichen merkte man deutlich an, wie schwer es ihnen fällt, die deutsche Sprache zu lernen. Alle lernen sowohl in der Schule, als auch in der Wohngruppe mit Betreuer\*innen oder Ehrenamtlichen. Außerdem besucht einer von ihnen einen zusätzlichen Sprachkurs und ein anderer lernt zusätzlich mit seinem Handy. Trotz aller Bemühungen machen die Jugendlichen nur kleine Fortschritte und es fällt ihnen allen schwer, Deutsch zu lernen. Die Sprachunterschiede zwischen den Ju-

gendlichen spielen eine sehr geringe Rolle. Kommunikationsprobleme mit anderen Jugendlichen oder mit Betreuer\*innen gibt es eher weniger, jedoch beschreibt einer der Jugendlichen massive Probleme in der Schule auf Grund der Sprache. Die Fachsprache in den verschiedenen Kursen versteht er so gut wie gar nicht und kann darum nicht viel aus dem Unterricht mitnehmen. Auch Espenhorst und Noske beschreiben, dass der Schulbesuch in Deutschland für UMF bedeutet, dass sie eine vollkommen neue Sprache lernen müssen, meistens auch eine neue Schrift, deren Vokabeln und Grammatik nicht nur völlig anders sind, sondern deren andere Inhalte oft auch anders verwendet werden (vgl. Espenhorst/ Noske 2015). Darum ist es von Bedeutung, den Jugendlichen genug Zeit zu geben, die Sprache zu lernen und sie beim Erlernen der Sprache zu unterstützen. Dies kann beispielsweise auch im Rahmen der Jugendsozialarbeit nach §13 SGB VIII durch Sprachförderung stattfinden und kann für UMF begleitend zur Unterbringung in einer sozialpädagogischen Wohnform erfolgen (vgl. § 13 SGB VIII, Abs. 2-3). Es müssen darum genügend Möglichkeiten für die Jugendlichen gegeben sein die deutsche Sprache zu erlernen und darin gefördert zu werden. Darum sei folgendes Kriterium formuliert:

### **Zugang zu Sprachfördermaßnahmen**

#### **Kriterium: Mögliche andere Unterbringungsform**

Was nach den Interviews deutlich wurde ist, dass für die Jugendlichen in der Regel- und Intensivgruppe alles perfekt sei und sie keine andere Unterbringung wollen würden. Der Jugendliche in der Inobhutnahmestelle hingegen würde sich die Privatsphäre und die kleine Gruppe mit intensiverer Betreuung wünschen, wie sie den beiden anderen Jugendlichen zuteil wird. Die Herkunft der Jugendlichen, mit denen sie zusammenleben, scheint allen eher unwichtig zu sein. Ein Jugendlicher befürwortet es sogar, mit Deutschen zusammen zu leben. Der andere sagt, ihm sei es völlig egal. Dies steht den Erkenntnissen der genannten Studie von Weiß/Enderlein/Rieker 2001 gegenüber, aus der hervorging, dass UMF eine Unterbringung mit anderen UMF schätzen, da sie gemeinsame Erfahrungen teilen können und gemeinsame Interessen hilfreich sind, um Freundschaften zu schließen (vgl. Weiß/Enderlein/Rieker 2001). Festzuhalten ist darum, dass der Fokus bei der Unterbringung der Jugendlichen nicht auf den Ethnien und Herkunft liegen muss, sondern auf den Bedürfnissen der Ju-

gendlichen, wie beispielsweise in diesem Fall Privatsphäre eine kleinere Gruppe von Jugendlichen. Brinks u.a. (2015) stellen heraus, dass anstelle der Stigmatisierung von UMF die Ähnlichkeiten mit anderen deutschen Jugendlichen in der Jugendhilfe fokussiert werden sollte. Diese sehen sie in den Grundbedürfnissen nach einem sicheren Ort, einer verlässlichen Ansprechperson, Kontakt zu Gleichaltrigen und nach Gestaltungsmöglichkeiten des eigenen Lebens (vgl. Brinks/ Dittmann/ Müller 2015). Bisherige Konzepte von Jugendhilfeeinrichtungen haben beispielsweise bereits Ausrichtungen für stark traumatisierte Jugendliche (vgl. ebd.).

Daraus ergibt sich das Kriterium:

### **Fokussierung auf die Bedürfnisse der Jugendlichen**

#### **Kategorie: Zukunftspläne**

Für alle drei Jugendlichen steht der Schulabschluss und das Erlernen eines Berufes an erster Stelle, um sich eine Zukunft in Deutschland aufbauen zu können. Ein Studium oder aber auch eine Ausbildung wäre für alle ein anzustrebendes Ziel. Nach Dreher und Dreher stellt die Entwicklung einer Zukunftsperspektive eine wichtige Entwicklungsaufgabe der Adoleszenz dar. Dies bewältigen Jugendliche zumeist durch die Vorstellung bestimmter Lebensentwürfe, die durch Bildung und Beruf zu erreichen sind (vgl. Dreher & Dreher 1985).

Einer der Jugendlichen orientiert sich bei der Entwicklung seiner Zukunftsperspektiven sehr stark daran, seine Familie unterstützen zu wollen und diese nach Deutschland nachzuholen, als zukünftiges Ziel.

Bei der Unterbringung von UMF ist es daher wichtig, sie in der Entwicklung ihrer eigenen Zukunftsperspektive zu unterstützen und den Fokus mehr auf sie selbst zu legen, als beispielsweise zu stark auf die Familie. Dies kann auch begleitend zu einer stationären Unterbringung durch die in § 13 SGBVIII festgehaltenen berufsbezogenen Jugendhilfe oder Jugendmigrationsarbeit gefördert werden, die beim Übergang Schule/Ausbildung/Beruf behilflich sein und beraten können. In der Einrichtung sollte ebenfalls die Entwicklung der eigenen Zukunftsperspektive im Vordergrund stehen. Darum wird folgendes Kriterium formuliert:

#### **Förderung einer eigenen Zukunftsperspektive**

## 6. Fazit

Diese Arbeit verfolgte das Ziel, Kriterien für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus lebensweltorientierter Perspektive zu entwickeln. Die Notwendigkeit, Kriterien zu entwickeln, ergab sich aus der bisher mangelhaften Unterbringungssituation von UMF und der fehlenden Einigung der Kommunen über die Unterbringungsverfahren. Der Anspruch, spezifische Kriterien für die Unterbringung zu entwickeln, konnte am Ende der Arbeit erfüllt werden. Die Ergebnisse führten zu 16 Kriterien, die eine verbesserte Unterbringungssituation für UMF ermöglichen und einen gemeinsamen Nenner für Kommunen bilden können. Dazu wurden zunächst bisherige Erkenntnisse und Theorien zum Thema analysiert und im Anschluss ein Leitfaden entwickelt, anhand dessen UMF aus drei verschiedenen Einrichtungen befragt wurden. Die leitende Fragestellung dabei war: Welche Kriterien sind aus lebensweltorientierter Perspektive angebracht für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen? Anhand der Kategorien, die sich aus der Auswertung der Interviews ergaben und dem Hinzuziehen der theoretischen Vorarbeit konnten als Ergebnis Kriterien gefunden werden.

Die Analyse der Fachliteratur ergab, dass verschiedene Ebenen von psychischer Belastungen bei UMF möglich sind. Durch die Interviews konnten diese Ebenen bestätigt werden. Sie bewegten sich vorwiegend im Bereich des belastenden Verantwortungsgefühls gegenüber der Familie, der belastenden Erfahrungen auf der Flucht, sowie im Herkunftsland. Die Interviews zeigten jedoch auch deutlich, dass diese Belastungen sehr unterschiedlich ausgeprägt sein können und von leichter Belastung bis hin zur Posttraumatischen Belastungsstörung und Depressionen reichen können. Darum gilt es, bei der Unterbringung von UMF den Belastungsgrad abzuwägen, um das richtige Hilfsangebot finden zu können. Bei der Jugendhilfemaßnahme müssen die passenden Angebote und Fachkenntnisse zur Verfügung stehen.

Die Ergebnisse der Interviews zeigten ebenfalls deutlich, dass viele UMF anfänglich Schwierigkeiten haben, sich in Gesprächen mit Jugendamtsmitarbeiter\*innen und Betreuer\*innen zu öffnen und über ihre Probleme und Bedürfnisse zu sprechen. Dies ist ein Resultat aus dem Gefühl heraus fremd im neuen Land und unwissend gegenüber der eigenen Zukunft zu sein. Darum fällt es schwer Vertrauen aufzubauen und

sich zu öffnen. Diese Zurückhaltung dient einerseits als Schutzmechanismus vor erneuter Belastung und andererseits vor negativen Reaktionen seitens der Betreuungspersonen. Bisherige Erfahrungen und Angst, es könne ihnen schaden, führen ebenso zu diesem Rückzug. Darum ist die Beobachtung von UMF im Alltag durch die Betreuer\*innen hinzuzuziehen, um die Jugendlichen besser einschätzen zu können und neben Gesprächen ihre Bedürfnisse herausfinden zu können.

Die Theorie ergab, dass die besondere Situation von UMF ihre Bedürfnisse nicht überlagern sollte. Nach dem lebensweltorientierten Ansatz sollen Ressourcen genutzt werden, damit die Jugendlichen Hilfe zur Selbsthilfe leisten können. In den Interviews wurde sehr deutlich, welche verschiedenen Wege die Jugendlichen finden, um mit Problemen und Belastungen umgehen zu können. Jeder Jugendliche verfolgte eine individuelle Strategie. Parallel zum Feststellen des Belastungsgrades der Jugendlichen ist es folglich ebenso wichtig, ihre Ressourcen festzustellen, die sie im Lebenslauf bisher erworben haben. Bei der Wahl der Unterbringung spielen die vorhandenen Ressourcen der Jugendlichen eine entscheidende Rolle, da demnach der Bedarf an Art und Umfang von Betreuung oder Therapie abgeschätzt werden kann.

In Bezug auf für die UMF neue soziale Umgangsformen, ließen sich zwischen Fachliteratur und Interviews Unterschiede in der Einschätzung über die Situation von UMF in Deutschland feststellen. Die Jugendlichen in den Interviews berichteten von sehr positiven Erfahrungen des sozialen Miteinanders, seit sie in Deutschland leben. Es wurden keine Schwierigkeiten in Bezug auf das soziale Zusammenleben und Interagieren deutlich. Diskriminierung und Marginalisierung waren bisher für keinen ein Thema. In der Fachliteratur wurde ein deutlicher Fokus auf die Schwierigkeiten gelegt, die sich für UMF aus der neuen Gesellschaftsstruktur ergeben. Dies führte zu der Erkenntnis, dass bei der Beurteilung über die Eignung einer Jugendhilfemaßnahme, ein unverstellter Blick auf die Lebenswelt der Jugendlichen notwendig ist, ohne den Einfluss eigener Gefühle und Ängste.

In den geführten Interviews ließ sich herausstellen, wie prekär die Wohnsituation in der Inobhutnahme von UMF oftmals ist. Sie berichteten nicht nur aus eigener Erfahrung, sondern auch von den Erfahrungen befreundeter UMF. Die Rede ist von sehr engen und überfüllten Unterkünften ohne Privatsphäre, von häufigen Einrichtungswechseln und von wenig präsenter Betreuung. Dabei handelte es sich um Einrichtungen, in denen ausschließlich UMF untergebracht waren. Diese Wohnsituation ist der



kommunalen Überlastung geschuldet und es wird inzwischen deutschlandweit an Verbesserungen der Unterbringungsstrukturen gearbeitet. Jedoch wird deutlich, dass es bei der Inobhutnahme eine Unterscheidung in der Unterbringung gibt, zwischen Jugendlichen ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland und jenen, die in Deutschland geboren sind oder einen Aufenthaltsstatus in Deutschland haben. Für die Zukunft und die Weiterentwicklung der Kommunen gilt darum die Forderung, bei der Unterbringung von Jugendlichen keine Unterschiede zu machen und den Standard der Jugendhilfeeinrichtungen für alle angemessen und den individuellen Bedürfnissen gerecht einzuhalten.

Die Analyse der rechtlichen Situation von UMF zeigte, dass sowohl im SGB VIII, als auch in der KRK die Mitwirkung und die Berücksichtigung des Kindeswillens bei allen sie betreffenden Entscheidungen zu beachten ist (vgl. SGB VIII § 42 Abs. 2 S. 1-3 und KRK 1989, Art. 12). Dies gilt auch vor der offiziellen Hilfeplanung. In den Interviews musste jedoch festgestellt werden, dass UMF häufig sehr wenige Informationen über weitere sie betreffende Verfahrensschritte hatten und sie mehrere Einrichtungswechsel durchliefen, ohne zu wissen was auf sie zukommt oder eigene Wahlmöglichkeiten zu haben. Keiner der Jugendlichen hatte das Gefühl, an der Entscheidung seiner jetzigen Unterbringung beteiligt zu sein. Die Beteiligung an Entscheidungen und die Transparenz weiterer Verfahrensschritte tragen jedoch maßgeblich dazu bei, den Jugendlichen das Ankommen zu erleichtern und ihnen Sicherheit zu geben.

Die Analyse der Theorie ergab, dass in der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit nach Grundwald und Thiersch die Anerkennung von unterschiedlichen lebensweltlichen Erfahrungen und die Akzeptanz der Fremdheit des\*der Anderen Teil der Sozialen Arbeit ist, ebenso wie die Gleichwertigkeit der Personen (Thiersch/Grundwald 2014). Einige Jugendliche berichten in den Interviews von einer erleichterten und vertrauteren Gesprächsatmosphäre bei der Anwesenheit einer Bezugsperson gleicher Sprache und aus dem gleichen Herkunftsland. Der Einsatz einer Bezugsperson, die ähnliche lebensweltliche Erfahrungen gemacht hat und die gleiche Sprache spricht, ermöglicht nicht nur die Kommunikation, sondern auch die Anerkennung dieser lebensweltlichen Erfahrungen und damit eine Vertrauensbasis im Gespräch.

Die Jugendlichen konnten in den Interviews klar benennen, ob sie mit ihrer Unterbringung zufrieden sind oder was ihnen daran nicht gefällt. Außerdem konnten sie deutlich äußern, wie sie sich die richtige Unterbringungsform wünschen würden.

Viele UMF sind nicht ihren Wünschen entsprechend untergebracht. Unter Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechtes der Jugendlichen (vgl. § 5 und § 36 SGB VIII), sollte diese Überprüfung der Zufriedenheit mit der bisherigen Unterbringung regelmäßig stattfinden und als Grundlage für weitere Jugendhilfemaßnahmen dienen.

Die Auseinandersetzung mit den Aufgaben lebensweltorientierter Sozialen Arbeit zeigte, dass die Transparenz von pädagogischen Regeln und Strukturierung von Zeit im Alltag zu den Aufgaben Sozialer Arbeit zählen, um die Jugendlichen zu entlasten und eine Perspektive entwickeln zu können (vgl. Thiersch/Grunwald 2004).

Für alle befragten Jugendlichen sind Regeln und klare Strukturen in den Einrichtungen wichtig und hilfreich für die Bewältigung ihres Alltags. In einem der Interviews wird deutlich, dass dem Jugendlichen klare und verbindliche Regelungen in seiner Einrichtung fehlen. Darum ist es von großer Bedeutung, dass pädagogische Maßnahmen transparent und verbindlich gestaltet werden und dies bei der Unterbringung von UMF beachtet wird.

Die Analyse der Entwicklungsaufgaben in der Adoleszenz zeigte, dass der Austausch mit der Peer Group Teil der Sozialisation und Identitätsentwicklung der Jugendlichen ist. Da die Lebenssituation von UMF häufig geprägt ist von Beziehungsabbrüchen, ist der Aufbau von neuen Freundschaften besonders wichtig, um andere lebensweltliche Aufgaben bewältigen zu können. Sie lernen dadurch Selbstwirksamkeit und vor allem solidarischen Rückhalt als wichtige Ressource kennen. In den Interviews wird die verstärkte Bedeutung der Peergroup in der Adoleszenz besonders deutlich. Der Austausch mit Gleichaltrigen und das Teilen vieler Alltagserfahrungen bieten einen Orientierungsrahmen und Sicherheit. Bei der Unterbringung von UMF muss der Förderung stabilisierender Beziehungen innerhalb der Peergroup darum eine besondere Bedeutung zukommen.

Die Jugendlichen berichten in den Interviews häufig, dass Fachkräfte ihnen nicht in allen Belangen weiterhelfen können oder sich erst selbst lange informieren müssen, um darauf eingehen zu können. Mitarbeiter\*innen, die mit UMF zusammen arbeiten, brauchen spezifische Fachkenntnisse, gerade in ausländer- und asylrechtlichen Belangen, ebenso wie im Umgang mit traumatisierten Jugendlichen und eine selbstreflektierte Haltung gegenüber multiethnischen Gruppen. Darum sollten Weiterbildungsmöglichkeiten für Fachkräfte in solchen Einrichtungen bestehen; es müssen Informationen bereitgestellt werden in den Einrichtungen, die es den Mitarbei-

ter\*innen ermöglichen mit besonderen Bedarfen von UMF umgehen zu können. In Einrichtungen, in denen UMF mit Jugendlichen zusammen leben, die einen deutschen Aufenthaltsstatus haben, wird Mitarbeiter\*innen ein hohes Maß an verschiedenen Fachkompetenzen und Fachwissen abverlangt. Darum ist es sinnvoll, fachlich gemischte Teams anzustreben, in denen es Expert\*innen zu verschiedenen die Jugendlichen betreffenden Bereiche gibt, um die Fachkräfte zu entlasten.

Die Theorie der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit beinhaltet, dass Beziehungsarbeit ein wichtiger Bestandteil pädagogischer Arbeit ist, um ein sicheres Lebenskonzept entwickeln und mit Erfahrungen des Scheiterns umgehen zu können. Dabei steht die Vermittlung von Geborgenheit, Offenheit, Verlässlichkeit, und der Chancen und Risiken von Übergängen und Abbrüchen im Vordergrund (vgl. Thiersch/ Grunwald 2004). Für die Jugendlichen selbst ist vor allem eine kontinuierliche und verlässliche Beziehung von Bedeutung, wie sich auch in den Interviews abzeichnet. Bei der Unterbringung von UMF ist darum dafür Sorge zu tragen, kontinuierliche Beziehungen zu Fachkräften gewährleisten zu können.

Die Interviews mit den Jugendlichen zeigten, dass Schule für alle eine große Bedeutung hat. Nicht nur, um eine berufliche Zukunft in Deutschland planen zu können, sondern auch um eine Tagesstruktur zu haben und generell Ziele, auf die sie hinarbeiten können. Die Jugendlichen formulierten alle Hilfebedarf in der Schule, um den Unterrichtsinhalten besser folgen zu können und einen guten Abschluss erreichen zu können. Darum ist der Zugang zu schulischen Fördermaßnahmen wichtig bei der Unterbringung von UMF.

Die Theorie ergab, dass die neue Sprache für UMF oft auch eine neue Schrift und völlig andere Inhalte und Verwendung von Vokabeln und Grammatik beinhaltet (vgl. Espenhorst/ Noske 2015). Das Lernen der deutschen Sprache stellt für alle befragten Jugendlichen eine große Herausforderung dar und bringt vor allem in der Schule große Schwierigkeiten mit sich. Die Sprachschwierigkeiten ziehen oft weniger Probleme in der Kommunikation mit anderen Jugendlichen und Betreuer\*innen nach sich, als sie in der Schule hervorrufen. Darum müssen ausreichend Zeit und Möglichkeiten der Sprachförderung gegeben sein.

Bei der Unterbringung von UMF ist vor allem wichtig, ihre Bedürfnisse von ihnen selbst zu erfahren. In den Interviews wurde deutlich, dass die Jugendlichen klar benennen können, wie sie gerne wohnen möchten. Dabei spielt für die befragten Jugendlichen beispielsweise die Herkunft der Anderen keine besondere Rolle. Da diese

Aussagen anderen, bereits vorhanden Studien entgegen steht, wie beispielsweise die von Weiß/ Enderlein/ Rieker 2001, erscheint es von Bedeutung, festzuhalten, dass UMF in Deutschland keine homogene Gruppe sind, deren Bedürfnisse sich verallgemeinern lassen. Aufenthaltsstatus, Ethnien oder Herkunft müssen nicht leitende Kriterien sein. Die Bedürfnisse in den Interviews mit den Jugendlichen waren beispielsweise Privatsphäre und eine kleinere Gruppe von Jugendlichen. Dies lässt sich in Zusammenhang mit Brinks Ansatz bringen, in dem sie für die Arbeit mit UMF eine Abkehr von Stigmatisierung fordert und die Gleichbehandlung von Jugendlichen an Hand der Bedürfnisorientierung in den Vordergrund stellt (vgl. Brinks/ Dittmann/ Müller 2015). Bei der Unterbringung von UMF ist darum der Fokus auf ihre Bedürfnisse zu legen.

Die Analyse der Entwicklungsaufgaben in der Adoleszenz ergab weiterhin, dass für die Entwicklung besonders wichtig ist, eine eigene Zukunftsperspektive zu entwickeln. Jugendliche machen sich häufig Vorstellungen von Bildung und Beruf, um bestimmte Lebensentwürfe zu erreichen (vgl. Dreher & Dreher 1985). In den Interviews wurde deutlich, dass den Jugendlichen ihre Zukunft in Deutschland sehr wichtig ist. Sie haben teilweise schon sehr konkrete Pläne für ihre Zukunftsgestaltung in Form eines Schulabschlusses und einer anschließenden Ausbildung oder eines Studiums. Für viele stehen ebenfalls die Familienzusammenführung und die finanzielle Unterstützung der Familie im Fokus der Zukunftsplanung. Darum ist es bei der Unterbringung von UMF besonders wichtig, sie in einer gesunden adoleszenten Entwicklung zu fördern, indem sie in der Entwicklung einer eigenen, weitestgehend familienunabhängigen Zukunftsperspektive unterstützt werden.

Nach der Entwicklung der Kategorien kann angelehnt an Stauf (2012) und an das lebensweltorientierte Konzept der Sozialen Arbeit zusammenfassend festgehalten werden, dass eine angemessene Unterbringung von UMF eine präventive Wirkung auf Einbrüche und Belastungssituationen im weiteren Lebenslauf hat. Eine beständige, verlässliche und bedarfsgerechte Unterbringung bietet für UMF Sicherheit in ihrem Lebenskonzept und ist Ressource für die Bewältigung ihrer lebensweltlichen Erfahrungen und Aufgaben. Vor allem ist diese gewonnene Sicherheit durch eine angemessene Unterbringung bedeutsam für die Bewältigung ihrer spezifischen Vorerfahrungen des Verlustes von Familie und Freunden, von Gewalt oder Krieg und von einer gefahrenbesetzten Flucht.

Dabei spielt die freiwillige Wahl des Wohnortes und der Einrichtung eine zentrale Rolle. Die Weiterverteilung nach der neuen Gesetzeslage zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von UMF lässt starke Zweifel aufkommen, ob dabei die Meinung und das Wunsch- und Wahlrecht der Jugendlichen Beachtung finden kann. Außerdem entstehen noch mehr Warte- und Übergangsphasen für die Jugendlichen, anstelle eines Unterbringungsverfahrens, das Stabilität und Kontinuität schafft für junge Geflüchtete, die prägende Verlust- und Gewalterfahrungen gemacht haben und häufig unter enormen psychischen Druck leiden. Diese Arbeit versteht sich aus diesem Grund als Kritik an eben dieser neuen Gesetzeslage. Die Entlastung der Kommunen darf unter keinen Umständen zu Lasten vieler junger Menschen gehen, die schmerzliche Entscheidungen und Wege auf sich genommen haben, um in Deutschland ein sicheres und behütetes Leben führen zu können. Die in dieser Arbeit entwickelten Kriterien entspringen der Lebenswelt von minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten. Es wäre wünschenswert, dass groß angelegt repräsentative Forschung zu dem Thema stattfindet, mit dem Ziel die Unterbringung bedarfsgerecht und dem Kindeswohl entsprechend sicherstellen zu können.

# Literaturverzeichnis

Beitzer, Hannah (2015): Von Dunkeldeutschland bis Wirtschaftsflüchtling. In: Süddeutsche Zeitung. Home – Politik – Flüchtlinge in Deutschland – Asyl- Die wichtigsten Begriffe der Flüchtlingsdebatte. Stand 19.01.2016: <http://www.sueddeutsche.de/politik/asyl-abc-von-dunkeldeutschland-bis-wirtschaftsfluechtling-1.2625300>

Blandow, Jürgen (2008): Jugend. In: Hanses, Andreas/ Homfeldt, Hand Günther (Hrsg.) (2008): Lebensalter und Soziale Arbeit - Eine Einführung. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren. Band 1

Böhnisch, Lothar (2001): Sozialpädagogik der Lebensalter: eine Einführung. Juventa-Verlag

Brinks, Sabrina/ Dittmann, Eva/ Müller, Heinz (2015): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe – aktuelle Entwicklungen. In: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (Hrsg.) (2015): Zeitschrift für Jugendkriminalrecht. Heft 3, S.281-285

Britting-Reimer, Eva (2015): Altersbestimmung in Deutschland und im europäischen Vergleich. In: Unsere Jugend. Die Zeitschrift für Studium und Praxis der Sozialpädagogik. Reinhardt, Heft 10

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2015): Startseite/ Glossar/ K/ Königssteiner Schlüssel. Stand 06.01.2016, [https://www.bamf.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/K/koenigsteiner-schluessel.html?view=renderHelp\[CatalogHelp\]&nn=1363258](https://www.bamf.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/K/koenigsteiner-schluessel.html?view=renderHelp[CatalogHelp]&nn=1363258)

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Landesjugendämter (2014): Handlungsempfehlungen zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Inobhutnahme, Clearingverfahren und Einleitung von Anschlussmaßnahmen. Beschlossen auf der 116. Arbeitstagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter vom 14. Bis 16. März in Mainz. Stand 28.01.2016: [http://www.bagljae.de/downloads/118\\_handlungsempfehlungen-umf\\_2014.pdf](http://www.bagljae.de/downloads/118_handlungsempfehlungen-umf_2014.pdf)

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Landesjugendämter (2015): Aktuelles – Pressemitteilung: BAG Landesjugendämter unterstützt die Etablierung von bundesweit einheitlichen Verfahren für unbegleitete minderjährige Ausländer. 08.12.2015. Stand: 28.01.2016: [http://bagljae.de/downloads/151208\\_pm\\_119.-at.pdf](http://bagljae.de/downloads/151208_pm_119.-at.pdf)

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Landesjugendämter (2016): Über uns. Stand 28.01.2016: <http://bagljae.de/ueber-uns/index.php>

B-UMF Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.: Themen / Gesetze und Richtlinien. Stand 16.12.2015, <http://www.b-umf.de/de/themen/gesetze-und-richtlinien>

B-UMF Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.: Verband / aktuelles / Über 45.000 unbegleitete minderjährige. Donnerstag, 19. November 2015. Stand 15.12.2015, [http://www.b-umf.de/images/pm\\_bumf\\_45000\\_2015.pdf](http://www.b-umf.de/images/pm_bumf_45000_2015.pdf)

B-UMF Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. (2015): Publikationen – Stellungnahmen und Positionspapiere - Kritik an der Bezeichnung "unbegleitete minderjährige Ausländer\_in". Stand 06.04.2016: [http://www.b-umf.de/images/Kritik\\_Begriff\\_umA.pdf](http://www.b-umf.de/images/Kritik_Begriff_umA.pdf)

Deutscher Bundestag 18. Wahlperiode (2014): Große Anfrage. Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Deutschland. Drucksache 18/ 2999. Stand 28. 01.2016: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/029/1802999.pdf>

De Vigo, Nerea González Méndez/ Meysen Thomas (2015): Kindeswohlsicherung bei einem Verteilungsverfahren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. In: Dexheimer, Dr. A. (2015): jugendhilfe. Luchterhand Verlag. Heft 2, S. 100-104

DIAKONIE (2015): Thema kompakt: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 28.04.2015. Stand 15.12.2015, <http://www.diakonie.de/thema-kompakt-unbegleitete-minderjaehrige-fluechtlinge-16189.html>

Dreher, Michael / Dreher, Eva (1985): Wahrnehmung und Bewältigung von Entwicklungsaufgaben im Jugendalter ; Fragen, Ergebnisse und Hypothesen zum Konzept einer Entwicklungs- und Pädagogischen Psychologie des Jugendalters. In: Oerter, Rolf (hrsg.) (1985): Lebensbewältigung im Jugendalter. Weinheim: Edition Psychologie VCH

Ehring, Wally Marianne (2008): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Ihre rechtliche Stellung in Deutschland und Anforderungen an die Soziale Arbeit. Saarbrücken: VDM Verlag

Erdheim, Mario (1984): Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit. Eine Einführung in den ethnopschoanalytischen Prozeß. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.

Erdheim, Mario (1988): Psychoanalyse und Unbewußtheit in der Kultur. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.

Espenhorst, Niels (2015): Die vorläufige Inobhutnahme als neuer Sonderweg der Jugendhilfe. Kurzüberblick zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versor-

gung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher. In: Unsere Jugend. Die Zeitschrift für Studium und Praxis der Sozialpädagogik. Reinhardt, Heft 10, S. 402-410

Espenhorst, Niels/ Noske, Barbara (2015): „Ein Tag mit meinen Eltern ist besser als ein Jahr hier“ Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zwischen Aufenthaltsrecht und Jugendhilfe. In: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (Hrsg.) (2015): Zeitschrift für Jugendkriminalrecht. Heft 3; S. 272-275

Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern e.V.(eysa) (2016): Kurz erklärt: Jugendmigrationsdienste. Stand 28.01.2016: <http://ejsa-bayern.de/artikel/525/kurz-erklart-jugendmigrationsdienste>

Flammer, A./ Alsaker, F.D. (2002): Entwicklungspsychologie der Adoleszenz. Bern: Huber

Freise, Josef (2014): Lebenswelt und kritische Soziale Arbeit. Gebraucht wird eine angemessene theoretische Verortung in der Migrationsgesellschaft. In: Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg (Hrsg.): Blätter der Wohlfahrtspflege. Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit. Nomos, Jahrgang 2014, Heft 5

FOCUS (Hrsg.) (2015): Die Wahrheit über falsche Flüchtlinge. Sie kommen in Not. Sie kommen vom Balkan. Aber sie haben keine Chance auf Asyl. Und den echten Flüchtlingen schaden sie. Ausgabe Nr. 31. Stand 15.12.2015, <https://bc.pressmatrix.com/de/profiles/5df1c7435353/editions/4b9a76c8277412935744>

Grothe, Klaus-Dieter (2015): Jugendlich zwischen Trauma, Flucht und Neuanfang. Zur seelischen Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Vortrag Fortbildung Caritas 10.10.2015. Stand 12.01.2016, <http://www.grothe.org/wp-content/uploads/2014/01/Zur-seelischen-Situation-von-umF-Vortrag-Oktober-2015.pdf>

Grunwald, Klaus/ Thiersch, Hans (2004): Praxis Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. Handlungszugänge und Methoden in unterschiedlichen Arbeitsfeldern. Weinheim und München: Juventa Verlag

Habermas, Jürgen (2009): Philosophische Texte, Band 1: Sprachtheoretische Grundlegung der Soziologie. Studienausgabe, Frankfurt: Suhrkamp

Hamberger, Matthias (2014): Zukunft der Heimerziehung – eine knappe Skizze. In: Faas, Stefan/ Zipperle, Mirjana (Hrsg.): Sozialer Wandel. Herausforderungen für Kulturelle Bildung und Soziale Arbeit. Wiesbaden: Springer Fachmedien



- Hargasser, Brigitte (2014): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Sequenzielle Traumatisierungsprozesse und die Aufgaben der Jugendhilfe. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel
- Hopf, Christel (1978): Die Pseudo-Exploration. Überlegungen zur Technik qualitativer Interviews in der Sozialforschung. Zeitschrift für Soziologie, 7, S. 97-115
- Huxel, Katrin (2014): Männlichkeit, Ethnizität und Jugend. Präsentationen von Zugehörigkeit im Feld Schule. Wiesbaden: Springer.
- Jordan, Silke (2000): Fluchtkinder: Allein in Deutschland. Karlsruhe: von Loeper
- Jordan, Silke/ Rieselheimer, Albert (2004): Soziale Arbeit mit Flüchtlingskindern. Anregungen zur Umsetzung einer komplexen Aufgabe. In: Fritz, Florian/ Groner, Frank (Hrsg.): Wartesaal Deutschland. Handbuch für Soziale Arbeit mit Flüchtlingen. Stuttgart: Lucius & Lucius
- King, Vera / Koller, Hans-Christoph (Hrsg.) (2009): Adoleszenz – Migration – Bildung. Bildungsprozesse Jugendlicher und junger Erwachsener mit Migrationshintergrund. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. 2. Auflage
- Kraus, Björn (2007): Soziale Arbeit – Macht – Hilfe und Kontrolle. Grundlegung und Anwendung eines systemisch-konstruktivistischen Machtmodells. In: Björn Kraus, Wolfgang Krieger(Hrsg.): Macht in der Sozialen Arbeit – Interaktionsverhältnisse zwischen Kontrolle, Partizipation und Freisetzung. Lage: Jacobs S. 79–102.
- Kompetenzzentrum Kinderschutz (Hrsg.) (2016): Begriffliche Abgrenzung : Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung. Stand 19.01.2016: <http://www.kinderschutz-in-nrw.de/fuer-erwachsene/kindeswohl/begriffsbestimmungen.html>
- Kraus, Björn (2004): Lebenswelt und Lebensweltorientierung – eine begriffliche Revision als Angebot an eine systemisch-konstruktivistische Sozialarbeitswissenschaft. Stand 11.01.2016, <http://www.sozialarbeit.ch/dokumente/lebensweltorientierung.pdf>
- Kurz-Adam, Maria (2015): Jugendhilfe ohne Grenzen? Anmerkungen zur Zukunft der Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in der Kinder und Jugendhilfe. In: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (Hrsg.) (2015): Zeitschrift für Jugendkriminalrecht. Heft 3; S. 272-275
- Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, 7. Auflage
- Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (mfkjks) (2013): JUGEND. Handreichung zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in

Nordrhein-Westfalen. Stand 28.01.2016: <http://www.b-umf.de/images/nrw-handreichung-umf-2013.pdf>

MIGAZIN Migration in Germany (2015): Hintergrund. Minderjährige Flüchtlinge in Zahlen. 16.Oktober.2015. Stand 15.12.2015, <http://www.migazin.de/2015/10/16/hintergrund-minderjaehrige-fluechtlinge-in-zahlen/>

Noske, Barbara (2011): Zum unbegleiteten minderjährigen Flüchtling werden. Über die Untrennbarkeit des Begriffs vom deutschen Kontext In: Soziale Extra: Beruf und Qualifikation. VS Verlag, Heft 9/19, S.23-26

Parusel, Bernd (2008) Bernd Parusel, Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland. Aufnahme, Rückkehr und Integration, BAMF Working Paper 26. Stand 12.01.2016, [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/Nationale-Studien-WorkingPaper/emn-wp26-unbegleitete-minderjaehrige-de.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/Nationale-Studien-WorkingPaper/emn-wp26-unbegleitete-minderjaehrige-de.pdf?__blob=publicationFile)

Parusel, Bernd (2015): Unbegleitete Minderjährige auf der Flucht. Stand 12.01.2016, <http://www.bpb.de/apuz/208007/unbegleitete-minderjaehrige-auf-der-flucht?p=all>

PRO ASYL: Themen / EU-Recht. Stand 16.12.2015, <http://www.proasyl.de/de/themen/eu-recht/>

Przyborski, Aglaja/ Wohlrab-Sahr, Monika (2014): Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch. München: Oldenbourg Verlag, 4. Erweiterte Auflage

Rendtorff, Barbara (2006): Körper- und Geschlechterbilder im Jugendalter. Vortrag zur Veranstaltung „Körper und Identität im Jugendalter“ der Sektion Jugendsoziologie, Kongress der DGS, Verhandlungsband 33. Soziologiekongresses 2006. Stand 11.01.2016: <http://barbara-rendtorff.de/index.php?id=24>

Rendtorff, Barbara (2008): Jugend, Sexualität und Geschlecht. In: Schulze-Krüdener, Jörgen (Hrsg.) (2008): Lebensalter und Soziale Arbeit – Jugend. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren. Band 3

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.: Flucht und Asyl – Situation in Sachsen, in der BRD und EU – zum Begriff Flüchtling. Stand 06.04.2016: <http://saechsischer-fluechtlingsrat.de/flucht-und-asyl/situation-in-sachsen-in-der-brd-und-eu/zum-%20begriff-fluechtling/>

Schleswig-Holstein (2008): Handreichung zum Umgang mit minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen in Schleswig-Holstein. Stand 28.01.2016: [http://www.b-umf.de/images/UMF-SH\\_handreichung\\_12-2008.pdf](http://www.b-umf.de/images/UMF-SH_handreichung_12-2008.pdf)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen (Hrsg.) (2013): Qualitätsstandards. „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF)“ in Bremen. Erstkontakt und Unterbringung. Stand 28.01.2016: <http://www.b-umf.de/images/bremen-handreichung-2013.pdf>

Statistisches Bundesamt (2015): Pressemitteilung vom 16. September 2015 Unbegleitete Einreisen Minderjähriger aus dem Ausland lassen Inobhutnahmen 2014 stark ansteigen. Stand 15.12.2015, [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/09/PD15\\_340\\_225pdf.pdf;jsessionid=6DC4C9059EAD9726A18AC95449BFC2D.cae1?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/09/PD15_340_225pdf.pdf;jsessionid=6DC4C9059EAD9726A18AC95449BFC2D.cae1?__blob=publicationFile)

Smessaert, Angela (2015): Bundesregierung beschließt den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher. In: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (Hrsg.) (2015): Zeitschrift für Jugendkriminalrecht. Heft 3; S. 286-287

Stauf, Eva (2012): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Jugendhilfe. Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven in Rheinland-Pfalz. Mainz: ism

Streeck-Fischer, A. (2009): Trauma und Entwicklung. Frühe Traumatisierungen und ihre Folgen in der Adoleszenz. Stuttgart: Schattauer

Thiersch, Hans/ Grunwald, Klaus/ Köngeter, Stefan (2012): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag, 4. Auflage, S. 175-196

TU Dresden (2006): Vorlesung im Wintersemester 2006-07. Prof. Dr. Karl Lenz. Methoden der empirischen Sozialforschung III. Komplex: Qualitative Forschungsmethoden. Stand: 17.02.2016: [https://tu-dresden.de/die\\_tu\\_dresden/fakultaeten/philosophische\\_fakultaet/is/methoden/prof/lehre/unterlagen\\_ringvorlesung/qm\\_1.pdf](https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/is/methoden/prof/lehre/unterlagen_ringvorlesung/qm_1.pdf)

UNHCR United Nations High Commissioner for Refugees (2009): Richtlinien zum internationalen Schutz Asylanträge von Kindern in Zusammenhang mit Artikel 1 (A) 2 des Abkommens von 1951 bzw. des Protokoll von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. Stand 15.12.2015, [http://www.unhcr.de/fileadmin/user\\_upload/dokumente/03\\_profil\\_begriffe/genfer\\_fluechtlingskonvention/Genfer\\_Fluechtlingskonvention\\_und\\_New\\_Yorker\\_Protokoll.pdf](http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/03_profil_begriffe/genfer_fluechtlingskonvention/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf)

UNHCR United Nations High Commissioner for Refugees (2016): Home – Flüchtling - Fragen und Antworten: Flüchtling. Stand 19.01.2016: <http://www.unhcr.de/questions-und-answers/fluechtling.html>

Uni Siegen: FB1 W. Ludwig-Mayerhofer. Methoden der empirischen Sozialforschung I: Qualitative Interviewverfahren. Stand 17.02.2016: [http://www.uni-siegen.de/phil/sozialwissenschaften/soziologie/mitarbeiter/ludwig-mayerhofer/methoden/methoden\\_downloads/meth1\\_7.pdf](http://www.uni-siegen.de/phil/sozialwissenschaften/soziologie/mitarbeiter/ludwig-mayerhofer/methoden/methoden_downloads/meth1_7.pdf)

Verbund Sozialtherapeutischer Einrichtungen NRW e.V. (VSE) Ruhr: Startseite – Jugendhilfe – Mobile Betreuung/ Betreutes Einzelwohnen. Stand 28.01.2016: <http://www.vse-nrw.de/dortmund/mobile-betreuung-betreutes-einzelwohnen.html>

Wagner, Kirsten (2009): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mit traumatischen Erfahrungen in der Stationären Jugendhilfe. Diplomarbeit, Mainz

WDR, Nina Giaramita (2015): Politik - Flüchtlinge in NRW - Pflegefamilien für junge Flüchtlinge. „Eine gute Art in der Gesellschaft anzukommen“. Stand 28.01.2016: <http://www1.wdr.de/themen/politik/fluechtlinge/unbegleitete-minderjaehrige-fluechtlinge-102.html>

Weiß, Karin/ Enderlein, Oggi/ Rieker, Peter (2001): Junge Flüchtlinge in multikultureller Gesellschaft. Opladen: Leske und Budrich

Will, Anne-Kathrin (2014): Unterschiede der Rechtslage zwischen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen – ein Überblick. In: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Hrsg.) (2014): Migration und Soziale Arbeit. Minderjährige Flüchtlinge. BELTZ Juventa. Heft 4

## Gesetze, Richtlinien und Verordnungen

Aufenthaltsgesetz (AufenthG) Stand 05.01.2016, [http://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/\\_\\_25.html](http://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/__25.html)

Asylverfahrensgesetz (AsylG) Stand 05.01.2016, [http://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg\\_1992/\\_\\_3.html](http://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg_1992/__3.html)

Dublin II (VERORDNUNG (EG) Nr. 343/2003) Stand 16.12.2015, <http://www.proasyl.de/de/themen/eu-recht/>

Dublin III (VERORDNUNG (EU) Nr. 604/2013) Stand 16.12.2015,  
<http://www.proasyl.de/de/themen/eu-recht/>

GFK Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli. 1951. Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967. Stand 15.12.2015,  
[http://www.unhcr.de/fileadmin/user\\_upload/dokumente/03\\_profil\\_begriffe/genfer\\_fluechtlingskonvention/Genfer\\_Fluechtlingskonvention\\_und\\_New\\_Yorker\\_Protokoll.pdf](http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/03_profil_begriffe/genfer_fluechtlingskonvention/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf)

Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher (01.11.2015). Stand 15.12.2015,  
<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/685/68556.html>

KRK (1989) Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Stand 15.12.2015,  
[http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/\\_C3\\_9Cbereinkommen-\\_C3\\_BCber-die-Rechte-des-Kindes,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/_C3_9Cbereinkommen-_C3_BCber-die-Rechte-des-Kindes,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf)

Die Allgemeine Bemerkung Nr. 6 (GC Nr. 6) Stand 16.12.2015, <http://www.bumf.de/de/themen/gesetze-und-richtlinien>

SGB VIII. Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) Kinder- und Jugendhilfe. Stand 04.01.2016, [http://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_8/](http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/)

Richtlinie 2013/33/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Neufassung). Stand 04.01.2016, [http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/images/AufnahmeRL\\_2013\\_final.pdf](http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/images/AufnahmeRL_2013_final.pdf)

Richtlinie 2011/95/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Neufassung). Stand 04.01.2016,  
[http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/images/QualiRL\\_2011.pdf](http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/images/QualiRL_2011.pdf)

RICHTLINIE 2013/32/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 26. Juni 2013 zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes (Neufassung). Stand 04.01.2016,  
[http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/images/AsylverfahrensRL\\_2013\\_final.pdf](http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/images/AsylverfahrensRL_2013_final.pdf)